

HLZ

Zeitschrift der **GEW** Hessen
für Erziehung, Bildung, Forschung

68. Jahr

Heft 3

März 2015



**TARIFRUNDE 2015:
WIR LASSEN UNS
NICHT ABHÄNGEN!**

TITELTHEMA

1945: Kriegsende in Hessen



Danke, Dirk!

Am 3. Januar 2015 starb unser Freund *Dirk Tonn*, der die HLZ 25 Jahre lang als Zeichner und Grafiker begleitete, im Alter von 52 Jahren. Seine Illustrationen, darunter 20 Titelbilder, prägten das Gesicht der HLZ. Auch für das Titelbild dieser HLZ haben wir auf eine Zeichnung von Dirk zurückgegriffen. *Michael Heckert*, der von 1988 bis zu seinem Tod im Jahr 2013 für die grafische Gestaltung der HLZ verantwortlich war, konnte als Lehrer für Typografie an der Kunsthochschule Kassel immer wieder Studentinnen und Studenten gewinnen, für die HLZ zu zeichnen.



fertigte Zeichnungen und Karikaturen zum Lesen der HLZ anregen und ihre Titelbilder das besondere Bild der HLZ prägen. Dirks künstlerische Kreativität und Präzision, sein Ideenreichtum, seine Fröhlichkeit und seine Zuverlässigkeit werden uns immer in Erinnerung bleiben.

Dirk Tonn, sein Zwillingbruder *Dieter*, *Ruth Ullenboom* und die Brüder *Axel* und *Andreas Träger* blieben der HLZ seitdem auch in ihrer Zeit nach dem Studium als selbstständige Grafiker und Grafikdesigner bis heute eng verbunden. Sie sorgen dafür, dass immer wieder original für uns ange-

Harald Freiling, HLZ-Redaktion
Harald Knöfel, HLZ-Layout



Aus dem Inhalt

Rubriken

- 4 Spot(t)light
- 5 Briefe
- 8 Meldungen
- 34 Recht und Rechtsberatung
- 36 Jubilarinnen und Jubilare
- 37 Magazin

Titelthema:
Vor 70 Jahren – Kriegsende in Hessen

- 9 Verbrechen der Endphase
- 10 1945 beginnt die Ent-Schuldigung
- 12 Zwangsarbeiter in Wiesbaden
- 14 Geschichtswerkstatt in Bensheim
- 16 Erinnerungsarbeit in Wiesbaden
- 17 Jüdisches Leben in Frankfurt

- 18 Die Rede Wezsäckers am 8.5.1985
- 20 Friedensratschlag in Marburg

Einzelbeiträge

- 6 Tarifrunde 2015 hat begonnen
- 21 8. März: Weltfrauentag 2015
- 22 Sozial- und Erziehungsdienst: Im Gespräch mit Beate Hoffmann
- 24 Kritik an VERA-Vergleichsarbeiten
- 25 Neues vom Bildungsgipfel
- 26 Kritik am Praxissemester
- 28 Religiöser Extremismus in Schulen
- 30 Namibia: Kolonialismus und Genozid
- 32 Die Verhuzung der pädagogischen Sprache schreitet voran

HLZ Zeitschrift der GEW Hessen für Erziehung, Bildung, Forschung
ISSN 0935-0489

I M P R E S S U M

Herausgeber:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Landesverband Hessen
Zimmerweg 12
60325 Frankfurt/Main
Telefon (0 69) 971 2930
Fax (0 69) 97 12 93 93
E-Mail: info@gew-hessen.de
Homepage: www.gew-hessen.de

Verantwortlicher Redakteur:
Harald Freiling
Klingenberger Str. 13
60599 Frankfurt am Main
Telefon (0 69) 636269
Fax (069) 6313775
E-Mail: freiling.hlz@t-online.de

Mitarbeit:
Christoph Baumann (Bildung), Tobias Cepok (Hochschule), Dr. Franziska Conrad (Aus- und Fortbildung), Joachim Euler (Aus- und Fortbildung), Holger Giebel, Angela Scheffels (Mitbestimmung), Michael Köditz (Sozialpädagogik), Annette Loycke (Recht), Heike Lühmann (Aus- und Fortbildung), Karola Stötzel (Weiterbildung), Gerd Turk (Tarifpolitik und Gewerkschaften)

Gestaltung:
Harald Knöfel, Michael Heckert +

Titelthema: Franziska Conrad

Illustrationen:
Dirk Tonn + (Titel), Thomas Plaßmann (S.21), Ruth Ullenboom (S. 4, 33)

Fotos, soweit nicht angegeben:
GEW (S. 3, 8, 20, 24, 36), Bernd Heyl (S.31)

Verlag:
Mensch und Leben Verlagsgesellschaft mbH
Niederstedter Weg 5
61348 Bad Homburg

Anzeigenverwaltung:
Mensch und Leben Verlagsgesellschaft mbH
Peter Vollrath-Kühne
Postfach 19 44
61289 Bad Homburg
Telefon (06172) 95 83-0, Fax: (06172)9583-21
E-Mail: mlverlag@wsth.de

Erfüllungsort und Gerichtsstand:
Bad Homburg

Bezugspreis:
Jahresabonnement 12,90 Euro (9 Ausgaben, einschließlich Porto); Einzelheft 1,50 Euro. Die Kosten sind für die Mitglieder der GEW Hessen im Beitrag enthalten.

Zuschriften:
Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder wird keine Haftung übernommen. Im Falle einer Veröffentlichung behält sich die Redaktion Kürzungen vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der GEW oder der Redaktion übereinstimmen.

Redaktionsschluss:
Jeweils am 5. des Vormonats

Nachdruck:
Fotomechanische Wiedergabe, sonstige Vervielfältigungen sowie Übersetzungen des Text- und Anzeigenteils, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion und des Verlages.

Druck:
Druckerei und Verlag Gutenberg Riemann GmbH
Werner-Heisenberg-Str. 7, 34123 Kassel

Unsere Arbeit ist es wert

Beim Erscheinen dieser Ausgabe der HLZ stehen die Tarifverhandlungen im Bereich der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) möglicherweise kurz vor dem Abschluss. Auf jeden Fall werden sich die Gewerkschaften und die Verhandlungsführer von 15 der 16 Bundesländer am 16. März erneut in Potsdam gegenüber sitzen. Nicht am Tisch sitzt das Land Hessen, denn auch die schwarz-grüne Landesregierung hält stur an der hessischen Sonderrolle fest. Im Bereich des Tarifvertrags Hessen (TV-H) haben die Verhandlungen am 6. März in Wiesbaden begonnen.

Die GEW und die anderen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes fordern eine Gehaltserhöhung um 5,5 Prozent, mindestens aber 175 Euro. Diese Forderung haben die hessischen Gewerkschaften übernommen. Die Arbeitgeber argumentieren mit der „Schuldenbremse“ und versuchen, die ordentliche Bezahlung der Beschäftigten in den Bildungseinrichtungen gegen „gute Bildung“ auszuspielen. „Wer möchte, dass die Länder weiter auf hohem Niveau investieren“, der könne die Forderungen der Gewerkschaften „nur rundweg ablehnen“, erklärte Jens Bullerjahn (SPD), Verhandlungsführer der TdL und Finanzminister in Sachsen-Anhalt, der – es sei ihm gegönnt – Ministerbezüge in Höhe von 12.201,57 Euro erhält.

Bullerjahn beziffert die Mehrkosten für die Bundesländer bei einer Umsetzung der Forderungen auf 2,1 Milliarden Euro. Und weil die Gewerkschaften in der Tat auch die Übertragung auf die Beamtinnen und Beamten fordern, kämen nach seiner Rechnung noch einmal 3,4 Milliarden drauf. Dazu muss man allerdings wissen, dass die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder 2014 um 20 Milliarden Euro über denen von 2013 lagen. Und Bullerjahns Vorwurf, die Gewerkschaften ließen „bei einer Inflationsrate von zuletzt 0,6 Prozent (...) jeden Realitätsinn vermissen“, lässt längerfristige Entwicklungen außer acht, vor allem aber die Tatsache, dass gerade die Massenkaufkraft und die Inlandsnachfrage die deutsche Wirtschaft in Gang halten. Richtig ist dagegen die Rechnung von Herrn Bullerjahn, dass der geforderte Mindestbetrag von 175 Euro „in den un-

teren Einkommensgruppen eine Lohnerhöhung von bis zu 11 Prozent“ bedeutet. Aber das ist auch gut so!

Wie geht es weiter in Hessen? In diesen Tagen werden sich auch die hessischen Beschäftigten zu Wort melden, denn vom Potsdamer Ergebnis wird es mit abhängen, was in Hessen rausspringt! Bis zum Abschluss der Verhandlungen in Hessen, der bei einer Einigung in Potsdam möglicherweise schon bei einer zweiten Verhandlungsrunde am 14. April erfolgen könnte, ist mit Demonstrationen und Warnstreiks zu rechnen. Die GEW ruft dabei die Kolleginnen und Kollegen im Beamtenverhältnis auf, die Aktionen der Tarifbeschäftigten mit aller Kraft zu unterstützen, denn es geht schon jetzt auch um die Frage, ob das Tarifergebnis danach auf die Beamtinnen und Beamten übertragen wird. Die Kampfansage der hessischen Landesregierung mit der Ankündigung einer Nullrunde liegt auf dem Tisch! Die Beschäftigten in den Schulen sollten sich überlegen, wie sie Aktionen und mögliche Warnstreiks vor der eventuell letzten Verhandlungsrunde am 14. und 15. April wirkungsvoll unterstützen können. Alle Informationen über Aktionen und Warnstreiks in Hessen findet man auf unserer Homepage www.gew-hessen.de.

Unser Kampagnenmotto „Wir lassen uns nicht abhängen!“ hat mehr als eine Bedeutung:

- Wir lassen uns nicht abhängen: Die Beschäftigten der Bundesländer haben einen Anspruch auf Teilhabe an der allgemeinen Einkommensentwicklung.
- Wir lassen uns nicht abhängen: In Hessen darf es keinen schlechteren Abschluss geben als in den anderen 15 Bundesländern.
- Wir lassen uns nicht abhängen: Das Tarifergebnis muss auf die Beamtinnen und Beamten übertragen werden.




Markus Heberling

Markus Heberling ist „der Neue“ im Referat Tarif, Besoldung und Beamtenrecht im GEW-Landesvorstand. Im Team mit Carmen Ludwig und Peter Zeichner wurde er auf der Landesdelegiertenversammlung im November 2014 gewählt. Markus gehört auch dem Vorstand der Landesfachgruppe Berufliche Schulen an.

Ostereier bemalen

Das Kind (4) weint bittere Tränen. In der Kita haben sie saisonbedingt Ostereier produziert. Wunderschön marmorierte, mit einer feinen Schnur zum Aufhängen. Das Kind zeigt stolz sein Werk. Den Transport nach Hause überlebt das ausgeblasene Ei noch, leider rollt es wenig später vom Küchentisch... Was nun? Glücklicherweise gibt es in Patchwork-Familien jede Menge Großeltern. „Morgen gehen wir zu Opa Peter und Oma Gaby. Da bemalen wir ein neues Ei!“ Das Kind ist ein wenig getröstet.

Die Großeltern werden beauftragt, weiße Eier zu besorgen. Braune Eier eignen sich nämlich nicht zum Anmalen. Außerdem braucht man Plastikfolie zum Unterlegen und jede Menge alte Zeitungen. Rosie aus der Kita ist so nett und füllt ein wenig Fingerfarbe für den Hausgebrauch ab.

Ostereier bemalen! Die Großeltern sind sehr angetan. Aber welche Technik, welches Zubehör? Opa Peter schwört auf die Methode, jede Menge Eier zu kochen, bis das Eigelb blau-

grün ist, sie in großen Holzbottichen zu färben und anschließend mit Speck einzureiben, damit sie glänzen. Oma Gaby schwört auf Abziehbilder mit Osterhasen und kleinen Küken. Kennen Sie noch Abziehbilder? Man musste das Papier befeuchten und die Bildchen ganz, ganz vorsichtig aufs Ei hinüberschieben und glätten. Oma Gaby eilt hochmotiviert ins nächste Schreibwarengeschäft. Und staunt, was es mittlerweile alles gibt: Eierfarben zum Kaltfärben, Glitzerstifte zum Beschriften, jede Menge Aufkleber und ganze Sets, um aus Ostereiern Köpfe zu basteln: Brillen und Bärte, Mützchen und Zöpfe, Piratenhüte, Augenklappen, Indianerfedern, Wimpern und süße Mündchen. Alles sehr praktisch mit Klebefolie und Haltern zum Aufstellen. Oma Gaby befindet, Kinder sollten Krönchen und Zauberhüte für ihre Eierköpfe selber basteln, und kauft bewusst keine fertigen Sets. Nur Rot, Blau und Gelb zum Kaltfärben. Und ein paar nostalgische Abziehbilder.

Teppich und Tisch werden mit Folie abgedichtet. Das Kind trägt Schutzkleidung. Wie aber bläst man Eier aus? Opa Peter weiß, dass man dafür zwei Löcher ins Ei bohren muss. Eins muss groß genug sein, damit Dickflüssiges seinen Weg findet. Im Spreewald, der bekannt für seine fragilen Osterkunstwerke ist, gibt es dafür spezielle Bohrer. Im Haushalt der Großeltern finden sich aber nur Stopfnadeln und Nägel. Das Kind sieht gespannt zu, wie drei Erwachsene sich abmühen und fünf Eier zerbrechen. „Daraus machen wir nachher Rührei“, denkt Opa Peter, „mit Speck.“ „Das muss man mit Gefühl machen“, erklärt Oma Gaby und schafft es tatsächlich, ein Ei auszublasen. Vielleicht sollte man vor dem Bemalen die Schnur zum Aufhängen anbringen? Angeblich muss man dazu ein Zündholz als Haltevorrichtung im Ei unterbringen. Auch das muss man erst mal üben: an drei Eiern... Das Kind langweilt sich unterdessen ein wenig und beginnt eine Expedition durch die Wohnung.

Um es von den limitierten Porzellan-Spieluhren abzulenken, kocht Oma Gaby sechs Eier hart. Die könnte das Kind jetzt färben. Leider ist nicht genug Essig im Haus, um alle sechs Farben anzurühren.

Das Kind hat mittlerweile ein ausgeblasenes Ei zur Hälfte mit Fingerfarbe beschmiert, sorry, verziert, aus einer Zeitung ein Schiff gefaltet, ein paar Perlen aufgefädelt, ein Kilo Vogelfutter im Garten verstreut und sieht jetzt zu, wie sich die hart gekochten Eier im kalten Wasser hellblau und rosa verfärben. Da kann man nun Sticker draufkleben. Das Kind sucht sie aus und Opa klebt sie sorgfältig fest. Das macht er sehr schön. Vati bemalt die restlichen ausgeblasenen Eier und gibt sich dabei wirklich viel Mühe. Nur 50 Prozent Schwund. Nach drei Stunden harter Arbeit werden die sechs überlebenden Ostereier (vier harte, zwei Hohlkörper) bruchsicher verpackt und aufs Fahrrad geschnallt. Hoffentlich geht das gut...

Wie machen das bloß die sorbischen Frauen im Spreewald? Müssen die in der Osterzeit auch ständig Omelett essen?

Gabriele Frydrych



Betr.: HLZ 11/2014 und 12/2014 Lehrerausbildung

Einphasigkeit kein Zukunftsmodell

Ich stimme Joachim Eulers Befund durchaus zu, dass die hessische Lehrerausbildung in der „Sackgasse“ angekommen ist, auch vielen seiner Begründungen, die sich auf die „Reform“ von 2004 und das Hessische Lehrerbildungsgesetz als deren Kern beziehen. Ohne jegliche empirische Fundierung wurde das alte Ausbildungssystem durch eine Modulstruktur ersetzt, deren negative Folgen bekannt sind: Modularisierung statt Prozessorientierung, permanente Beurteilung und Bewertung, massive Bürokratisierung, um nur einige zu nennen.

Ob Eulers Forderung nach einer Radikalkur, die das Referendariat abschafft und durch eine einphasige bzw. dreiphasige Lehrerausbildung (Studium mit Praxisanteilen, Anerkennungs-jahr und Berufseingangsphase) ersetzt, einen sinnvollen Lösungsansatz bzw. ein „zukunftsfähiges Format“ (Gerhard Knoblauch, HLZ 12/2014) darstellt, den die GEW sich zu eigen machen sollte, bezweifle ich nicht nur im Hinblick auf die Situation an den Hochschulen.

Auch vor 2004 gab es an den Studienseminaren keine „heile Welt“, aber doch bessere Strukturen: eine prozessorientierte, relativ schulnahe Ausbildung, ein ausgewogeneres Verhältnis von Beratung, Beurteilung und Bewertung, insgesamt eine offenere Ausbildungssituation als heute. Auch hatten Ausbilderinnen und Ausbilder noch so viel eigenen Unterricht, dass Referendarinnen und Referendare sinnvoll hospitieren konnten. Und ohne die „Monsterbehörde“ Landesschulamt und ohne Neue Verwaltungssteuerung war auch die Bürokratisierung erheblich geringer.

Karl Bachsleitner, Kassel

Betr.: HLZ 11/2014 Esoterische Verführung

Über den Tellerrand schauen

Es ist einfach herrlich, wie Frau Dr. Barbro Walker die Worte der Lobbyisten der Pharmaindustrie und der Schulmediziner leierhaft wiederholt. (...) 23 Jahre Erfahrung als Berufsschullehrer und die Erfahrung meiner Frau als Förderschullehrerin haben gezeigt, wie schwierig es ist, auf die soziale und familiäre Situation schwieriger Kinder Einfluss zu nehmen. Daher ist es allemal sinnvoll und hilfreich, die geschun-

denen Seelen der Kinder mit Bachblüten etwas zu stabilisieren. Rescue- oder Notfalltropfen gibt es in jeder Apotheke und sie haben schon Millionen Menschen geholfen. Dies hat mit Esoterik absolut nichts zu tun. (...) Das Wissen um die Meridiane entstammt der chinesischen Medizin und wird wie die Kinesiologie auch von europäischen Ärzten in vielen Praxen angewandt. Wer dies leugnet oder kritisiert, ist in seinem kleinen Fachwissen stecken geblieben und schaut nicht über den Tellerrand.

Auch trägt die Mikrowellentechnik des Mobilfunks (Handys, Smartphones, Tablets, WLAN, DECT-Telefone) erheblich zur Destabilisierung junger Menschen bei (ADHS, u.a.), was von der milliardenschweren Mobilfunkindustrie systematisch geleugnet wird. Ich hoffe auf die GEW-Kolleginnen und -Kollegen, die über den Tellerrand schauen und nicht einer scheinbaren Wissenschaftsgläubigkeit unterliegen

Jürgen Lublow, Kassel

Betr.: HLZ 12/2014 Energiewende

Das Geschäft mit dem Umbau

Ich kann den Idealismus des Kollegen Will Kammelter in seinem Artikel „Energiewende: Ein Thema für die GEW?“ nachvollziehen, doch beruht er auf einer Sicht der Dinge, die ich so nicht mehr teile. Früher waren die Fronten klar abgesteckt: Die großen Stromkonzerne sind die „Bösen“, Atomkraft und Kohlekraft sowieso. Die „Guten“ sind die „Kleinen“, die Stadtwerke, die Bürgerenergiebewegung, die sich bemühen, alternative Energien auf dem Markt zu etablieren. David gegen Goliath. Gut gegen Böse. Kammelter selbst gibt aber im Artikel Hinweise, die stutzig machen sollten. Für das Fach Mathematik schlägt er Aufgaben zur „Größe eines Windrades, Schattenschwurf und Geräuschentwicklung“ vor. Die momentan gebauten Windräder sind inzwischen bei einer Höhe von 200 Metern angekommen, Tendenz steigend. Da ist es nicht mehr nur eine harmlose Mathematikaufgabe, wenn man nur 1.000 Meter oder weniger von einem „Windpark“ entfernt wohnt und vom Schattenwurf, den Geräuschen und solchen Höhen bedrängt wird. (...) Hier sollte man im Fach Biologie fragen, welchen Sinn es macht, heimische Büchsen abzuholzen, um Windräder auf Bergkuppen zu stellen, und was mit gefährdeten Tierarten geschieht, wenn

immer mehr Landschaft „nachhaltig“ mit Windrädern bebaut wird. Im Fach Politik bietet sich das Thema „Lobbyismus der Windkraftbranche“ an.

Die ZEIT vom 4. 12. 2014 spricht in dem Artikel „Schmutziger Irrtum“ (Seite 4) von einem „regelrechten politisch-industriellen Komplex“ rund um die Energiewende, dessen Einfluss „wahrscheinlich nur dem Geflecht zwischen Staat und Atomwirtschaft im vergangenen Jahrhundert vergleichbar“ ist: „Die Begeisterung für den grünen Umbau und die Begeisterung für das Geschäft mit dem grünen Umbau sind längst nicht mehr zu unterscheiden.“

Günther Nix, Schlüchtern

Betr.: HLZ 1-2/2015 Religiöser Extremismus

Aufklärung über religiöse Inhalte

Seit den Morden von Paris wird erneut auf die Notwendigkeit der Aufklärung über die religiösen Inhalte des Islams hingewiesen. Was ist bisher in den Schulen angekommen? Kann es sein, dass durch die bisherige Berichterstattung bestehende Vorurteile zum Islam in weiten Kreisen der Bevölkerung verfestigt wurden? Können alle Leser zwischen „Islamismus“ und „Islam“ unterscheiden? Kann es sein, dass die Bilder reitender, heroischer ISIS-Terroristen anfällige Jugendliche eher zur Mitarbeit motivieren als davon abzuschrecken?

An dieser Stelle möchte ich an die „Goldene Regel“ erinnern, die den Kern aller Weltreligionen ausmacht: das Prinzip der Gegenseitigkeit. In Form eines deutschen Sprichworts lautet es: „Was du nicht willst, das man dir tu, das füg auch keinem anderen zu.“ (...)

Durch eine weitgehend undifferenzierte Berichterstattung in den Medien besteht die Gefahr, dass alle Muslime und ihre Religion unter Generalverdacht gestellt werden. Auch eine solche Entwicklung passt in das Konzept der Terroristen. Der Kampf gegen Terroristen ist aber nicht nur durch Polizeimaßnahmen zu gewinnen, sondern nur, wenn den Terroristen die ideologische und religiöse Basis entzogen wird.

Das Weilburger Forum versucht, einen bescheidenen Beitrag zur Aufklärung zu leisten. Auf unserem neuen Web-Portal www.schulforum-limburg-weilburg.de können die Schulen grundlegende Informationen zu den Weltreligionen und europäischen Werten nachlesen und herunterladen.

Werner Röhrig, Weilburg



Tarifrunde 2015

Was Beschäftigte unbedingt wissen sollten ...

Was haben die Tarifrunde, die Besoldungsrunde und die „Operation düstere Zukunft 2.0“ miteinander zu tun?

Die Tarifrunde 2015 ist mehr als eine „normale“ Tarifrunde zu den Einkommen der Tarifbeschäftigten und der Beamtinnen und Beamten. „Normale“ Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst werden von der Einnahmeentwicklung beim Arbeitgeber, der Inflationsrate und der generellen Einkommensentwicklung bestimmt. Für Schwarz-Grün in Hessen geht es um mehr: Der Landeshaushalt soll zu Lasten der Beschäftigten auf eine „Schwarze Null“ gebracht und die „Schuldenbremse“ umgesetzt werden. Dazu sollen die Gehaltserhöhungen für die Tarifbeschäftigten möglichst gering ausfallen und die Beamtinnen und Beamten eine 16-monatige „Nullrunde“ und danach eine Deckelung von Gehaltserhöhungen auf 1,0 Prozent hinnehmen.

Warum wird die Übertragung auf die Beamtinnen und Beamten nicht gleich im Tarifvertrag geregelt?

Ganz einfach, weil der Arbeitgeber die Statusgruppen gegeneinander ausspielen und damit Geld einsparen will. Die Landesregierung wird voraussichtlich nicht bereit sein, mit den Gewerkschaften eine Tarifvereinbarung auszuhandeln, die Zusagen zur Übertragung auf die Besoldung enthält.

Warum ruft die GEW die Beamtinnen und Beamten nicht dazu auf, gemeinsam mit den Tarifbeschäftigten zu streiken?

Selbst wenn beide Statusgruppen gemeinsam während der Tarifauseinandersetzung streiken würden, dürfte sich die Landesregierung kaum dazu bereit finden, mit der Einigung über die Erhöhung der Tarifgehälter auch die Übertragung auf die Beamtinnen und Beamten zuzugestehen. Beamtinnen und

Beamte hätten dann aber faktisch kein massives politisches Druckmittel mehr, um die Forderung nach einer entsprechenden Einkommenserhöhung und der ausstehenden Arbeitszeitverkürzung durchzusetzen.

Wie geht die GEW gegen diese Spaltung vor?

Wie von unserer Landesdelegiertenversammlung beschlossen, organisieren wir Unterstützungsaktivitäten der Beamtinnen und Beamten im Kontext möglicher Streiks der Tarifbeschäftigten. Ebenso planen wir Unterstützungsaktivitäten der Tarifbeschäftigten im Rahmen einer Arbeitsniederlegung von Beamtinnen und Beamten.

Warum sollten sich Beamtinnen und Beamte in die Tarifauseinandersetzung einmischen?

Neben der notwendigen innergewerkschaftlichen Solidarität gibt es ein massives Eigeninteresse. Das in der

Beihilfe: Was plant die Landesregierung?

Kurz vor Weihnachten bekamen die hessischen Gewerkschaften Post vom Innenministerium: Kein Festtagsgruß freilich, vielmehr die Bitte um Stellungnahme zur Änderung der Hessischen Beihilfeverordnung. Bereits im schwarz-grünen Koalitionsvertrag war von einer „Anpassung“ der Beihilfe an die Regelungen in den anderen Bundesländern die Rede. Finanzminister *Thomas Schäfer* (CDU) hatte die geplanten Kürzungen im November auf 20 Millionen Euro beziffert.

Der nun präsentierte Entwurf unterscheidet sich deutlich von den Zumutungen, die 2011/2012 vorgelegt worden waren und die dann am Widerstand der Gewerkschaften scheiterten. Diesmal will Wiesbaden die Abschaffung der Beihilfefähigkeit für sogenannte Wahlleistungen im Krankenhaus. Dies sind vor allem „der Chefarzt“ und „das Zweibettzimmer“. In diesem Kontext von einer „Anpassung“ zu sprechen, ist allerdings grob irreführend. Denn in rund der Hälfte

aller Bundesländer und beim Bund sind stationäre Wahlleistungen weiterhin beihilfefähig. Aber „Anpassungen“ lassen sich politisch leichter verkaufen als „Leistungskürzungen“.

Hessen legt keinen Beihilfebericht vor. Ein differenzierter und transparenter Überblick über die verschiedenen Ausgabenposten in der Beihilfe existiert daher nicht. Insofern muss man den Angaben von Haushaltspolitikern der Koalition Glauben schenken, dass die beiden Maßnahmen im Jahr 2015 die avisierten 20 Millionen Euro „einbringen“ und ab 2016 sogar jährlich 30 Millionen, das bereits 2011/2012 angestrebte Volumen.

Bei den gescheiterten Kürzungsplänen 2011/12 hatten CDU und FDP allerdings nicht die stationären Wahlleistungen im Blick, sondern weitaus umstrittene und in ihrer Wirkung für den Einzelnen nur schwer kalkulierbare Einzelmaßnahmen. Da bei Weitem nicht alle Beamtinnen und Beamten die Leistungen „Chefarzt“ und „Zweibettzimmer“ vollständig privat versichern

werden, gehen die Kürzungen finanziell nicht zuletzt auch auf Kosten der hessischen Krankenhäuser sowie der Chefarztinnen und Chefarzte. Es wäre 2011 nicht das erste Mal gewesen, dass sich die FDP für diese Klientel besonders eingesetzt hätte.

Die Beihilfe ist eine Ergänzung der Alimention der Beamtinnen und Beamten aufgrund der Fürsorgepflicht des Dienstherrn. Diesen Zusammenhang verkennt, wer eine Kürzung im Beihilfebereich ausschließlich mit den Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung begründet. Denn auch bei der Beihilfe sind die Auswirkungen auf das gesamte Besoldungsniveau zu berücksichtigen, das die Landesregierung mit der angekündigten Nullrunde für die hessischen Beamtinnen und Beamten und der nachfolgenden Deckelung der Besoldungsentwicklung bei 1,0% dauerhaft absenken will. Vor diesem Hintergrund lehnen die DGB-Gewerkschaften die beabsichtigte Novellierung der Beihilfeverordnung ab.

Tarifauseinandersetzung erzielte Ergebnis ist wie immer zugleich unsere Forderung für die Beamtinnen und Beamten. Gewerkschaften forderten schon immer, Tarifergebnisse 1 zu 1 zu übertragen, und werden dies auch weiter tun!

Und warum sollten sich Tarifbeschäftigte für die Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten engagieren?

Neben der notwendigen innergewerkschaftlichen Solidarität gibt es auch hier ein massives Eigeninteresse. Wenn eine Statusgruppe im öffentlichen Dienst des Landes Hessen erst einmal weiter abgehängt wird, wird der Arbeitgeber dies bei zukünftigen Verhandlungen nutzen, um auch bei der anderen Gruppe Einsparungen zu erzielen.

Wie sieht der Zeitplan für Hessen aus?

Da Hessen als einziges Bundesland nicht der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) angehört, weichen die hessischen Termine von den bundesweiten Verhandlungsterminen ab. Mit Sicherheit werden bereits die Auftaktgespräche am 6. März von kleineren demonstrativen Aktionen der Gewerkschaften in der Region begleitet. Sollte das Land bei seiner bisherigen Verweigerungshaltung bleiben, werden die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes mit Sicherheit schon kurz darauf die Tarifbeschäftigten zu einem ersten Warnstreik aufrufen. Gleichzeitig werden wir die verbeamteten Kolleginnen und Kollegen zu solidarischen Aktionen auffordern. Hierbei ist es wichtig, Kontakt zum Kreisvorstand zu halten, um lokale Aktivitäten zu planen.

Wie geht es dann weiter?

Die möglicherweise entscheidende Tarifverhandlungsrunde für Hessen ist unmittelbar nach den Osterferien am

Sozial- und Erziehungsdienst: Verhandlungen zur Eingruppierung

Weitgehend zeitgleich zur Tarifrunde 2015 für die Landesbeschäftigten findet die Auseinandersetzung um die Eingruppierung der Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst (SuE) der Kommunen statt. Ausführliche Informationen dazu findet man in dieser HLZ auf den Seiten 22 und 23.

• Auch hier wird die GEW per Post, über ihren Mailverteiler und auf ihrer Homepage über Aktionstage und mögliche Streiks informieren: www.gew-hessen.de

14. und 15. April geplant. Für diesen Zeitpunkt sind weitere Warnstreiks nicht auszuschließen, um – falls nötig – den Druck zu erhöhen. Unabhängig vom Termin gilt für uns: Wenn Tarifbeschäftigte streiken, organisieren Beamtinnen und Beamte Solidaraktionen.

Kann man sicher sein, dass es am 15. April ein Tarifergebnis gibt?

Nein, das kann man nicht. Die Planungen für Hessen stehen unter dem Vorbehalt, dass bei den Verhandlungen mit der TdL am 16. und 17. März in Potsdam ein Abschluss erzielt wird. Sofern dies nicht der Fall sein sollte, verschieben sich die Termine für Hessen nach hinten, da zunächst einmal ein bundesweites Ergebnis vorliegen muss. Zugleich muss für diesen Fall mit einer längerfristigen Auseinandersetzung gerechnet werden. Dabei wird die GEW die weitere Strategie mit den anderen Gewerkschaften unter der Tarifrührerschaft von ver.di abstimmen.

Was ist mit der Übertragung auf die Beamtinnen und Beamten nach einem erzielten Tarifergebnis?

Nach heutigem Stand muss davon ausgegangen werden, dass die Landesregierung nicht bereit sein wird, ein in Verhandlungen erzieltes Ergebnis vollständig auf die Beamtinnen und Beamten zu übertragen. Schließlich steht für die GEW auch immer noch die Übertragung der 2009 tariflich vereinbarten 40-Stunden-Woche auf die Beamtinnen und Beamten und auf alle Lehrkräfte an. Diese damals vereinbarte Arbeitszeitverkürzung bedeutet für alle Lehrkräfte eine Reduktion um eine Pflichtstunde. Auch wenn unser Druck bis dahin dazu führen würde, dass die Landesregierung die „Nullrunde“ mit einem „Angebot“ aufweicht, bleiben wir bei unserer Forderung nach einer vollständigen Übertragung der Gehaltserhöhung und der seit 2009 ausstehenden Arbeitszeitverkürzung.

Wird die GEW für eine Arbeitsniederlegung der Beamtinnen und Beamten mobilisieren?

Ja! Wenn die Landesregierung bei ihrer Verweigerungshaltung bleibt, wird die GEW Hessen eine Mobilisierungskampagne mit der Forderung nach vollständiger Übertragung des Tarifergebnisses und der ausstehenden Arbeitszeitverkürzung starten. Es kann dann davon

Meine Arbeit ist es wert



ausgegangen werden, dass es zu einer eintägigen Arbeitsniederlegung der beamteten Lehrkräfte kommt.

Wann ist mit einer Arbeitsniederlegung der Beamtinnen und Beamten zu rechnen und was machen die anderen Gewerkschaften?

Sollte Mitte April ein Tarifergebnis vorliegen, ohne dass die Übertragung durch die Landesregierung erklärt wurde, werden wir unsere Kampagne starten. Für die entsprechenden Diskussionen in Schulen und Gliederungen und den Rücklauf von Bereitschaftserklärungen (Quorum) müssen wir einen Zeitraum von mindestens sechs bis acht Wochen einplanen. Bei diesem Zeitplan könnte ein Warnstreik im Juni stattfinden. Der DGB und die anderen Gewerkschaften wollen gemeinsam mit der GEW diesen Warnstreiktag dann zum Demonstrationstag gegen die Zumutungen der „Operation düstere Zukunft 2.0“ machen.

Birgit Koch und Jochen Nagel
Vorsitzende der GEW Hessen

Weitere aktuelle Informationen und Materialien: www.gew-hessen.de > Kampagne „Wir lassen uns nicht abhängen!“

15. April: GEW-Seminar für neue Mitglieder

Das Referat Mitbestimmung und gewerkschaftliche Bildung der GEW lädt neue Mitglieder, die Strukturen, Ziele und Möglichkeiten zur Mitarbeit in der GEW kennenlernen möchten, herzlich am Mittwoch, 15. April 2015, von 15 bis 18 Uhr zu einem Treffen in die Geschäftsstelle in Frankfurt ein (Zimmerweg 12). Reisekosten werden erstattet.

- *Anmeldung: bloesel@gew-hessen.de*

GEW Hessen: Irmer-Rücktritt überfällig

GEW-Vorsitzender *Jochen Nagel* bezeichnete den Rücktritt des CDU-Landtagsabgeordneten *Hans-Jürgen Irmer* als stellvertretender Fraktionsvorsitzender und bildungspolitischer Sprecher als „überfällig“. Die GEW hatte auf Grund von ausländer- und islamfeindlichen Veröffentlichungen in dem von ihm herausgegebenen „Wetzlar-Kurier“ eine Zusammenarbeit mit Irmer abgelehnt. Ende 2014 war Irmer erneut durch Aussagen gegen Homosexuelle („nicht normal“) und Flüchtlinge aufgefallen.

Kassel: Bunte Luftballons für gelingende Inklusion

Die GEW begleitete eine Sitzung der Arbeitsgruppe „Modellregion Inklusion“ im Kreishaus in Kassel mit einer bunten Aktion – und das trotz nasskaltem Wetter und ungünstiger Uhrzeit. Die Einrichtung von „Modellregionen“ solle lediglich den Mangel an Lehrkräften verschleiern.

Damit Inklusion gelingt, so die Überzeugung der GEW, brauchen die Regelschulen mehr Förderschullehrkräfte und sozialpädagogische Fachkräfte, die fest in die Lehrerkollegien integriert sind. Die Luftballons, ein roter auf drei weiße, stehen für die Forderung der GEW, dass jede Schule für drei Klassen eine zusätzliche Förderschullehrkraft und eine sozialpädagogische Fachkraft braucht.



Hauptpersonalrat gegen Nullrunde für Beamte

Auch der Hauptpersonalrat der Verwaltung beim Hessischen Kultusministerium hat sich den Protesten gegen die beabsichtigte Nullrunde für Beamtinnen und Beamte in Hessen angeschlossen. Er habe „keinerlei Verständnis“ dafür, dass „Versäumnisse und Fehlentscheidungen in der Politik“ auf die Beamtinnen und Beamten abgeladen und diese „von Steigerungen der Einkommen abgehängt werden“ sollen.

Frankfurt: Senatswahlen an der Goethe-Universität

Bei den Wahlen zum Senat der Goethe-Universität Frankfurt erhielten alle drei Listen in der Gruppe der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wie vor zwei Jahren je einen Sitz im Senat. Allerdings stieg der Stimmenanteil der gemeinsamen Liste von GEW und ver.di von 33,7 auf 38,1%. Gegenüber 2013 konnte die Liste von GEW und ver.di die absolute Zahl der Stimmen um 20% steigern. In der Gruppe der administrativ-technischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter konnte sich die ver.di-Liste vor der „Freien Liste“ platzieren.

Protest gegen Kürzungen bei Schulpsychologie

Der Berufsverband Hessischer Schulpsychologinnen und Schulpsychologen (BHS) protestierte in einem Brief an Kultusminister *Alexander Lorz* (CDU) gegen drohende Kürzungen im Bereich des schulpsychologischen Dienstes. Eine Begrenzung der Kürzung auf Bereiche, in denen „nicht direkt mit Schülerinnen und Schülern gearbeitet wird“, hält der BHS für unmöglich, da sich die gesamte Arbeit der Schulpsychologinnen und Schulpsychologen auf „Schülerinnen und Schüler, deren Eltern und deren Lehrkräfte in schwierigen Situationen“ beziehe. Knapp fünf Jahre nach dem Ausbau der Schulpsychologie in Hessen in Folge der Ereignisse von Winnenden die Ressourcen jetzt wieder zurückzufahren, hält der BHS für „unverantwortlich“ und fordert „den Erhalt der Stellen der Schulpsychologie in den Staatlichen Schulämtern im Umfang von 92 Stellen“.

- *Den vollständigen Wortlaut des Briefs findet man unter www.bhs-hessen.de.*

Öffentliche Deutschstunde auf dem Luisenplatz

GEW-Kreisverband und Flüchtlingsrat Wiesbaden veranstalteten kurz vor Weihnachten vor dem Kultusministerium eine „Öffentliche Deutschstunde“, um auf die Situation junger Flüchtlinge aufmerksam zu machen. Aufgrund des Wetters standen oder saßen die Schülerinnen und Schüler aus sechs Sprachanfängerklassen, rund hundert Mädchen und Jungen zwischen 16 und 18 Jahren, nicht nur im übertragenen Sinn „im Regen“. Und wie in der schulischen Realität gab es nicht genug Sitzplätze und Tische, zu wenig Schirme und für alle auf dem Platz nur eine Lehrerin. Mit der Aktion forderten GEW und Flüchtlingsrat mehr Intensivklassen, mehr Lehrkräfte mit einer Qualifikation für die Alphabetisierung oder für Deutsch als Zweitsprache, kleinere Lerngruppen und eine sozialpädagogische Betreuung.

- *Weitere Informationen und Fotos: www.gew-wiesbaden.de*

Ministerium kündigt Verträge zur Schulsozialarbeit

Das Hessische Kultusministerium (HKM) will sich aus der Finanzierung der Schulsozialarbeit an zehn hessischen Schulen zurückziehen und hat die zum Teil seit 40 Jahren bestehenden Vereinbarungen einseitig gekündigt. Diesen Einrichtungen droht zum Juli 2015 das Aus – und das trotz verbaler Bekundungen von Minister *Lorz*, der die Schulsozialarbeit noch im Oktober als „wichtige Unterstützung für Schulleben und Unterricht“ lobte. Jetzt soll die „Unterrichtsunterstützende Sozialpädagogische Förderung“ (USF) Vorrang vor bewährten Angeboten der Jugendhilfeträger haben.

Die Personalversammlung der Ernst-Reuter-Schule II in Frankfurt sprach sich nachdrücklich „für die Erhaltung der Schulsozialarbeit in ihrer bisherigen Form“ aus, die „durch offene Angebote, die lang erprobt und evaluiert sind, eine große Zahl von Schülerinnen und Schülern“ erreicht, den sozialen Frieden fördert und zu einer geringen Zahl von Schulabbrechern beiträgt.

- *Weitere Informationen und die Möglichkeit zur Unterstützung der Proteste findet man im Internet: <https://openpetition.de> > Suche: Schulsozialarbeit in Hessen*

Verbrechen der Endphase

Aus den „informationen“ des Studienkreises Deutscher Widerstand

Seit 1976 gibt der *Studienkreis Deutscher Widerstand 1933-1945* die Zeitschrift „*informationen*“ heraus, eine fundierte wissenschaftliche Publikation mit wechselnden Schwerpunkten. Sie informiert regelmäßig über Menschen im Widerstand, über Erinnerungsstätten und Museen und bespricht neue Bücher, Filme und digitale Medien.

Seit 2010 enthalten die „*informationen*“ die „Materialien für die historisch-politische Bildung“ zur Bearbeitung der Themen im Unterricht.

Schwerpunktthema der 80. Ausgabe waren im November 2014 die „Verbrechen der Endphase“ der NS-Zeit, wie sie auch aus Hessen bekannt sind: Standgerichte gegen Menschen, die wie der Wetzlarer *Jakob Sauer* eine weiße Fahne hissten (HLZ 1-2/2015, S. 23), Erschießungen von Regimegegnern noch am Tag des Einmarsches der Amerikaner wie an der Oppenheimer Rheinfähre (www.kornsandverbrechen.de), letzte Todesurteile, Massaker, Todesmärsche wie die zur Evakuierung des KZ Katzbach in den Frankfurter Adler-Werken (HLZ S. 12) und das Hungersterben von Menschen in Krankenhäusern oder in Heimen für Kinder von Zwangsarbeiterinnen.

Peter Adamski hat die Gestapo-Morde in Kassel, denen in den letzten März-Tagen des Jahres 1945 Gefangene aus dem Zuchthaus Kassel-Wehlheiden und dem Arbeitserziehungslager Breitenau sowie 78 Zwangsarbeiter zum Opfer fielen, mit Dokumenten für den Unterricht aufgearbeitet.

Weitere Beiträge befassen sich mit den Todesmärschen am Beispiel der Konzentrationslager Ravensbrück und Sachsenhausen (*Martin Clemens Winter*), mit der Auflösung des SS-Sonderlagers Hinzert bei Trier (*Beate Weiler*), dem „Euthanasieprogramm“ in der Endphase des Nationalsozialismus (*Michael Nolte*) und den Gerichtsverfahren zur strafrechtlichen Ahndung von Endzeitverbrechen (*Wolfgang Form*).

Thomas Altmeyer, verantwortlicher Redakteur der „*informationen*“, befasst sich in seinem Beitrag „Wir sind gekommen, um noch einmal aufzuräumen“ mit der Hinrichtung von 28 politischen Häftlingen im Zuchthaus Brandenburg-Görden am 20. April 1945. Obwohl es Vorschläge gab, das Hinrichtungsgerät zu beschädigen und das Hinrichtungsteam zunächst unvollständig war, wurde die Hinrichtung der politischen Gefangenen, darunter auch einiger hessischer Regimegegner, vollzogen. Eine Woche später wurde das Zuchthaus von der Roten Armee befreit.

Zu den Opfern aus Hessen gehörte der Legationssekretär a.D. *Dr. Herbert Mumm von Schwarzenstein*, der 1898 in Frankfurt geboren wurde und zuletzt in Berlin lebte. Der Enkel des ersten preußischen Bürgermeisters von Frankfurt wurde 1935 wegen Vergehen gegen § 175 StGB, den so genannten Homosexuellenparagrafen, verhaftet und aus dem Staatsdienst entfernt. Als Mitglied des Solf-Kreises, einer Gruppe von Kritikern des NS-Regimes, hörte er regelmäßig ausländische Radiosender und stand seit Kriegsbeginn, so die Anklageschrift, im Austausch mit dem Nationalbolschewisten und Regimegegner *Joseph „Beppo“ Römer*.

Die ebenfalls hingerichteten Regimegegner *Paul Sonntag*, *Josef Funk*, *Alfred Kramer* und *Gustav Paustian* lebten bis zu

ihrer Verhaftung in Frankfurt. Der 1890 in Leipzig geborene Buchdrucker *Paul Sonntag* wohnte in der Robert-Mayer-Straße 48 in Frankfurt. Heute erinnert dort ein Stolperstein an ihn. Bereits 1933 saß er wegen kommunistischer Betätigung mehrere Wochen in Schutzhaft. Sonntag wurde gemeinsam mit *Paul Janke* und dem Chemigraph *Josef Funk* festgenommen. Alle drei arbeiteten bei der Bauerschen Gießerei in Frankfurt-Bockenheim. Auch ihnen wurde vorgeworfen, dass sie zwischen Dezember 1941 und Juli 1943 ausländische Feindsender abgehört und auf ihrer Arbeitsstelle die gehörten Informationen mit anderen ausgetauscht hätten.

Auch den am 20.4.1945 hingerichteten *Alfred Kramer* und *Gustav Paustian* aus Frankfurt wurden „Rundfunk-Verbrechen“ vorgeworfen. Außerdem hätten sie aus einer „überwiegend kommunistischen, jedenfalls aber staatsfeindlichen Einstellung heraus teils gemeinschaftlich und teils mit anderen Personen in gehässiger Weise (...) erörtert, daß der Krieg für Deutschland verloren sei“. *Kramer*, geboren 1894 in Volkmarzen, wurde bereits Ende 1933 unter dem Vorwurf festgenommen, die Ziele der KPD durch Beitragszahlungen gefördert und Kontakt zu „Altstadt-Kommunisten“ gehalten zu haben. Das OLG Kassel verurteilte ihn Anfang Mai 1934 zu einem Jahr und vier Monaten Gefängnis. *Paustian* wurde zudem vorgeworfen, auf dem Schwarzmarkt an der Leonhardskirche am Frankfurter Mainufer „zersetzende Reden“ gehalten zu haben. Er wohnte zuletzt in der Alten Mainzer Gasse 19 in Frankfurt. Vier Jahre lang war er bis Juni 1942 in verschiedenen Konzentrationslagern inhaftiert.

Thomas Altmeyer schließt seine detaillierten politischen und biografischen Recherchen mit dem folgenden Hinweis auf den Charakter vieler „Verbrechen der Endphase“:

„Die am 20. April 1945 durchgeführten Hinrichtungen in Brandenburg-Görden zeigen exemplarisch, dass die letzten Wochen des Regimes keineswegs nur von Auflösungserscheinungen und chaotischen Verhältnissen gekennzeichnet waren. Vielmehr versuchte die Gefängnisleitung alles, um bis zum Ende möglichst zu funktionieren.“

- Eine Übersicht über die bisherigen Themen der „*informationen*“ und Bestellmöglichkeiten findet man auf der Homepage des Studienkreises: www.informationen.widerstand-1933-1945.de

Zusammen mit anderen Trümmern des Regimes wird ein Büste Adolf Hitlers entsorgt. (Foto: Rechte unbekannt; Friedrich-Ebert-Stiftung/Archiv der sozialen Demokratie)





Ent-Schuldigung

Vergangenheitsbewältigung in Deutschland und Japan

Bei Befragungen von Deutschen nach Kriegsende in den Westzonen bekamen die Alliierten drei Argumentationsmuster zu hören:

- Die einen gaben vor, man habe aus beruflichen Gründen „Nazi sein müssen“.
- Andere erklärten, „belogen und betrogen“ worden zu sein – eine, wie der US-Offizier *Daniel Lerner* schon im April 1945 notierte, „fromme Lüge, durch die der Deutsche (...) unbedacht zugibt, dass er irgendwann einmal an die Nazis geglaubt hat und ihnen gefolgt ist.“ (1) Noch 1950 schrieb der Vorsitzende des Geschichtslehrerverbandes, *Gerhard Bonwetsch*, „dass das deutsche Volk die Lüge des Nationalsozialismus nicht erkennt hat“ (2).
- Hinzu kam drittens die Aufrechnung der Leiden der Anderen mit denen der Deutschen, womit man „stillschweigend zu verstehen gibt, dass die Leidensbilanz ausgeglichen sei“, wie *Hannah Arendt* 1949/50 feststellte (3). Diese Aufrechnung war jedoch bereits eine Horisonterweiterung, denn anfangs ging es nur um die „deutsche Katastrophe“, d.h. die selbst erlittene, nicht die anderen zugefügte.

Kollektivschuld und Kollektiventschuldigung

Schon im Frühjahr 1945 prognostizierte der protestantische Theologe *Karl Barth* die Mechanismen der Ent-Schuldigung, „dass die Deutschen es lieben, auf jede politische Anklage alsbald mit einer Gegenanklage (...) zu antworten [und] sich bald als die Vollstrecker, bald auch als die Opfer großer, schicksalsmäßiger geschichtlicher Notwendigkeiten zu verstehen“ (4).

Einen Grund dafür benannte *Hans Paeschke* 1947 im *Merkur*: „Wie viele wollen heute nicht an die Greuel der Konzentrationslager glauben, weil sie fürchten, ihr Wissen könne dadurch nachträglich schuldhaft werden? So entsteht die Gefahr, dass man unter Verleugnung einer relativen Verantwortlichkeit des Individuums vorschnell nach überpersönlichen Prinzipien greift, die als ‚Das Schicksal‘ oder ‚Die historische Notwendigkeit‘ alles Geschehene schlechthin rechtfertigen und nichts ändern.“ (5)

Ein Beispiel dafür stammt aus der Feder von *Marie-Luise Kaschnitz*:

„Und es scheint auch, daß wir als die vornehmlichsten Träger eines geschichtlichen Willens, mit der Schuld einer ganzen Epoche beladen, die Straße des Untergangs ziehen.“ (6)

Eugen Kogon konstatierte im April 1946, der Kollektivschuldvorwurf der Alliierten habe „nicht die Kräfte des deutschen Gewissens geweckt, sondern die Abwehr gegen die Beschuldigung“ (7). Als Kollektiv-Entschuldigungen dienten ein allgemeiner Nihilismus, ein über Deutschland hinausreichender Verfall christlich-humanistischer Werte oder der Hinweis auf ein tief in der deutschen Vergangenheit wurzelndes Verhängnis (z. B. das Preußentum). Kollektivschuld und Kollektiventschuldigung sind jedoch zwei Seiten einer Medaille: Wenn alle schuld sind, ist es keiner persönlich. Elemente dieser Dialektik bestehen durchaus weiter bis heute (8). Schon 1945/46 erkannte *Hannah*

Arendt die später von ihr so benannte „Banalität des Bösen“. Danach

„gehört zur Schuld ein Bewußtsein, schuldig zu sein, gehört zum Strafen eine Überzeugung von der Verantwortungsfähigkeit des Menschen.“ (9)

Plastisch beschrieb der Philosoph *Max Picard* die Rückkehr des Bösen zur Banalität:

„Dieser Menschenvergaser gewöhnt sich leicht, allzu leicht wieder an die rechte Ordnung. Sie treffen ihn, wenn Sie in München Briefmarken kaufen, am Schalter bei der Post, oder er verkauft Ihnen Zigarren in einem Geschäft.“ (10)

Dass die Freiheit geraubt wurde, „erst innerlich, dann äußerlich“, war nur möglich, so der Philosoph *Karl Jaspers* in der von ihm herausgegebenen Zeitschrift *Die Wandlung*, „weil so viele Menschen nicht mehr frei, nicht mehr selbstverantwortlich sein wollten.“ Doch im selben Heft erklärte der Soziologe *Alfred Weber* die Verführbarkeit der Massen mit einer sozusagen unverschuldeten Unmündigkeit, weil sie nämlich „offensichtlich, ohne dass sie es selbst verschuldet haben, infolge der historischen Verhältnisse weitgehend inkompetent geblieben sind zur Selbstregierung“ (11).

Im Alltag bestand die Ent-Schuldigung darin, das Volk gegenüber einem kleinen Kreis politisch Verantwortlicher freizusprechen. In der marxistischen Variante wurde dieser Kreis auf die „Monopolkapitalisten“ ausgeweitet. Für das DDR-Schulbuch *Geschichte in Übersichten* von 1982 waren die Deutschen ein Volk von Widerständlern, wenn nicht der Tat auf Seiten der Kommunisten, so doch des Geistes. Während die Sowjetunion „die antifaschistischen Bestrebungen des deutschen Volkes“ unterstützte, verhinderten die Westmächte die „Einbeziehung des Monopolkapitals“ in den Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess. Dagegen wurde im Westen noch Anfang der 50er Jahre der Widerstand von bundesdeutschen Gerichten als Hochverrat eingestuft (12). Größer konnte die Diskrepanz zwischen Ost und West nicht sein und dennoch war auch in der DDR nicht Auschwitz das Thema, sondern Buchenwald, die politische Verfolgung. Während in der Bundesrepublik das „Labyrinth des Schweigens“, wie der gleichnamige Film jetzt so eindrücklich zeigt, unter anderem dank *Fritz Bauer* in den 60er und 70er Jahren nach und nach aufgebrochen wurde, wurde in der DDR der Holocaust noch in dem Schulbuch von 1982 in fünf Zeilen abgehandelt.

Vergangenheitsbewältigung in Japan

Wenig bekannt ist, dass es den USA auch in Japan um die Bestrafung der Verantwortlichen und die *Reeducation* der Bevölkerung ging. *Kaiser Hirohito* musste auf den göttlichen Nimbus und die politische Macht verzichten, dafür blieb er aber von jeder Anklage verschont, was wiederum eine allgemeine Schulddebatte unmöglich machte. Führende Militärs, die Japan de facto in eine Militärdiktatur verwandelt hatten, kamen als politisch Verantwortliche auf die Anklagebank. Da es auch keine Parallele zum Holocaust gab, ging es hier um Kriegsverbrechen im engeren Wortsinne. In Deutsch-

land konnte man dagegen im öffentlichen Bewusstsein Krieg und Verbrechen trennen und sogar die Wehrmachtsführung als unpolitische Befehlsempfänger erscheinen lassen (13). In Japan wurden die Kriegsverbrecherprozesse als Siegerjustiz hingenommen (14), „die gemeinsame Reue von 100 Millionen“, zu der die Regierung aufrief, galt einem Krieg, den man bedauerte, weil man ihn verloren hatte (15). Die Akzeptanz der Folgen, so auch der militärischen Beschränkung Japans, bedeutete keineswegs die Akzeptanz der Schuldvorwürfe. „Kriegsverbrechen“ waren für das japanische Verständnis Ausdruck eines fremden, westlichen Denkens.

Die Atombombenabwürfe ermöglichten zudem einen Rollentausch vom Täter zum Opfer, zumal international publizistisch der Vergleich zwischen Auschwitz und Hiroshima gang und gäbe war. Kritiker blieben in der Minderheit, die Erschütterung des Selbstbewusstseins ermöglichte nur am Anfang Kritik in den Schulbüchern, die später der Zensur zum Opfer fiel. Ein Autor und Lehrer, *Saburo Ienaga*, führte deswegen dreißig Jahre lang Prozesse gegen den japanischen Staat (16). Die beharrlichen Demonstrationen der koreanischen „Trösterfrauen“ (ein ungläublicher Euphemismus!) über Jahrzehnte hinweg schafften es dann zumindest, die systematische Versklavung von Koreanerinnen und anderen Frauen zur Vergewaltigung durch japanische Soldaten in die Öffentlichkeit zu bringen.

Weitere Anstöße kamen aus China, zuletzt 2005, als sich Japan genötigt sah, eine englischsprachige Textversion seiner Geschichtsbücher ins Internet zu stellen. In denen wird nüchtern zugegeben, dass japanische Truppen in Nanking „viele Kriegsgefangene und Zivilisten töteten“, so die gängige Formulierung. Einmal taucht das Wort „Massaker“ auf, einmal die Zahl von 200.000 Opfern, alle relativieren dies dann jedoch mit dem Hinweis, dass die Opferzahl nicht klar sei – als ob das Problem eine Frage der Zahlen wäre. Im Unterschied zu diesem abgerundeten Zugeständnis bleiben die Schulbücher allerdings dabei, dass es keine Schuld Japans am Kriegsausbruch mit China 1937 gebe. (17)

Bedauern über einen verlorenen Krieg

Während Bundespräsident *von Weizsäcker* 1985 in seiner Rede zum 8. Mai den längst überfälligen Begriff der „Befreiung“ für das Kriegsende in das offizielle Gedenken einführte (HLZ S.18), besuchte der japanische Ministerpräsident *Nakasone* im selben Jahr anlässlich des 40. Jahrestages der japanischen Kapitulation am 15. August als erster Regierungschef seit 1945 den Yasukuni-Schrein (18). Nach Nakasones Besuch wurde auch das baulich direkt mit dem Schrein verbundene Yushukan-Museum wiedereröffnet, das den japanischen National-Militarismus unbeeinträchtigt feiert. Das Massaker an der Zivilbevölkerung von Nanking durch die japanische Armee im Dezember 1937, von dem wir unter anderem durch die Hilfsaktion des Deutschen *John Rabe* wissen, habe es gar nicht gegeben, sondern die japanische Armee habe Nanking den Frieden gebracht: „Inside the city, residents were again able to live their lives in peace.“ (19)

Wolfgang Geiger

Wolfgang Geiger arbeitet als Lehrer an der Dreieichschule in Langen. Seine jüngste Veröffentlichung erschien 2014 im Wochenschau-Verlag: Martin Liepach und Wolfgang Geiger, *Fragen an die jüdische Geschichte. Darstellungen und didaktische Herausforderungen.* (Schriftenreihe des Fritz Bauer Instituts, Band 33). 19,90 Euro



In dem Film „Im Labyrinth des Schweigens“ (2014) spielt Alexander Fehling einen jungen Staatsanwalt, der Beweise gegen Auschwitz-Mörder sammelt, die nach dem Krieg unbehelligt weiter leben können. Unterrichtsmaterialien unter www.stiftunglesen.de > Suche: *Labyrinth des Schweigens* (Foto: Heike Ulrich, Universal Pictures)

- (1) Ulrich Borsdorf und Lutz Niethammer (Hg.): Zwischen Befreiung und Besatzung. Analysen des US-Geheimdienstes über Positionen und Strukturen deutscher Politik 1945. Weinheim 2. Auflage 1995, S. 38f. Alle Zitate ausführlicher mit Nachweisen und weiterführenden Informationen auf www.geschichtslehrerforum.de/html/Schulddebatte.html
- (2) Gerhard Bonwetsch: Der Verband der Geschichtslehrer Deutschlands, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* Nr.1, 1950, S. 3.
- (3) Hannah Arendt: *Besuch in Deutschland*, Hamburg 1993, S. 25
- (4) Karl Barth: *Zur Genesung des deutschen Wesens*, Stuttgart 1945, S. 41f.
- (5) Hans Paeschke: *Verantwortlichkeit des Geistes*, in: *Merkur* 1/1947, S. 104.
- (6) Marie-Luise Kaschnitz: *Von der Schuld*, in: *Die Wandlung* 2, Januar 1946, S. 147
- (7) Eugen Kogon: *Gericht und Gewissen*, in: *Frankfurter Hefte* Nr.1, April 1946, S. 26
- (8) Hier sei mir der Verweis auf mein Buch erlaubt: *Zwischen Urteil und Vorurteil. Jüdische und deutsche Geschichte in der kollektiven Erinnerung*, Frankfurt a.M. 2012
- (9) H. Arendt: *Organisierte Schuld*, in: *Die Wandlung* Nr. 4, 1946, S. 339
- (10) Max Picard: *Hitler in uns selbst*, Erlenbach-Zürich 1946, S. 38
- (11) Karl Jaspers: *Geleitwort*, S. 4, und Alfred Weber: *Unsere Erfahrung und unsere Aufgabe*, in: *Die Wandlung* Nr.1, Nov. 1945, S. 46.
- (12) Claudia Fröhlich: *Remigration und Neuanfang – Fritz Bauer als Richter und Generalstaatsanwalt in Braunschweig 1949-1956*, in: *Fritz Backhaus, Monika Boll, Raphael Gross (Hg.): Fritz Bauer – Der Staatsanwalt. NS-Verbrechen vor Gericht*, Frankfurt a.M., München 2014, S. 138
- (13) Reichel, Peter: *Vergangenheitsbewältigung in Deutschland*, München 2001, S. 65; Norbert Frei: *Vergangenheitspolitik*, München 1996
- (14) Reinhard Zöllner: *Geschichte Japans*. Paderborn 2006, S. 387
- (15) Manfred Kittel: *Nach Nürnberg und Tokio. „Vergangenheitsbewältigung“ in Japan und Deutschland 1945 bis 1968*, München 2004
- (16) Ian Buruma: *Erbschaft der Schuld. Vergangenheitsbewältigung in Deutschland und Japan*, München 1994. S. 246-256
- (17) Auszüge auf www.geschichtslehrerforum.de/html/welt-krieg.html
- (18) Volker Fuhr: *Von der Bundesrepublik lernen? Der Vergleich mit Deutschland in der japanischen Diskussion über Kriegsschuld und Vergangenheitsbewältigung*, in: *Japanstudien* 8, 1996, S. 337-353.
- (19) www.japanesehistory.de/fotos/Yushukan/ > Fotos 14 und 15 (15.11.2014).



„Kriminelles Gesindel“

Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene in Wiesbaden

Die Liste ist erdrückend lang: Die Wiesbadener Polizei erfasste im Zeitraum vom April bis November 1945 weit über tausend Delikte, die allein Polen begangen hätten: Brandstiftungen, zahllose Einbrüche, Bandenüberfälle, schwere Diebstähle, Vergewaltigungen und Körperverletzungen, Plünderungen, Auto- und Fahrraddiebstähle, Unterschlagungen und über ein Dutzend Morde und viele andere mehr. Solche Berichte wurden akribisch gesammelt und später im Wiesbadener Stadtarchiv archiviert. Die Polizei erstellte auch eine Reihe von Statistiken, die die (vermeintlichen) Delikte dieser Personengruppe – weitaus überwiegend aus osteuropäischen Ländern – genau aufschlüsselte. Die Botschaft war unmissverständlich wie eindeutig: Polen sind Kriminelle, nicht minder aber auch andere ausländische Personengruppen, die sich – noch – in Wiesbaden aufhielten.

Dieser Sachverhalt wirft mehrere Fragen auf: Wie kamen diese „kriminellen“ Leute eigentlich nach Wiesbaden? Warum entwickelten sie diese ungewöhnlichen und ausgeprägten kriminellen Energien? Warum machten sich die Polizei und ihre Zuträger die Mühe, diese Fälle zur Anzeige zu bringen und genau zu dokumentieren sowie statistisch auszuwerten?

Die ersten beiden Fragen sind relativ leicht zu beantworten: In Wiesbaden lebten im Zweiten Weltkrieg ungefähr 10.000 ausländische Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene, die zu Sklavenarbeiten gezwungen worden waren und unter unsäglichen Bedingungen leben und arbeiten mussten. Sie nahmen die Arbeitsplätze von Männern ein, die zur Wehrmacht eingezogen worden waren, Arbeitsplätze vor allem in der Industrie, in der Landwirtschaft und auch in Privathaushalten oder städtischen und kirchlichen Einrichtungen.

Diese Zwangsarbeiter hatten keine Rechte und wurden aus geringfügigsten Anlässen willkürlich hart bestraft oder gar getötet. Als sich im Frühjahr 1945 amerikanische Truppen der Stadt näherten, flohen ihre Zwingherren und die – nun ebenfalls oft geflohenen – Zwangsarbeiter mussten schauen, wo sie sich verstecken und etwas zum Essen finden konnten.

Displaced Persons wurden kaserniert

Als die Amerikaner die Stadt besetzten, wurden diese ehemaligen Zwangsarbeiter, jetzt *Displaced Persons* genannt, in der ehemaligen Gersdorff-Kaserne (später: Camp Lindsay, das heutige Europaviertel) untergebracht. Allerdings waren die Amerikaner kaum in der Lage, mehr als 7.000, ja zeitweilig gar 11.000 völlig mittellose Menschen auch nur ansatzweise medizinisch zu versorgen, zu kleiden oder zu ernähren. Von der deutschen Bevölkerung konnten sie keinerlei Unterstützung erwarten, im Gegenteil, man begegnete diesen Menschen nicht nur mit größter Verachtung, sondern auch mit Misstrauen und offener Feindseligkeit.

In der Zeit des NS-Regimes wurden die Zwangsarbeiter möglichst scharf von der Zivilbevölkerung getrennt. Außerdem hatte das NS-Regime erfolgreich ein spezifisches Bild von diesen Zwangsarbeitern etabliert. Dazu der Historiker *Sven Keller*:

„Die Ausländer‘ für Kriminalität, Chaos und zusammenbrechende Ordnung verantwortlich zu machen, war für das NS-Regime und seine Vertreter nicht nur eine einfache und nahe liegende Erklärung – diese Zuschreibung erlaubte vor allem, das eigene Weltbild aufrechtzuerhalten, indem es die nicht weniger delin-

KZ Katzbach: Mitten unter uns

Am Samstag, dem 21. März, werden 1.000 Stoffbinden in Frankfurt aufgehängt. Jede Binde steht für einen getöteten Häftling des 1944 in den Frank-

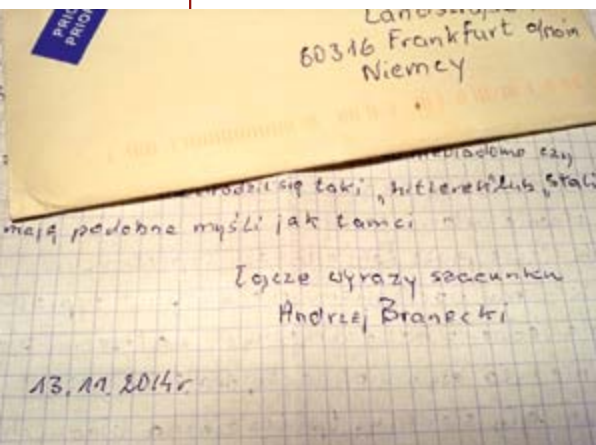
furter Adler-Werken eingerichteten KZ „Katzbach“, einem hessischen Außenlager des Konzentrationslagers Natzweiler-Struthof im Elsass. Freiwillige Helfer können sich auf der Homepage des Erinnerungsprojekts www.mittenunteruns.de informieren und anmelden.

Für *Andrzej Branecki*, einen der wenigen noch lebenden Häftlinge, war das KZ in den Adlerwerken eines der „schlimmsten und schwersten, die ich persönlich erlebt habe.“ Branecki wurde im Widerstand gegen die Nazi-Herrschaft in Polen verhaftet und deportiert. Die absolut unzureichende Verpflegung im KZ Katzbach, eine katastrophale räumliche Unterbringung, unzumutbare hygienische Zustände, unbehandelte Krankheiten, rücksichtslose Gewalt und extrem harte Arbeitsbedingungen tru-

gen dazu bei, wehrlose Menschen gezielt durch Arbeit zu vernichten.

Am 24. März 2015 jähren sich zum 70. Mal die Todesmärsche und Reichsbahntransporte von rund 1.000 Häftlingen des KZ Katzbach über Buchenwald und Flossenbürg nach Dachau und Bergen-Belsen. Von diesen erlebten kaum 50 das Kriegsende. Aus diesem Anlass laden die *Claudy Stiftung* und andere Initiativen am Donnerstag, dem 26. März, um 17 Uhr zu einer Gedenkveranstaltung in die Räume der EVG in Frankfurt ein (Weilburger Str. 4). Gezeigt wird der Dokumentarfilm „Zwei Balkone“ mit Zeitzeugeninterviews in Warschau und Frankfurt. Ehrengast ist Andrzej Branecki.

Weitere Informationen und Fotos: <http://kz-adlerwerke.de>



quenten ‚Volksgenossen‘ entlastete und zur Übertünchung der inneren Auflösungserscheinungen der ‚Volksgemeinschaft‘ beitrug. Das NS-Regime hatte vor allem die Arbeiter aus Polen und den Gebieten der Sowjetunion auf die untersten Stufen der Versorgungshierarchie gestellt, während es sie gleichzeitig als wichtigste Protagonisten innerer Bedrohungsszenarien fürchtete und radikal behandelte. Diese Mischung zwang im Chaos der letzten Kriegswochen viele ‚Fremdarbeiter‘, ihre Zuflucht zu einer zunehmend alternativlosen Not- und Überlebenskriminalität zu nehmen, während gleichzeitig auch unter der deutschen Bevölkerung und Angehörigen der Wehrmacht die Hemmschwelle gegenüber Schwarzmarkt-, Eigentums- und Plünderungsdelikten sank. Die durchaus reale Kriminalität und die vielfältigen Bedrohungsszenarien durch Krieg und Niederlage verknüpften sich mit Rassenstereotypen und Fremdenängsten, die von Anfang an mit dem Ausländereinsatz verbunden gewesen waren. Sie waren propagandistisch geschürt und funktionalisiert worden, um die ideologisch gewünschte Distanz zwischen den ‚Volksgenossen‘ und ihren ‚Rassefeinden‘ zu garantieren.“ (Sven Keller, S. 297)

Diese Denk- und Verhaltensmuster blieben auch in der Kriegsendphase und in der Nachkriegszeit wirksam und führten dazu, in den Ausländern, den Zwangsarbeitern bevorzugt gefährliche kriminelle Subjekte zu sehen.

Individuelle und kollektive Entlastung

Kommen wir zur eingangs gestellten Frage: Warum erstatteten viele Bürger Wiesbadens in der unmittelbaren Nachkriegszeit (begründete oder unbegründete) Anzeigen gegen ehemalige Zwangsarbeiter, die nun unter erbärmlichsten Bedingungen in einer Kaserne zusammengepfercht waren und auf die Rücküberführung in ihre Herkunftsländer warteten? Kriminalität war in den letzten Kriegsmonaten sowie in der Nachkriegszeit ein sehr weit verbreitetes Phänomen. Wenn man mit dem Finger auf die ehemaligen Zwangsarbeiter bzw. die *Displaced Persons* wies, dann konnte dies der individuellen und kollektiven Entlastung dienen:

- Die Angst, die das NS-Regime vor den gefährlichen Ausländern geschürt hatte, schien angemessen. Man war nicht einer Propaganda auf den Leim gegangen, sondern die Zwangsarbeiter waren „tatsächlich“ kriminell.
- Man lenkt vom eigenen Verhalten in der Vergangenheit als Mittäter oder Zuschauer und von den eigenen oft kriminellen Praktiken in der Gegenwart ab.
- Die eigene Schuld – auch gegenüber den Zwangsarbeitern – wurde entweder gerechtfertigt oder mindestens relativiert.
- Die Schuld für das brutale Schicksal der Zwangsarbeiter im „Dritten Reich“ und auch noch in der Nachkriegszeit wurde auf diese selbst abgewälzt: Solche Menschen hätten nichts Besseres verdient. Mit diesen kriminellen Subjekten wäre das NS-Regime zwar hart, aber nicht völlig unangemessen umgegangen. Dies diente nicht nur der Relativierung

Geschichtspolitik zielt – im Anschluss an Peter Steinbach – nicht primär auf die Deutung der Vergangenheit, sondern ihr geht es durch eine spezifische Deutung von Vergangenheit darum, Macht über die Köpfe, die die zukünftigen Verhältnisse mitbestimmen, zu gewinnen. Die Gegenwarts- und Vergangenheitsdeutung wird also genutzt, um künftige Verhältnisse im eigenen Interesse durch vermeintlich allgemeingültige historische Erfahrungen und Einsichten zu gestalten, um besondere Machtverhältnisse zu legitimieren.



„Ostarbeiterinnen“ nach ihrer Ankunft 1943 in der Rheinstraße in Wiesbaden (Foto: Willi Rudolph, Wiesbaden, Quelle: Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden)

der NS-Verbrechen an diesen Menschen, sondern auch der individuellen Entlastung, dass man sich nicht solidarisch zu diesen Entrechteten verhalten hatte.

Im Jahr 1953 trat das Bundesentschädigungsgesetz in Kraft. Es schloss im Ausland lebende sowie nicht rassistisch oder politisch Verfolgte von seinen Leistungen aus. Im zeitlich parallel abgeschlossenen Londoner Schuldenabkommen betrachtete die Bundesrepublik die Entschädigung von Zwangsarbeitern als Teil der „Reparationsansprüche“, die auf einen späteren Friedensvertrag verschoben wurden.

Millionen Zwangsarbeiter ohne Entschädigung

Millionen von Zwangsarbeitern erhielten erst sehr spät – im frühen 21. Jahrhundert – von der Bundesrepublik eine symbolische Entschädigung von rund 2.500 Euro pro Kopf, die freilich in keinem Verhältnis zu den Profiten stand, die sie der deutschen Industrie ermöglicht hatten. Das Schicksal dieser Opfer wurde in den ersten Jahrzehnten nach 1945 weder publizistisch noch politisch oder wissenschaftlich erörtert, sondern kollektiv beschwiegen. Und man war froh, als dieses „Gesindel“ endlich weg war.

Dr. Hartmann Wunderer

Der Autor ist Schulbuchautor und Oberstudienrat am Gymnasium am Mosbacher Berg in Wiesbaden.

Literaturhinweise:

Hedwig Brüchert: Zwangsarbeit in Wiesbaden. Der Einsatz von Zwangsarbeitskräften in der Wiesbadener Kriegswirtschaft 1939 bis 1945, Wiesbaden 2003.

Ulrich Herbert: Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches, Bonn 1999.

Sven Keller: Volksgemeinschaft am Ende. Gesellschaft und Gewalt 1944/45, München 2013.

Ian Kershaw: Das Ende. Kampf bis in den Untergang. NS-Deutschland 1944/45, München 2011.

Stadtarchiv Wiesbaden: u.a. folgende Bestände: WI/3 2179. Handhabung der Polizei, Nr. 2111. WI/3-40.

Annäherung an die NS-Vergangenheit

Aus der Arbeit der Geschichtswerkstatt Geschwister Scholl Bensheim

Seit etwa zwanzig Jahren erforschen Schülerinnen und Schüler der Geschwister-Scholl-Schule Bensheim zusammen mit den Leitern der Geschichtswerkstatt vor allem die Entwicklung des Nationalsozialismus vor Ort. Schulleiterin Dr. Angela Lüdtke weiß ihre Arbeit zu schätzen:

„Die Geschichtswerkstatt stellt einen Schwerpunkt der Arbeit an der Geschwister-Scholl-Schule dar, die sich verpflichtet hat, den Namensgebern der Schule entsprechend, gesellschaftliches Engagement zu zeigen, Verantwortung zu übernehmen und sich in besonderer Weise für Toleranz Andersdenkenden gegenüber zu engagieren. (...) Dies ist ein Beispiel für die Übernahme von historischer Verantwortung in der Gegenwart mit dem Ziel, sich auch in Zukunft für Freiheit, Toleranz und Frieden bewusst einzusetzen.“

Nähere Informationen über die Zielsetzung der Geschichtswerkstatt Geschwister Scholl und ihre zahlreichen Publikationen finden sich unter <http://lakk.bildung.hessen.de/netzwerk/geschichtswerkstatt/index.html>. Dort sind viele Forschungsergebnisse auch als Download verfügbar. Die jüngste, 2014 veröffentlichte Publikation befasst sich mit dem „Fall Adam Essinger“.

Der Fall Adam Essinger

Adam Essinger wurde 1908 in Reichenbach im Odenwald geboren. Der Schreinermeister trat schon in der Weimarer Zeit 1932 in SS und NSDAP ein, wurde von den Nationalsozialisten für ihre rassistischen, räumlich und ökonomisch be-



Adam Essinger mit Ehefrau Emma und Tochter Hannelore bei seiner Rückkehr 1951 (Foto: privat)

gründeten Welteroberungspläne ausgebildet und diente diesem System im Ausland, vor allem in Vichy-Frankreich. Als Kriegsverbrecher wurde er unter Anwendung des *Lex Oradour*, eines Kollektivstrafrechts, in zwei Verfahren vor französischen Militärgerichten im Jahre 1950 in Lyon und Marseille zum Tod verurteilt, obgleich ihm keine entsprechende individuelle Schuld nachzuweisen war. Dabei wuchs die ihm vorgeworfene Schuld ins Gigantische: Je kleiner sich Essinger in seinen Briefen vorsätzlich machte, umso stärker wurde er als Symbol der aggressiven NS-Politik in Frankreich „benutzt“. Die Franzosen statuierten ein Exempel als Antwort auf Oradour: Als Einzelner sollte er Kollektivschuld abbüßen.

Entlastung von Schuld

Im weiteren Verlauf der Prozesse wurde jedoch aus einem „der grausamsten Inspektoren von Vichy“ ein Untergebener, der Verhaftete nicht eindeutig misshandelt hatte, aber deren Misshandlung auch nicht verhinderte. Aus seiner Sicht spielte er im Krieg eine völlig untergeordnete Rolle. In einem Brief an seine Familie schrieb er 1951 aus französischer Haft:

„Die Sachen, die man mir vorwirft, konnte ich in allen Fällen widerlegen. (...) Wenn ich wissen will, wen ich ermordet, wo ich geraubt, geplündert und wo ich eine Brandstiftung begangen habe, dann kann mir das niemand sagen. (...) Da man mich aber bestrafen will, weil ich ja Angehöriger dieser Dienststelle [Sicherheitspolizei] war, verhandelt man uns alle zusammen. Da sind wir eben alle schuldig. Die verantwortlichen Personen und alle die, welche vielleicht wirklich ein Dummheit (!) begangen haben, sind aber nicht hier.“ (Darmstädter Echo vom 11.4.1951)

In Reichenbach hatte man schon früh Essingers Sichtweise übernommen: Er sitze unschuldig und unter furchtbaren Bedingungen auch weit nach Kriegsende noch in Haft. Bürgermeister und Ortspfarrer sammelten Unterschriften für ein Gnadengesuch, das Darmstädter Echo druckte seine Briefe aus französischer Haft ab. Die politischen Grabenkämpfe der Vergangenheit, in denen Reichenbach als „marxistisches Nest“ galt, wurden aufgegeben zugunsten einer gemeinsamen Initiative, die einen neuen Gegner hatte: die französische Justiz. Der historisch-politische Kontext wurde auf diese Weise ausgeblendet. Was blieb, war das „Opfer“ Adam Essinger. Das ganze Lautertal forderte seine Freilassung und entfesselte unter Anleitung der bedingungslos hinter Essinger stehenden Familie eine auch nach heutigen Maßstäben moderne, umfassende Medienkampagne, die sich nicht zuletzt an den von Adam Essinger beschriebenen unwürdigen Haftbedingungen entzündete:

„Den Verhältnissen nach vergleiche ich mich oft mit einem Raubtier im Käfig. Und dabei hat es das Raubtier noch besser. Im Käfig ist es frei, wogegen ich noch die Kette an den Füßen habe.“

Mit dieser veränderten Rolle und Betrachtungsweise konnte sich auch das Kollektiv selbst von der schweren Schuld entlasten, die das „Dritte Reich“ hinterlassen hatte. Mit der Auseinandersetzung um Essingers Haftschicksal wurde er fast

zum Vorbild – und immer stärker verdrängt, dass Deutschland der Welt den Krieg erklärt und die Ausrottung einer „Rasse“ zum Ziel hatte.

Das zweite Todesurteil wurde am 24. Januar 1951 in Marseille verkündet. Im Darmstädter Echo betonte der Artikel „Ein ganzes Dorf setzt sich ein“, dass sich das Gericht aus „zwei Offizieren und vier Widerstandskämpfern“ zusammensetzte (11.4.1951). Gnadengesuche an die französische Regierung und Interventionen der Adenauer-Regierung erwirkten im selben Jahr eine neue Verhandlung. Schließlich wurde Essinger in Paris unter Anrechnung der bisherigen Haftzeiten zu einer Haftdauer verurteilt, die eine umgehende Haftentlassung ermöglichte. Er durfte nach fast sechs Jahren Haft endlich nach Hause zurückkehren, wo ihm ein überwältigender Empfang bereitet wurde.

Die unmenschlichen Haftbedingungen Essingers ließen Frankreich mit zunehmender Entfernung zum Kriegsende in der deutschen veröffentlichten Meinung von der Opfer- zur Täternation werden und eigneten sich, die deutschen Verbrechen zu relativieren. Seine Freilassung aus französischer Haft im Jahr 1951 edelte den Einsatz der Reichenbacher als „Kampf für die Gerechtigkeit“, als „das mutige Einstehen für eine Sache, die als gerecht empfunden wird“. Spätestens da wird deutlich: Essinger wurde auch von der deutschen Öffentlichkeit „benutzt“.

Offensichtlich passte die Todesstrafe für Essinger auch nicht mehr in die „neue Zeit“. Schon 1951 träumte General *de Gaulle* von einer „Einigung zwischen Frankreich und Deutschland“, ohne die eine „europäische Konföderation jeder Basis entbehren“ würde. Ein Todesurteil gegen einen Westverbündeten? In der neugestalteten weltpolitischen Landschaft nach dem Zweiten Weltkrieg wurden Deutschland und Frankreich Freunde. Dies gab auch dem „Fall Essinger“ eine andere Richtung: Essinger wurde vom Haupttäter zu einem Störfaktor der deutsch-französischen Annäherungsbemühungen, zugleich aber zu einem Einigungsfaktor auf lokaler Ebene.

Das Projekt

An der Recherche und Veröffentlichung waren 16 Schülerinnen und Schüler des Leistungskurses Geschichte und der Geschichtswerkstatt Geschwister Scholl, die 2014 das Abitur an der Geschwister-Scholl-Schule Bensheim bestanden haben, beteiligt.

75 Jahre nach Beginn des Zweiten Weltkriegs lässt sich am Fall Essinger die individuelle Verstrickung eines „normalen Deutschen“ in ein Unrechtssystem ebenso aufzeigen wie die Bedeutung des folgenreichen historischen Wandels durch den neu entstandenen Ost-West-Konflikt, die Westorientierung der Bundesrepublik und die damit verbundene Annäherung an den früheren Erzfeind Frankreich.

Eine wichtige Grundlage der Spurensuche waren mehrere Aktenordner mit über 700 Briefen und anderen Dokumenten zum Fall Essinger, die seine Tochter *Hannelore Krämer* im Mai 2012 an die Geschichtswerkstatt übergeben hatte. Die Briefe enthalten fast ausschließlich Mitteilungen Essingers aus der Haft. Bei der Bewertung von Briefen als historischen Quellen ist deren subjektiver, interessen geleiteter Charakter zu bedenken. Sie mussten durch intensive Archivrecherchen ergänzt werden. Fragen nach dem Schicksal von Einzelpersonen sind nicht zu trennen vom historischen Kontext und von den regionalen Gegebenheiten.

Die Leiter der Geschichtswerkstatt *Peter Lotz, Frank Maus, Franz Josef Schäfer* und *Peter Ströbel* durchforsteten insgesamt 20 Archive im In- und Ausland – vom Archives Départementales du Puy-de-Dôme in Clermont-Ferrand bis zum Zentralarchiv der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau in Darmstadt. Alle vorhandenen Dokumente einschließlich der über 700 Briefe wurden digitalisiert und systematisiert. Ausgewählte „Basisdokumente“ sollten die Schülerinnen und Schüler mit Grundinformationen an das „Fragen“ heranführen. Die ersten Projekttag vor Beginn der Jahrgangstufe 12 dienten der Sammlung von wichtigen Fragestellungen, der Zusammenfassung der Fragen zu Schwerpunktbereichen und der Bildung von Arbeitsgruppen entsprechend den Schülerinteressen. Die Schülerinnen und Schüler erstellten einen Arbeitsplan und wurden mit den Vorgaben für die Formatierung und die Kenntlichmachung bei der Übernahme fremden Gedankengutes (sinngemäßes bzw. wörtliches Zitieren) vertraut gemacht. Im Rahmen weiterer Projekttag wurden Ergebnisse fixiert, weitere Stunden zur begleiteten Gruppenarbeit am Manuskript genutzt. Danach ging es an die Überarbeitung, Ergänzung und Strukturierung der Schülerbeiträge durch weiterführende Archivarbeit, durch Anfragen und Übersetzungsarbeiten aus dem Französischen. Der Entwurf eines Gesamtmanuskriptes wurde intensiv diskutiert und mehrfach formal wie inhaltlich überarbeitet, lektoriert und sachkundigen Leserinnen und Lesern vorgelegt. Für die Endfassung wurden Bilder, Dokumente, Nachweise und Vorworte eingefügt. Es galt eine Titelseite zu gestalten, Druckangebote einzuholen, Anträge bei potenziellen Geldgebern zu stellen (Sparkassen, Banken, Kultusministerium, Förderverein der Geschwister-Scholl-Schule) und die jeweiligen Förderrichtlinien zu beachten.

Das Echo

Der *Bergsträßer Anzeiger*, ein Regionalblatt des *Mannheimer Morgen*, berichtete zwischen Ende Juni und Anfang August 2014 in zahlreichen, manchmal mehrseitigen Beiträgen über die Dokumentation der Geschichtswerkstatt in Wort und Bild (www.morgenweb.de > Suche: Adam Essinger). Zudem gab es eine öffentliche Veranstaltung und zahlreiche Rückmeldungen aus der Wissenschaft. *Dr. Frida Bordon*, die Leiterin des Staatlichen Schulamtes für den Landkreis Bergstraße und den Odenwaldkreis, überreichte den beteiligten Schülerinnen und Schülern das Buch während ihrer Abiturfeier. Seit etwa einem Jahr laufen bereits die Vorarbeiten für die nächste Forschungsarbeit der Geschichtswerkstatt Geschwister Scholl, an der sich derzeit zwei Geschichtsleistungskurse beteiligen.

Peter Lotz, Frank Maus,
Franz Josef Schäfer,
Peter Ströbel

„Der Fall Essinger“.
Ein Lautertaler SS-Mann
im Spannungsfeld der
deutsch-französischen
Kriegs- und Nachkriegszeit.
Bensheim 2014, 335 S.,
ISBN 978-3-00-045162-1



Die letzte Bat Mitzwa

Beispiele aus der Erinnerungsarbeit der Gutenbergschule Wiesbaden

Die Arbeit begann bereits im Jahre 1992, als Kolleginnen und Kollegen der Gutenbergschule in Wiesbaden (GBS) gemeinsam mit der Diltheyschule die Schrift „Erziehung im Nationalsozialismus“ erstellten und in Zusammenarbeit mit dem Magistrat der Stadt veröffentlichten. Die Broschüre entstand im Wesentlichen im Rahmen einer Projektwoche und stellte die Auswirkungen der NS-Politik auf jüdische Schülerinnen und Schüler der Schulen und das gesamte Schulleben dar. Die Zeitzeugen *Walter Frank*, Sohn des Wiesbadener Arztes Dr. *Willy Fackenheim*, *Herbert Koch*, Sohn des Kinderarztes Dr. *Georg Koch*, und *Charlotte Opfermann*, Schwester des ehemaligen Gutenbergschülers *Paul Guthmann*, berichteten der Schulgemeinde vom Leben und Überleben im KZ, von Flucht, Deportation, Verlust von Familie und Freunden und der schwierigen Wiederkehr nach Deutschland. Sie alle leben heute nicht mehr.

Ab 2005 wurde die Erinnerungsarbeit an der GBS durch die bis heute andauernde Zusammenarbeit mit dem Aktiven Museum Spiegelgasse (AMS) in Wiesbaden wesentlich belebt. Die GBS sponserte Erinnerungsblätter für die ehemaligen GBS-Schüler *Erich Neumann*, *Paul Guthmann* und *Leo Kahn*. Sie hängen seit Jahren für jeden sichtbar neben dem Schulleiterdienstzimmer und sind oft der Auftakt einer Beschäftigung mit dem Thema Nationalsozialismus in Religion, Geschichte, PoWi oder Deutsch. Immer öfter begannen Klassen, sich mit den Biographien ehemaliger jüdischer Schüler zu beschäftigen und Geld für die Verlegung von Stolpersteinen zu sammeln.

Workshops des AMS und dessen Initiative „Spiegelbild“ und die Ausstellungen des AMS, die man unter kompetenter Führung besuchen kann, konfrontieren Schulklassen mit einer Welt, die ihnen so zumeist nicht bekannt und bewusst war. Der Besuch einer 6. Klasse der GBS in der aktuellen Ausstellung „Wer glaubt, der zage nicht“ über die letzte Einsegnung in der Synagoge am Michelsberg am 5. Juni

Das Foto zeigt acht der neun Mädchen, die am 5. Juni 1938 ihre Bat Mizwa in der Wiesbadener Synagoge am Michelsberg feierten (Foto: Aktives Museum Spiegelgasse). Wenig später ging die Synagoge am 9. November 1938 in Flammen auf. Die Ausstellung „Wer da glaubt, der zage nicht“ ist bis zum 25. April im Museum Spiegelgasse in Wiesbaden, Spiegelgasse 11, zu sehen (www.am-spiegelgasse.de).



1938 wurde im Deutsch- und Religionsunterricht vor- und nachbereitet. Das in der Ausstellung gezeigte Foto, auf dem auch *Lena Kleinstrass* zu sehen ist (hintere Reihe, 3. von links) bildete für die Schüler die Brücke zum Besuch ihres Bruders *Paul Kester* (früher: *Paul Kleinstrass*) im September 2014 in der GBS.

Paul Kester musste die GBS 1938 als 13-Jähriger verlassen und floh 1939 mit einem Kindertransport nach Schweden. Er und seine Schwester *Lena* überlebten den Holocaust, ihre Eltern *Albert Kleinstrass* und *Johanna Baum* wurden zunächst nach Theresienstadt deportiert und später in Auschwitz ermordet. Die Lesung aus den jüngst veröffentlichten Memoiren durch Schülerinnen und Schüler der 6. Klasse beeindruckte in einer Veranstaltung in der Gutenbergschule tief. Für die Übersetzung hatte die Arbeitsgruppe „Geschichte und Erinnerung“ des AMS gesorgt. Nicht zum ersten Mal berichtete Kester in der GBS über Themen wie die brennende Synagoge am Michelsberg, die Zerstörung des elterlichen Geschäftes, die Entlassung aus der Schule, die Deportation und den Tod seiner Eltern und fast der gesamten Familie. Paul Kester appellierte anschließend an die Jugend, sie möge sich ihre Freiheit stets bewahren, die Menschenwürde achten und jeder Form des Rassismus eine Absage erteilen.

In Erinnerung bleibt auch der Besuch von *Jules Fainzang*, eines französischen Zeitzeugen, der im Oktober 2008 zu einer Lesung mit anschließender Fragerunde in der Aula der GBS weilte. Da er Französisch sprach, hielt er seinen fesselnden Vortrag auf der Grundlage seines Buches „Mémoires de Déportation“ vor Schülerinnen und Schülern der Oberstufe der GBS, einer bilingualen Schule, die die notwendigen Sprachkenntnisse erworben hatten. Jules Fainzang wurde 1922 in Warschau geboren und emigrierte mit drei Jahren mit den Eltern nach Belgien. Nach der Besetzung durch die deutschen Truppen flohen sie 1940 nach Frankreich, wo sie am 6. März 1942 festgenommen und über Drancy nach Auschwitz deportiert wurden. Dort verlor Fainzang seine Eltern. Er selbst verbrachte 34 Monate im Lager und überlebte schließlich sogar den Todesmarsch nach Buchenwald. Nach zwei Stunden intensiven „Geschichtsunterrichts“ wurden die erwähnten Erinnerungsblätter für drei ehemalige jüdische Schüler der GBS von Jules Fainzang ausgehängt.

In einer Zeit, in der sich vermehrt fremdenfeindliche und rassistische Tendenzen im Gedankengut auch Jugendlicher manifestieren, stellt sich zwingend die Frage, wie Schulen, Jugendverbände und Institutionen generell dazu beitragen können, stabile Grundlagen zu legen für eine menschenwürdige, solidarische Haltung gegenüber Minderheiten, Flüchtlingen und Andersdenkenden. Wie sind Einsichten in die Herkunft eigener Ängste und Aggressionspotenziale zu vermitteln, wie im besten Sinne Aufklärung zu bewerkstelligen? Nach unserer Erfahrung eignet sich Erinnerungsarbeit in besonderem Maße, um Schülerinnen und Schüler für Toleranz und politisches Interesse zu sensibilisieren.

Inge Naumann-Götting und Gudrun Zitzke-Klößner

Hilfe beim Erinnern

Das Projekt „Jüdisches Leben in Frankfurt am Main“

Lokalgeschichtliche Spurensuche, die Einladung von Zeitzeugen in den Unterricht, die Einladung von Überlebenden und die Verlegung von Stolpersteinen sind wichtige Elemente, die jüdische Geschichte der eigenen Gemeinde und Schule zu dokumentieren und Erinnerungen zum Leben zu erwecken. Das Projekt „Jüdisches Leben in Frankfurt am Main“ verbindet die Begleitung jüdischer Überlebender und ihrer Nachkommen bei einem Besuch ihrer Heimatstadt mit der Vermittlung von Kontakten in Schulen. Vorsitzende ist unsere GEW-Kollegin *Angelika Rieber* – früher Geschichtslehrerin an einer Gymnasialen Oberstufe in Frankfurt –, die das Projekt gegründet hat. Es geht zurück auf einen Kreis junger Lehrerinnen und Lehrer, der sich Ende der 1970er Jahre zum Ziel gesetzt hatte, das Thema „Nationalsozialismus“ anschaulich und lebendig zu vermitteln. Seit 1980 lädt die Stadt Frankfurt einmal im Jahr ehemalige Mitbürger, die vor den Nazis fliehen mussten, zu einem 14-tägigen Besuch in ihre frühere Heimat ein. Mit dem inzwischen weit fortgeschrittenen Verlust, Zeitzeugen direkt zu befragen, wird es jetzt immer wichtiger, dass die Projektgruppe schon 1984 begann, die Erinnerungen der ehemaligen Frankfurter aufzuzeichnen.

Bald wird es keine Zeitzeugen der NS-Zeit mehr geben. Wird die NS-Zeit demnächst ein Geschichtsthema wie jedes andere? Interessieren sich junge Menschen in Deutschland überhaupt für die Geschichte des Holocaust? Vor welchen Aufgaben steht die Erinnerungsarbeit heute? Wie kann man heute und in der Zukunft Jugendliche für die Beschäftigung mit jüdischer Geschichte, der NS-Zeit und dem Holocaust gewinnen? Auch für den Verein „Projekt Jüdisches Leben in Frankfurt“ standen bislang Gespräche mit Zeitzeugen im Mittelpunkt der Arbeit, doch verlagern sich die Arbeitsschwerpunkte der Projektgruppe immer mehr auf die Fortsetzung des Dialogs mit den nachfolgenden Generationen und die Veröffentlichung der Lebensgeschichten von ehemaligen Frankfurterinnen und Frankfurtern.

Jetzt ging die Website www.juedisches-leben-frankfurt.de an den Start, die bereits an mehreren Schulen im Rhein-Main-Gebiet erprobt wurde. Sie informiert über die Arbeit des Vereins und stellt die Lebens- und Familiengeschichte ehemaliger Frankfurterinnen und Frankfurter in Fotos, Dokumenten und Gesprächsaufzeichnungen vor. Die Geschichten der Familien umfassen meist mehrere Generationen vom 19. Jahrhundert bis zum Leben nach der Emigration und dem Holocaust. Die HLZ fasst eines der Schicksale zusammen.

Renata Harris, geborene *Adler*, war 2012 das erste Mal wieder in Frankfurt, seitdem sie die Stadt mit dem letzten Kindertransport nach England am 26. August 1939 als „garantiertes Kind“ verlassen musste. Ihre Mutter brachte sie zum Hauptbahnhof: „Wir sehen uns in ein paar Wochen.“

Geboren wurde sie am 26. Juni 1929 als Tochter von *Margarete Adelheid Adler*, die aus einer oberschlesischen Juwelierfamilie stammte, und *Alfred Adler*, der Generalvertreter der Silberwarenfabrik B. Bohrmann in Frankfurt war. Ihr Vater wurde bei den Novemberpogromen 1938 verhaftet und nach Buchenwald verschleppt. Der Mutter gelang es, ei-

nen Sponsor in England zu finden, so dass er am 5. Januar 1939 entlassen wurde und im April nach England emigrieren konnte. Von dort wollte er seine Frau nachkommen lassen. Dies war wegen des Kriegsbeginns nicht mehr möglich. Die Mutter wohnte und arbeitete unter wechselnden Adressen in Frankfurt und schrieb ihren letzten Brief am Karfreitag 1942 an ihre Tochter, bevor sie deportiert und ermordet wurde.

Vater und Tochter überlebten den Krieg in England. *Renata* hatte das „Glück“, in einem Internat unterzukommen. Sie beschreibt diese erste Zeit jedoch als sehr hart für ein zehnjähriges Mädchen allein, ohne Freunde und Familie. Ihr Vater war nach der Rückkehr aus Buchenwald und der Emigration ein gebrochener Mann, der es nicht verkraften konnte, dass er seine Frau nicht mehr nachholen konnte.

Renata lebte nach dem Krieg in England und später in Österreich und England. Eine Anzeige, in der Menschen gesucht wurden, die mit einem Kindertransport nach England gekommen waren, regte sie an, sich mit der Herkunft ihrer Familie auseinanderzusetzen. Anlass war die Errichtung eines Denkmals „Channel Crossing to Life“, das 2011 in Hoek van Holland enthüllt wurde (Foto). Auch der Künstler *Frank Meisler* hatte sein Überleben einem Kindertransport zu verdanken.

2012 kam *Renata* das erste Mal auf Einladung der Stadt Frankfurt nach über 70 Jahren wieder in ihre Geburtsstadt: *„Ich hatte durchaus gemischte Gefühle wieder hierher zurückzukehren. Neben den wundervollen Erinnerungen an meine glücklichen Kindertage fühlte ich noch die Vorsicht und die ängstlichen Gedanken, die uns die letzten Jahre begleitet hatten – bloß nicht auffallen. Umso mehr fühlte ich mich durch die Besuchergruppe in einer guten Gemeinschaft, nicht allein zu sein mit meiner Lebensgeschichte, insbesondere durch die warmherzige Einladung der Frau Oberbürgermeisterin Roth und des Magistrats, auch wieder willkommen zu sein in dieser Stadt.“*

- www.juedisches-leben-frankfurt.de, Kontakt: Projekt Jüdisches Leben in Frankfurt, Angelika.riever@t-online.de

2011 wurde das Denkmal des Künstlers Frank Meisler zur Erinnerung an die Kindertransporte aus Nazi-Deutschland nach England in Hoek van Holland eingeweiht (Foto Bert Knot, CC BY-SA 2.0). Meisler war selbst eines von über 10.000 jüdischen Kindern, die nach der Reichspogromnacht bis zum Kriegsbeginn nach Großbritannien kamen und oft als einzige in ihrer Familie den Holocaust überlebten.





Befreiung – Erinnerung – Verständigung

Die Rede Richard von Weizäckers am 8. Mai 1985

Geht es um den 8. Mai 1945 und seine Bedeutung für die Geschichte Deutschlands und Europas, kommt man an der Ansprache nicht vorbei, die der vor wenigen Wochen verstorbene *Richard von Weizsäcker* (CDU) vor 30 Jahren am 40. Jahrestag des Kriegsendes als Bundespräsident in einer Gedenkstunde des Bundestages in Bonn gehalten hat. Was machte damals die Bedeutung dieser Rede aus, worin könnte heute ihre Bedeutung bestehen?

Die öffentliche Resonanz 1985 war außergewöhnlich groß. Hauptsächlich lag dies daran, dass der Bundespräsident eine Interpretation des Nationalsozialismus und der Geschichte präsentierte, die in fachwissenschaftlicher Hinsicht auf der Höhe der Zeit war, die es so von einem führenden Repräsentanten des Staates bis dahin aber nicht gegeben hatte, schon gar nicht von einem CDU-Politiker. Ich will dies an zentralen Aussagen zum 8. Mai zeigen:

„Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.“

„Wir haben allen Grund, den 8. Mai 1945 als das Ende eines Irrweges deutscher Geschichte zu erkennen, das den Keim der Hoffnung auf eine bessere Zukunft barg.“

„Wir dürfen nicht im Ende des Krieges die Ursache für Flucht, Vertreibung und Unfreiheit sehen. Sie liegt vielmehr in seinem Anfang und im Beginn jener Gewaltherrschaft, die zum Krieg führte. Wir dürfen den 8. Mai 1945 nicht vom 30. Januar 1933 trennen.“ (1)

Damit wandte sich Weizsäcker gegen das bis dahin, vor allem in konservativen Kreisen, dominierende Verständnis des Kriegsendes als Niederlage und Zusammenbruch des Deut-

schen Reiches und betonte die Chancen, die sich aus der Besiegung des Dritten Reichs ergaben. Besonders wichtig war die Klarstellung, dass die zentrale Ursache des Krieges und seiner negativen Folgen in dem „Irrweg“ lag, der mit der Machtübertragung an Hitler und die NSDAP am 30.1.1933 beschritten wurde. Hieraus ergibt sich auch die Frage nach den dafür Verantwortlichen, die nicht nur, aber hauptsächlich im konservativen und reaktionären Bereich zu verorten sind.

Geschichtspolitische Modernisierung

Nicht selbstverständlich war auch, dass Weizsäcker beim Gedenken der Opfer des Krieges nach den sechs Millionen ermordeten Juden – den Völkermord an ihnen nannte er „beispiellos“ – der Völker gedachte, die „zunächst Opfer eines von Deutschland ausgehenden Krieges“ wurden, und dabei die millionenfachen Opfer der Bürger der Sowjetunion und Polens hervorhob und erst dann auf die deutschen Toten einging, die „Opfer unseres eigenen Krieges wurden“. Dass Bundespräsident *Joachim Gauck* in seiner Rede vom 1.9.2014 anlässlich des 75. Jahrestags des deutschen Überfalls auf Polen und damit des Beginns des Zweiten Weltkrieges in diesem Zusammenhang die Leiden des russischen Volkes übergang, sei hier nur erwähnt. Weizsäcker jedenfalls thematisierte in seiner Rede Täter- und Opfererinnerungen, ohne Kausalitäten und Verantwortlichkeiten zu verwischen. Insbesondere setzte er sich damit über eine in den Hochzeiten des Antikommunismus weit verbreitete Geschichtserzählung hinweg, die die Deutschen als Opfer der Sowjets darstellte. Ebenfalls nicht selbstverständlich war die Erinnerung an die getöteten Sinti und Roma, Homosexuellen und behinderten Menschen.

Auch bei der Ehrung der Opfer des deutschen Widerstands entfaltete Weizsäcker ein breites Spektrum der verschiedenen Richtungen und Gruppen vom Bürgertum bis zur Arbeiterschaft und würdigte ausdrücklich den Widerstand der Kommunisten.

Abschließend entwickelte Weizsäcker aus der historischen Erinnerung Leitlinien für die Orientierung in Gegenwart und Zukunft. Von grundsätzlicher Bedeutung war sein Postulat der Notwendigkeit der individuellen und gesellschaftlichen Erinnerung gegen Verdrängung und Schlussstrichparolen:

„Wer aber vor der Vergangenheit die Augen verschließt, wird blind für die Gegenwart. Wer sich der Unmenschlichkeit nicht erinnern will, der wird wieder anfällig für neue Ansteckungsgefahren.“

Ausdrücklich forderte er, dass angesichts des Leides, das von Deutschland über die Völker Osteuropas, insbesondere der Sowjetunion und Polens, gebracht wurde, „der Ausgleich, die Entspannung und die friedliche Nachbarschaft mit diesen Ländern zentrale Aufgabe der deutschen Außenpolitik bleiben“ müssten. Dem schlossen sich die Absage an gruppenbezogene Feindbilder an, die Aufforderung, „miteinander zu leben, nicht gegeneinander“ sowie Verfolgte aufzunehmen, die in Deutschland Schutz suchen.

Die Rede fand im Ausland ein durchweg positives Echo. In der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit gab es vor al-

Gedenktafel zur Erinnerung an den Kniefall Willy Brandts am Denkmal der Helden des Ghettos in Warschau (Foto: Szczebrzeszynski, Wikimedia Commons 2009)



lem aus dem sozialdemokratischen und liberalen Spektrum Lob und Zustimmung, Zurückhaltung und Kritik im konservativen Bereich. So verzichteten das Parteiblatt der CSU, der *Bayernkurier*, und die *FAZ* auf einen Kommentar, die *Welt* monierte insbesondere die in ihrer Sicht unkritischen Passagen zu den sozialistischen Staaten Osteuropas, die Presse der Vertriebenenverbände beklagte den im Geiste der Ostverträge seit 1970 erfolgten Verzicht auf die „Oder-Neiße-Gebiete“ (2).

Zugespitzt könnte man sagen, dass Weizsäckers offene und selbstkritische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, die auf einfache totalitaristische Relativierungs- und Ablenkungsrhetorik verzichtete, Ausdruck einer nachgeholten geschichtspolitischen Modernisierung war: Sie lieferte gleichsam der von der sozialliberalen Koalition unter *Willy Brandt* durchgesetzten Modernisierung der Außen- und Deutschlandpolitik einen umfassenden geschichtspolitischen Interpretations- und Begründungsrahmen nach. In den 70er Jahren scheint angesichts der Heftigkeit der gesellschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen um die neue Ostpolitik die Zeit dafür noch nicht reif gewesen zu sein. So wurde ja auch die Entspannungspolitik vor allem aus Imperativen der Gegenwart und Zukunft heraus begründet (Verhinderung eines atomaren Krieges, Sicherung des Friedens durch Gewaltverzicht, Anerkennung des Status quo, Wandel durch Annäherung, um nur einige zentrale zu nennen) und weniger als Konsequenz aus einer intensiven offenen Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte. Wie kontrovers eine solche damals war bzw. gewesen wäre, lässt die Reaktion der Bundesbürger auf *Willy Brandts* spontane Geste des Kniefalls vor dem Denkmal für die Opfer des Warschauer Ghettos im Dezember 1970 erahnen: 41 % der Befragten hielten diese Geste für angemessen, aber 48 % für übertrieben (3).

Insofern war die Rede Weizsäckers auch Ausdruck einer geschichtspolitischen Normalisierung, die ein Bild eines seine Lehren aus der NS-Vergangenheit ziehenden Deutschlands zeichnete, dem fünf Jahre später trotz großer Bedenken und Vorbehalte in Ost und West der Zusammenschluss der beiden Staaten leichter gestattet werden konnte als einem Deutschland, dessen offizielles Geschichtsbild noch immer auf die Herstellung eines Reiches in den Grenzen von 1937 ausgerichtet war, wie es die Position von CDU und CSU in der Auseinandersetzung um die Ostverträge war – allerdings nicht die *Richard von Weizsäcker*, der schon damals eine von der Parteilinie abweichende Haltung vertrat.

Was die Bedeutung der Rede für heute, insbesondere für Schule und Unterricht, betrifft, so sollen nur einige Anstöße gegeben werden. Vielfältige unterrichtliche Anregungen dazu finden sich in dem Band von *Rolf Grix* und *Wilhelm Knöll* (2).

Zentral scheint mir die gerade den Ausführungen zur Verständigung mit den Völkern Osteuropas zugrunde liegende Empathie und Bereitschaft zur Perspektivenübernahme zu sein als Voraussetzung einer Verständigung bei widerstreitenden Interessen und Rechtsansprüchen, ebenso wie seine ausdrückliche Bitte „an die jungen Menschen“:

„Lassen Sie sich nicht hineintreiben in Feindschaft und Haß gegen andere Menschen, gegen Russen oder Amerikaner, gegen Juden oder Türken, gegen Alternative oder Konservative, gegen Schwarz oder Weiß. Lernen Sie, miteinander zu leben, nicht gegeneinander.“

Man könnte das Wort Türken auch durch Muslime ersetzen. Nimmt man etwa den Konflikt um die Ukraine, so wäre von der deutschen Politik zu verlangen, die von Weizsäcker geforderte „gute Nachbarschaft mit allen Ländern“ und „Freund-



Rede Weizsäckers im Bundestag am 8. Mai 1985 (Foto: Bundesregierung)

schaft mit den Völkern der Sowjetunion“ deutlicher zu Kriterien ihres Handelns zu machen etwa durch die Übernahme der Rolle eines wirklich unparteiischen Vermittlers zwischen der Ukraine und Russland. Einfache Russland- bzw. Putinfeindbilder behindern eine Verständigungspolitik.

Auch im Hinblick auf die Konflikte in der EU und die Rolle Deutschlands in der EU wäre zu hinterfragen, wieweit die deutsche Politik dem Kriterium der guten Nachbarschaft genügt. Sehr viele Menschen in Südeuropa sehen das deutlich anders!

Bezogen auf den schulischen Umgang mit dem Nationalsozialismus ist Weizsäckers Plädoyer dafür, „die Erinnerung wachzuhalten“, die wesentliche Voraussetzung für gelingende Lernprozesse. Insofern muss die Beschäftigung mit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft weiterhin einen zentralen Platz in den Curricula haben, insbesondere im Geschichtsunterricht. Der gerade beim heutigen Bundespräsidenten zu beobachtenden Tendenz zur Gleichsetzung von NS-Verbrechen und SED-Unrecht muss entschieden widersprochen werden, weil sie auf eine Banalisierung des Nationalsozialismus und seiner Verbrechen hinausläuft. Also: mehr Weizsäcker, weniger Gauck!

Karl Bachsleitner

Der Autor war Lehrer an der Freiherr-vom-Stein-Schule in Hessisch Lichtenau und Ausbilder am Studienseminar für Gymnasien in Kassel.

(1) Zitiert wird durchgehend aus dem von der Bundeszentrale für politische Bildung zusammen mit den Landeszentralen 1985 herausgegebenen Heft mit dem vollständigen Wortlaut der Ansprache Weizsäckers.

(2) Ich beziehe mich hier auf *Rolf Grix* und *Wilhelm Knöll*: Die Rede zum 8. Mai 1945. Ein Lehrbuch zur Zeitgeschichte. Oldenburg (Atelea) 1987, S. XIIIff. Den beiden Kollegen kommt das Verdienst zu, die Ansprache Weizsäckers früh und umfassend didaktisch aufbereitet zu haben.

(3) Der SPIEGEL vom 14.12.1970, zit. nach *Geschichte lernen*, Heft 102 (2004), S. 65



Marburg: Antikriegstag 2014

Lesenacht 75 Jahre nach dem Angriff auf Polen

Am 1. September 2014 jährte sich der Angriff Nazi-Deutschlands auf Polen zum 75. Mal. In Marburg rief der DGB zu einer „langen Lesenacht gegen den Krieg“ auf. GEW-Kollege Ralf Schrader las dort eine seiner „geschichten & gedichte“, bei der sich Angela Merkel und Waldimir Putin in der Hölle begegnen. Seine Eindrücke der Lesenacht beschrieb Ralf Schrader danach in einem „Poetischen Protokoll“.

Poetisches Protokoll

Zum Antikriegstag in unserer Stadt wurde eine lange Lesenacht gegen den Krieg auf dem Marktplatz veranstaltet. So lang war die Nacht nicht, es hätten mehr Menschen sein dürfen; die da waren, blieben dafür bis zum Schluss. Veranstalter war der DGB, aber was heißt das schon, wenn aus den einzelnen Gewerkschaften kaum Zuspruch kommt. Manchen war es auch zu kalt, andere waren noch im Urlaub. Junge Leute wunderten sich, dass von den Alten nicht mehr Friedenswillige zu sehen waren. Die Presse in den Tagen danach wunderte sich gar nicht, sie brachte keine Notiz.

Wer wollte und konnte, durfte Texte vorlesen, die ihr oder ihm wichtig waren. Das Publikum verwandelte sich in Akteure. Da ging es poetisch zu. Lyrik, Chronistisches, Prosa. Versammelt waren Autoren, deren Schriften 1933 auf dem Scheiterhaufen gelandet waren, weil sie sich am Krieg von

Inzwischen fordert auch die Marburger Stadtverordnetenversammlung die Entfernung des Kriegsdenkmals in Marburg-Bortshausen. Der Obelisk wurde 1872 für die im Deutsch-Französischen Krieg gefallenen Soldaten des Jägerbataillons Nr.11 errichtet, später wurden die Namen der in den Weltkriegen getöteten Jäger ergänzt. Nach der Auflösung der Kaserne landete das Denkmal in einem privaten Schrebergarten (www.lagis-hessen.de > Themen > Zeitgeschichte > Suche: Bortshausen). Die Marburger Jäger waren unter anderem am Völkermord an den Herero zwischen 1904 und 1908 im damaligen Deutsch-Südwestafrika beteiligt (HLZ S. 30f.), an dem Massaker im belgischen Dinant am 23.8.1914 und an der Erschießung streikender Arbeiter im thüringischen Mechterstedt am 25.3.1920.



1914 bis 1918 „vergriffen“ hatten. Solche, die nach 1945 von neuen Anschlägen auf den Frieden berichteten und vor bevorstehenden Gefahren warnten. Namen wie Kästner, Tucholsky, Kraus, Brecht, Borchert, Fried – alte Bekannte, deren Worte die meisten Anwesenden schon viele Male in Zeiten des Wettrüstens und des Kalten Krieges gehört und nachdenklich aufgenommen hatten. Auch einige, die sich trauten, einen selbst verfassten Text vorzustellen.

Wenig zu hören war über die gegenwärtigen Kriege, das Umherirren von Vertriebenen, die Vorbehalte der Politik hierzulande, den Bedürftigen ein Obdach zu gewähren. Über Waffenexporte in Kriegsgebiete, über die Nato-Strategie der „Osterweiterung“, die neue Kriegsgefahr, verursacht durch das Ausgreifen des Westens auf die Gebiete im Osten Europas. Um selbst ein Zeichen zu setzen, steckte ich schon mal Putin und Merkel gemeinsam in die Hölle. Und ließ den Teufel sich darüber wundern, dass ihre Völker es so lange mit ihnen ausgehalten hatten – bis sie den finalen Crash herbeigeführt hatten. Das kam eher exotisch.

Als die Akteure nach Hause gegangen waren, ließen sie auf dem leeren, inzwischen fast dunklen Marktplatz etwas zurück, von dem ich nicht weiß, ob es mehr ist als die Zusage, noch vorhanden gewesen zu sein. Gemeinsam vorhanden zu sein.

Das ist immerhin schon etwas. Aber hätten wir nicht noch viel mehr Fragen zu besprechen? Und müssten wir nicht beratschlagen, was gemeinsam zu tun wäre, um den Vorbereitern neuer Anschläge mehr als dieses „Etwas“ entgegenzusetzen?

Ralf Schrader

Aus: Ralf Schrader, fünf × täglich (Äpfel gegen Putin) und anderer Irrsinn in Zeiten des neuen Kalten Krieges. geschichten & gedichte. 168 Seiten. Eigenverlag Marburg 2015. Das Buch kann über den Autor bestellt werden (7,50 € plus Versandkosten; E-Mail: schrader.marburg@t-online.de).

Friedenspolitischer Ratschlag in Marburg

Die Frage von Ralf Schrader blieb nicht ungehört. In den folgenden Monaten fand sich ein „Friedenspolitischer Gesprächskreis“ zusammen, der mit Sorge beobachtet, wie „die Motive, die zum 1. Weltkrieg führten, von einer in den Medien hofierten Geschichtsschreibung umgedeutet werden und die offizielle deutsche Politik durch ihre obersten Repräsentanten fordern lässt, wir müssten wieder ‚mehr Verantwortung‘ in der Welt übernehmen“. Konkrete Vorhaben sind die Vernetzung regionaler Initiativen in einem „Marburger Friedensratschlag“, ein regionaler „Appell gegen Kriegseinsätze und für Friedenspolitik“ und eine friedenspolitische Veranstaltungsreihe. Der diesjährige „Osterspaziergang“ am 6. April soll erneut zum Kriegerdenkmal nach Marburg-Bortshausen führen (siehe Foto). Außerdem sind Veranstaltungen zum Thema Waffenhandel mit Jürgen Grässlin, zum Ukraine-Konflikt und zur Flüchtlingsproblematik geplant.

Weltfrauentag 2015

Frauenarbeit im 21. Jahrhundert

Seit über 100 Jahren begehen Frauenorganisationen am 8. März den „Internationalen Frauentag“. Es gibt jedoch auch politisch aktive Frauen, die sich inzwischen gegen die Feier des Weltfrauentags aussprechen: „Solange wir einen Weltfrauentag feiern müssen, bedeutet dies, dass wir keine Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern in Deutschland und anderswo haben. Das Ziel ist die Gleichberechtigung, damit wir solche Tage nicht mehr brauchen.“ Davon sind wir auch in Deutschland weit entfernt. Es klingt sehr einleuchtend, dass der gleiche Lohn für gleichwertige Arbeit auch den Frauen in der Gesellschaft zusteht. Das ist aber noch lange nicht Realität. Frauen arbeiten in schlechter bezahlten Berufen und auf niedrigeren Stufen der Karriereleiter als Männer. Wegen der Kinderbetreuung und Pflege von Angehörigen unterbrechen oder verkürzen Frauen ihre Erwerbstätigkeit häufiger und länger als Männer. Selbst bei gleicher Ausbildung, gleichem Alter, gleichem Beruf und im gleichen Betrieb erhalten Frauen rund 12% weniger Entgelt. Soziale Gerechtigkeit zwischen Frauen und Männern setzt jedoch gleiche Einkommenschancen für beide Geschlechter voraus!



Frauen verdienen in Deutschland noch immer im Durchschnitt rund 22% weniger als ihre Kollegen. Um das Einkommen der männlichen Kollegen im Jahr 2014 zu erzielen, müssen Frauen bis zum *Equal Pay Day* am 20. März 2015 arbeiten.

Scheinbar typisch weibliche Tätigkeiten sorgen noch heute dafür, dass die Arbeit der Frauen schlechter bezahlt wird. Die bestehenden Rollenbilder und die Aufgabenverteilung in den Familien sind eine mögliche Ursache dafür. Die Anforderungen an die typischen Frauenberufe wie Erziehung und Pflege von Menschen werden schlechter bewertet und bezahlt als Anforderungen in so genannten typischen Männerberufen, Berufe, die mit viel Geld zu tun haben, oder technische Berufe.

Die Landesdelegiertenversammlung der GEW Hessen hat im November 2014 auf Antrag der Jungen GEW beschlossen, eine Arbeitsgruppe einzurichten, die sich mit der Aufwertung von Frauenberufen beschäftigt. Die AG hat ihre Arbeit aufgenommen und plant im Mai eine große **Fachtagung**.

Rund 10% aller Beschäftigten in Deutschland arbeiten im sozialen Bereich, von der Krankenschwester über Therapeutinnen und Therapeuten bis zu den sozialpflegerischen Berufen, von den Erzieherinnen bis zu den Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern.

Die Arbeitsleistung im sozialen Bereich und ihr Erfolg sind im Gegensatz

zu anderen Berufen nicht unmittelbar messbar. Während das Handwerk schon seit Jahrhunderten klare Ausbildungswege zur Pflicht machte, haben soziale Berufe eine späte Professionalisierung erfahren. In Deutschland herrscht teilweise noch heute die Meinung, dass jede und jeder erziehen oder pflegen kann! In sozialen Berufen sind rund 85% der Beschäftigten weiblich und in Bezug auf ihre Einkommenschancen auch im 21. Jahrhundert gegenüber den Einkommenschancen in Männerberufen benachteiligt. Die schlechten Einkommenschancen wirken sich für die Betroffenen – meist Frauen – in der zu erwartenden Rente doppelt negativ aus und führen für viele Frauen in die Altersarmut.

Frauen sind trotz gleicher oder besserer Qualifikation in Führungspositionen deutlich unterrepräsentiert. Der Anteil weiblicher Führungskräfte in Spitzenpositionen der deutschen Wirtschaft und in der Bundesverwaltung ist nach wie vor gering. Über 53% der Studienberechtigten und knapp die Hälfte der Hochschulabsolventen sind weiblich, aber nur 4,4% aller Vorstände und rund 15% aller Aufsichtsräte in den Top-200-Unternehmen in Deutschland. Um die Chancengleichheit in Führungspositionen zu fördern, hat die Bundesregierung im Dezember den Entwurf eines Gesetzes für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen eingebracht:

- Die Geschlechterquote von 30% soll in den Aufsichtsräten der rund 100 börsennotierten, voll mitbestimmungspflichtigen Unternehmen gelten. Finden sich nicht genügend Bewerberinnen, sollen die Posten ab 2016 unbesetzt bleiben.
- Rund 3.500 mittlere Unternehmen mit 500 bis 2.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sollen Selbstverpflichtungen für Frauenquoten in Vorstand, Aufsichtsrat, oberem und mittlerem Management eingehen und über die Fortschritte berichten.
- Auch bei öffentlichen Unternehmen wie der Bahn sollen die Frauenquote von 30% und Förderungsmaßnahmen wie bei mittleren Unternehmen gelten.

Die gesetzliche Vorgabe des „leeren Stuhls“ ist ein Schritt in die richtige Richtung. Der Gesetzesentwurf reicht aber bei weitem nicht aus und muss dringend weiter entwickelt werden.

Wir werden also auch in Zukunft nicht umhin kommen, weiter den Weltfrauentag zu begehen, um die den Frauen zustehende gerechte Teilhabe am Arbeitsmarkt und gleiche Bezahlung für gleichwertige Arbeit mit gleichen Einkommenschancen zu fordern. Die Politik und die Tarifparteien sind aufgefordert, im Sinne einer höheren Wertschätzung und Vergütung von Frauenarbeit stärker tätig zu werden.

Lioba Boll, Christine Dietz, Hanne Hirn
Personengruppe Frauen der GEW Hessen

„Wir verdienen mehr!“

Im Gespräch mit Beate Hoffmann

In diesen Tagen beginnen die Tarifverhandlungen zwischen den Gewerkschaften und dem Verband der kommunalen Arbeitgeber (VKA) zur Entgeltordnung für den Sozial- und Erziehungsdienst (SuE). Kernforderungen der Gewerkschaften GEW und ver.di sind eine bessere Bezahlung und eine höhere Eingruppierung für die SuE-Beschäftigten. Außerdem geht es auch darum,

die noch aus den 1970er-Jahren stammenden Tätigkeitsmerkmale gründlich zu überarbeiten. Auftakt der SuE-Tarifrunde war am 25. Februar. Roman George sprach für die HLZ mit Beate Hoffmann über die Arbeitsbedingungen in hessischen Kindertagesstätten. Beate Hoffmann ist Kita-Leiterin in Frankfurt, Personalrätin und GEW-Mitglied.



HLZ: Im August 2013 ist der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab dem vollendeten ersten Lebensjahr in Kraft getreten. In Hessen wurde das Betreuungsangebot für Unter-Dreijährige deutlich ausgebaut. Wie sind die Erfahrungen mit dem Ausbau in Frankfurt?

Beate Hoffmann: Das Angebot ist deutlich ausgebaut worden, Von November 2013 bis November 2014 wurden etwa 2.100 neue Plätze geschaffen, im Kindergartenbereich, aber insbesondere im U3-Bereich. Viele freie Träger haben Einrichtungen aufgemacht, viele Einrichtungen wurden um U3-Gruppen erweitert, die Tagespflege wurde ausgebaut. Da ist ganz, ganz viel passiert.

Wie kann man sich den Arbeitsalltag einer Erzieherin an einer Kita in Frankfurt vorstellen?

Ich glaube, der unterscheidet sich nicht wesentlich vom Alltag einer Erzieherin in einer anderen Kommune. Die Anforderungen sind gestiegen und werden weiter steigen, ganz besonders durch die Erweiterungen bei U3. Viele Fachkräfte kommen nicht aus dem Krippenbereich und sollen nun neue Aufgaben übernehmen, andere Schwerpunkte im pädagogischen und pflegerischen Bereich setzen. Ansonsten haben wir – wie überall – den ganz „normalen

Wahnsinn des Alltags“. Die Kinder kommen so an, wie sie sind, das geht oft drunter und drüber, das läuft manchmal relativ geordnet. Es ist die Herausforderung an die Fachkräfte, damit umzugehen und genau damit zu arbeiten.

Das heißt auch, dass Betreuungszeiten an die flexibilisierte Arbeitswelt angepasst werden müssen. Außerdem erwarten Eltern zunehmend einen Beitrag zur Vorbereitung ihrer Kinder auf die Schule. Die Gesellschaft fordert, dass die Kinderbetreuung der Benachteiligung von Kindern aus einem schwierigen sozialen Umfeld entgegenwirkt. Was bedeutet das alles für die Arbeit von Erzieherinnen und Erziehern?

Klar, die Aufgaben wachsen, wir müssen zusätzliche Aufgaben erfüllen. Es bedarf einer sehr genauen Beobachtung, Planung und Dokumentation von Angeboten, um den vielfältigen Anforderungen gerecht zu werden. Wir verstehen Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern als ganzheitliche Trias, um die untrennbaren Bereiche der pädagogischen Arbeit in eine sinnvolle Einheit umzusetzen. Das ist angesichts der doch sehr komplexen und unterschiedlichen Lebenslagen von Familien einfach mehr geworden, auch hinsichtlich der Erziehungspartnerschaft mit den Eltern: Es verlangt Gespräche, Absprachen und ein ganz hohes Maß an Offenheit für andere Sichtweisen, für andere Vorstellungen, für andere Werte – auch Erziehungswerte. Der Bildungsprozess beim Kind erfordert Differenzierung, um die Themen der Kinder und Selbstbildungsprozesse zu erkennen, wahrzunehmen und dann didaktisch zu unterfüttern, zu fördern und zu unterstützen.

Nachdem der Ausbau des Betreuungsangebotes in den letzten Jahren im Mittelpunkt stand, drehen sich die Debatten nun zunehmend um die Qualität. Was wäre aus deiner Sicht erforderlich, um

eine hochwertige frühkindliche Bildung sicherzustellen oder erst zu ermöglichen?

Im Wesentlichen sind, denke ich, die Rahmenbedingungen zu verbessern und da insbesondere die Personalbemessung. Ich unterstütze aus fachlicher Sicht eine Stellenberechnung nach einer tatsächlichen Fachkraft-Kind-Relation, und nicht die Personalbemessung nach Platzzahl.

Was ist da der Unterschied?

Der Unterschied ist, dass in der Fachkraft-Kind-Relation die tatsächliche Arbeit am Kind bemessen wird. Das heißt, in der Personalbemessung sind Ausfallzeiten oder auch die mittelbare Arbeit am Kind nicht herausgerechnet. Nach meiner Erfahrung muss ich im Schnitt mindestens 30 Prozent der Arbeitszeit für Ausfallzeiten und für mittelbare Arbeiten abziehen: für Elterngespräche, Vorbereitungszeit, Netzwerkarbeit, Portfolioarbeit, Dokumentation und so weiter. Diese Zeit fehlt am Kind, so dass oft eine Fachkraft alleine in der Gruppe mit 20 bis 22 Kindern ist. Dann wird es schwierig, den hohen Ansprüchen an die Bildung, Erziehung und Betreuung gerecht zu werden.

Gute Bildungsangebote sind auch im Kita-Bereich nur mit qualifiziertem und engagiertem Personal möglich. Wird die gegenwärtige Bezahlung dem gerecht?

Nein! Schlicht und ergreifend, nein. Wir haben eine ganz hohe Verantwortung und es sind zusätzliche Verantwortungsbereiche hinzugekommen, so beim Paragraphen 8a des Kinder- und Jugendhilfegesetzes, der dem pädagogischen Personal eine Mitverantwortung bei der Wahrnehmung einer Gefährdung des Kindeswohls überträgt. Wir arbeiten interkulturell, beraten und unterstützen, kooperieren mit unterschiedlichen Institutionen und Einrichtungen. Wir fördern Resilienz und Sprache, kümmern uns um die Gesund-

heit und die richtige Ernährung, entwickeln Angebote für die Kompetenzbereiche des Bildungsplans und nehmen an unterschiedlichen Projekten teil. Das alles evaluieren und dokumentieren wir sorgfältig. Das Einkommen entspricht diesen Ansprüchen, Aufgaben und Anforderungen und der Verantwortung *nicht*.

Die GEW fordert in der Tarifrunde zur Entgeltordnung Sozial- und Erziehungsdienst (EGO) eine deutliche Steigerung der Bezahlung für alle sozialpädagogischen Fachkräfte. Wie schätzt du die Resonanz bei deinen Kolleginnen und Kollegen ein?

Sie werden das sehr begrüßen, weil mit einer höheren Eingruppierung gleichzeitig auch eine höhere Anerkennung des Berufes einhergeht. Daneben ist es natürlich nie schlecht, mehr Geld zu haben – insbesondere in einer Kommune wie Frankfurt, wo die Lebenshaltungskosten und die Mieten hoch

sind. Bei der derzeitigen Eingruppierung ist es oft schwierig, das Leben zu finanzieren.

Außerdem fordert die GEW auch die Anerkennung aller einschlägigen Berufserfahrungen. Warum ist das so wichtig?

Weil es nicht sein kann, dass man nach zehn oder 15, oder auch nur fünf Jahren Berufserfahrung bei einem Wechsel zu einem anderen Träger als Berufsanfänger gehandelt wird. Die ganze Erfahrung, und die spielt im pädagogischen Bereich eine ganz wesentliche Rolle, wird so quasi negiert.

Wie können die gewerkschaftlichen Forderungen angesichts klammer Kassen der Kommunen der Öffentlichkeit und insbesondere den Eltern vermittelt werden?

Bei den Eltern, denke ich, hat man da das kleinere Problem. Die Eltern nehmen die Arbeit der Erzieherinnen in den Einrichtungen, in denen sie ihre

Kinder untergebracht haben, sehr gut wahr. Sie erkennen sehr wohl an, was dort alles geleistet wird und wie vielfältig das Leistungsangebot ist. In der Öffentlichkeit muss man das Aufgabenprofil und das Stellenprofil des Erziehers deutlicher herausarbeiten und transparent machen – auch die gesellschaftliche Bedeutung, die der Beruf hat. Wenn man frühkindliche Bildung für einen gesunden gesellschaftlichen Zusammenhalt fordert, dann muss man auch die Menschen, die das umsetzen sollen, entsprechend bezahlen. Da ist noch einiges zu tun! Erfahrungsgemäß wird das im Arbeitskampf mit jedem Streiktag schwieriger. Da sollten wir aber nicht nachlassen! Und die Erzieherinnen, Erzieher und Fachkräfte sollten genügend Selbstbewusstsein haben, das zu vertreten und deutlich zu machen, was sie jeden Tag leisten.

Vielen Dank für das Gespräch.

Die Forderungen der GEW

Tarifrunde für Berufe im Sozial- und Erziehungsdienst

Im Frühjahr 2015 beginnen die Tarifverhandlungen zwischen Gewerkschaften und dem Verband der kommunalen Arbeitgeber (VKA) zur Entgeltordnung (EGO) für den Sozial- und Erziehungsdienst (SuE). Die Gewerkschaften fordern die Weiterentwicklung der 2009 in Kraft getretenen Entgeltordnung, um eine deutliche Aufwertung der Berufe in diesem Bildungsbereich zu erreichen. Die größte betroffene Berufsgruppe sind Erzieherinnen und Erzieher in Kindertageseinrichtungen, hinzu kommen aber auch viele andere Beschäftigte im sozialpädagogischen Arbeitsfeld wie beispielsweise Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter. Für alle Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst fordert die GEW

- eine deutliche Erhöhung der Entgelte für alle sozialpädagogischen Fachkräfte mit dem Ziel einer Aufwertung der Sozial- und Erziehungsbereufe. Die Stufenlaufzeiten der „S-Tabelle“ sind den Stufenlaufzeiten der allgemeinen Entgelttabelle zum TVöD anzugleichen.
- Einschlägige Berufserfahrungen müssen in vollem Umfang auf die Er-

fahrungsstufen angerechnet werden, unabhängig bei welchem Arbeitgeber sie erworben wurden.

Die GEW setzt sich ferner dafür ein, dass die folgenden Forderungen Gegenstand der Verhandlung mit der VKA werden:

- Die Tätigkeitsmerkmale der Entgeltordnung sind so zu überarbeiten und zu ergänzen, dass vorhandene Wertungswidersprüche beseitigt und neue Berufe wie der des Kindheitspädagogen oder der Kindheitspädagogin, neue Arbeitsfelder zum Beispiel in der Schulsozialarbeit und neue Tätigkeiten zum Beispiel in der Fachberatung angemessen vergütet werden.
- Die Eingruppierung von Kita-Leiterinnen und Kita-Leitern darf sich nicht alleine nach der Platzzahl richten.
- Die Eingruppierung der Leitungstätigkeit soll nicht unter der Entgeltgruppe S 11 beginnen.
- Höhergruppierungen sollen stufengleich unter Anrechnung der Stufenlaufzeit erfolgen. Durch Höhergruppierung und anschließende Abgruppierung darf sich für die Beschäftigten kein Nachteil ergeben.



- Für die Eingruppierung von Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern soll ein Tätigkeitsmerkmal „Sozialpädagoge bzw. Sozialpädagogin oder vergleichbare Qualifikation mit Hochschulabschluss und staatlicher Anerkennung in der Tätigkeit als Schulsozialarbeiter/in“ eingeführt werden.

Mehr zum Thema und zum Stand der Verhandlungen: https://www.gew.de/ErzieherInnen_verdienen_mehr.html

Kein geeignetes Instrument

VERA-Vergleichsarbeiten weiter in der Kritik

Wie vernünftig sind Lernstandserhebungen? Diese Frage werden sich schon bald wieder viele Grundschullehrkräfte und Eltern der Drittklässler stellen, vielleicht – auf ihre Weise – auch einige der betroffenen achtjährigen Kinder: Die Lernstandserhebungen VERA-3 stehen vor der Tür. Sie sind Folge des so genannten Qualitätssicherungsprogramms der Kultusministerkonferenz (KMK). Kern dieses Programms sind Bildungsstandards, in denen Erwartungen formuliert werden, was ein Kind zu einem bestimmten Zeitpunkt können soll.

In Hessen müssen etwa 40.000 Kinder der dritten Klassen vier Tage lang Tests in Deutsch (5. und 7. Mai) und Mathematik (28. und 29. April) durchlaufen. Andere Bundesländer geben sich mit einem Tag, einem Fach oder auch nur einem Teilbereich eines Faches zufrieden. Die Verpflichtung zur Teilnahme führt bei vielen Lehrkräften, Kindern und Eltern zu Verdruss und zur Frage nach dem Sinn. Auf Fachta-

So wie die landesweiten Abschlussprüfungen und die verbindlichen Vergleichsarbeiten in der Sekundarstufe I ist auch VERA-3 längst ein gutes Geschäft für die Schulbuchverlage.

gungen und Workshops der GEW Hessen haben in den letzten Jahren Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler die Kritik vieler Lehrkräfte bestärkt. Für Prof. Ursula Frost (Köln) sind die Bildungsstandards „Instrumente eines Steuerungsmodells und kein pädagogisches Projekt“. Der Mathematikdidaktiker Prof. Wolfram Meyerhöfer kritisierte die Resultatorientierung, die Lehrkräfte und Kinder auf eine falsche Fährte locke. Nicht mit standardisierten Tests könne man den Lernstand eines Kindes ermitteln, sondern man müsse sich „mit dem Kind ins Gespräch begeben.“

In den letzten zwei Jahren haben viele Grundschulen einen Antrag auf Freistellung von den Vergleichsarbeiten VERA-3 gestellt, wie ihn die KMK-Vereinbarung von 2012 in begründeten Ausnahmefällen vorsieht. Auch Karin Hämmelmann vom Vorsitzendenteam der GEW-Fachgruppe Grundschulen hält dagegen:

„Ich bin die Letzte, die sich dagegen wehrt, etwas Vernünftiges zu tun, auch wenn es aufwändig ist, die Lernstandserhebungen sind aber nicht vernünftig.“

Viele Grundschullehrkräfte haben in den letzten Jahren mit großem Engagement ihre Unterrichtspraxis in Richtung Individualisierung entwickelt. Sie haben sich mit entwicklungslogischer Didaktik beschäftigt, dem Lernen am gemeinsamen Gegenstand, damit die Individualisierung nicht zu einer Vereinzelung der Kinder führt. Sie haben Konzepte für den inklusiven Unterricht entwickelt und sich dabei vom auf die Defizite der Kinder gerichteten Blick gelöst. Auf diesem Weg von der Ergebnisorientierung zur Entwicklungsorientierung stören Vergleichsarbeiten für alle zu einem festgesetzten Zeitpunkt die Unterrichts- und Schulentwicklung ebenso wie das Lernklima in den Klassen. Sie verengen Bildung und Erziehung in Richtung der Kompetenzen in Deutsch und Mathematik. Musische Fähigkeiten auszubauen, Sport zu treiben, Mehrsprachigkeit nutzen zu können und Selbstwirksamkeit zu erfahren, ist für Kinder mindestens genauso bedeutsam. Im Interesse ihrer Gesundheit und ihrer Arbeitszufriedenheit müssen die Lehrkräfte, deren Ar-

beitspensum oft bis an die Belastungsgrenze und manchmal auch darüber hinaus geht, ihr Tun als vernünftig und an ihren pädagogischen Zielen ausgerichtet erleben können. Die im Schulgesetz festgeschriebene pädagogische Freiheit bietet dafür den Rahmen.

Zu VERA-3 soll sich zukünftig auch „quop“ gesellen, ein an der Universität Münster entwickeltes computergestütztes Verfahren zur Lernverlaufsdiagnostik, das vom Hessischen Kultusministerium (HKM) massiv beworben wird: *„quop ist ein gut erforschtes, wissenschaftlich gesichertes und für Lehrkräfte leicht handhabbares Diagnoseinstrument. Es gehört zu einer neuen Generation der formativen Diagnostik und bildet den spiralcurricularen Aufbau im Lesen und in Mathematik von Klasse 1 bis 6 ab.“* (<http://lsa.hessen.de>)

Und jetzt auch noch „quop“?

In vierzehntägigen Abständen müssen die Kinder 10- bis 15-minütige Test online bearbeiten, die Rückmeldung erfolgt automatisiert. Technischer Support durch ein Privatunternehmen und Qualifizierung für die Lehrkräfte sind inbegriffen (www.quop.de). Schulleitungen und Lehrkräften wird viel versprochen, doch in ersten Berichten beteiligter Lehrkräfte ist eher von hoher Arbeitsbelastung die Rede. Dazu kommt die Skepsis, was mit den in Echtzeit gesammelten Daten passiert.

Nicht mit uns, kann man bei „quop“ noch sagen. Nicht mit uns, möchten wir auch bei VERA-3 sagen können. Deshalb bleiben wir dran und werden auch in diesem Jahr vor den Osterferien wieder die Freistellung von den Lernstandserhebungen beantragen. Anträge auf der Grundlage der Vereinbarung der KMK zur „Weiterentwicklung von VERA“ vom 8. März 2012 sollten bis zum Beginn der Osterferien gestellt werden. Weitere Informationen findet man in einem Brief an alle Grundschulen und auf der Homepage der GEW Hessen (www.gew-hessen.de > Bildung > Schule > Fachgruppe Grundschule).

Susanne Hoeth
GEW-Landesfachgruppe Grundschule



Bildungsgipfel

GEW für Bildungsgerechtigkeit

Im September 2014 lud die Landesregierung zu einem „Bildungsgipfel“ ein, um „eine langfristige Verständigung über schulische Bildung in Hessen zu erreichen und Schülerinnen und Schülern, Lehrerinnen und Lehrern, Eltern und Schulträgern Planungssicherheit zu geben“. Die GEW Hessen beschloss nach interner Diskussion der Einladung zu folgen, um ihre Forderungen einzubringen und Kompromisse auszuloten (HLZ 11/2014). Der Chor der Alexej von Jawlensky-Schule in Wiesbaden sang allerdings nur bei der ersten Sitzung am 17. September (Foto: HKM).



Im Oktober nahmen die fünf Arbeitsgruppen des Bildungsgipfels die Arbeit auf: zu Fragen der „Gestaltung von Schule“ (AG 1), zu den „Herausforderungen der Bildungsregionen“ (AG 2), zur „Gestaltung individueller Unterstützungsangebote“ (AG 3) und zur „Vorbereitung auf die Arbeits- und Lebenswelt“ (AG 4). Die GEW hatte bereits bei der Auftaktveranstaltung eine fünfte Arbeitsgruppe zur Lehrerbildung durchgesetzt.

Nur Staffage für Schwarz-Grün?

Wer in den Arbeitsgruppen auf ernsthafte Diskussionen über bildungspolitische Inhalte gehofft hatte, wurde schnell bitter enttäuscht. In stundenlangen Gesprächen und riesigen Runden sollten Dissense wegmoderiert und wichtige Themen ausgegrenzt werden. Die Forderung nach der Einrichtung echter Ganztagschulen wurde in der AG 2 als „Minderheitenmeinung“ einfach weggewischt. Ein erster Zwischenbericht der Leitung der AG 4 verkürzte die Thematik auf die „Vorbereitung auf die Arbeitswelt“, wie *Christoph Bauermann* als Vertreter der GEW in dieser Gruppe kritisierte. Alles schien nur dem Zwecke zu dienen, die Akteure so lange mit Nebenfragen zu beschäftigen, bis sie vergessen hatten, warum sie gekommen waren. So sollte dann das, was die Landesregierung ohnehin plant, als „Bildungsfrieden“ deklariert werden.

Der von rund 50.000 Lehrerinnen und Lehrern gewählte Hauptpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer (HPRL) war erst gar nicht eingeladen, anders dagegen CDU-nahe Organisationen wie der RCDS und die Schülerunion. Der Bildungsgipfel drohte zur Farce zu werden.

Vor der zweiten Plenarsitzung Ende Januar stellten deshalb die Vertretungen von Eltern, Lehrkräften und Schülerinnen und Schülern ihre weitere Teilnahme am Bildungsgipfel in Frage: In einer gemeinsamen Erklärung forderten Landeschülervertretung (LSV), Landeselternbeirat (LEB), GEW, DGB, Elternbund Hessen (ebh) und VBE einen „Bildungsgipfel, der seinen Namen auch verdient“, statt den Vorgaben der Moderation und regierungsnaher Akteure zu folgen. *Jan Voss* (ebh) sagte in der Frankfurter Rundschau, man wolle nicht „die Staffage für die Umsetzung des Koalitionsvertrags von CDU und Grünen“ sein. Der stellvertretende Vorsitzende des LEB *Reiner Pilz* erklärte im *hr*: „Wenn sich nichts ändert, dann ist der Bildungsgipfel geplatzt.“

Eine zentrale Forderung des Bündnisses ist die Entkoppelung des Bildungserfolgs von der Herkunft der Schülerinnen und Schüler. Deshalb dürfe der Bildungsgipfel die folgenden Positionen nicht ausklammern:

- Zur Durchsetzung von Chancengleichheit muss über längeres gemeinsames Lernen genauso diskutiert werden wie über den Abbau selektiver Strukturen im Bildungssystem. Die exzessive Ausdifferenzierung des Bildungssystems muss schrittweise abgebaut werden.
- Inklusive Beschulung muss für jedes Kind und jede Schulform selbstverständlich sein. Ein Abschieben an Förderschulen ist auch mit dem „Elternwillen“ nicht zu rechtfertigen. Der Ressourcenvorbehalt im Schulgesetz muss gestrichen und ein konkreter Zeit- und Maßnahmenplan vorgelegt und umgesetzt werden. Förderschullehrkräfte müssen im Rahmen multiprofessioneller Teams an Regelschulen versetzt werden können.

- Der Ausbau echter Ganztagschulen in Grundschulen und weiterführenden Schulen muss vorangetrieben werden. Statt einer „Ganztagschule light“, wie sie der „Pakt für den Nachmittag“ der schwarz-grünen Koalition vorsieht, brauchen wir einen Zeit- und Stufenplan für den Ausbau echter Ganztagschulen schon im nächsten Jahr.

Eine neue Agenda?

Kultusminister *Alexander Lorz* (CDU) erklärte angesichts des drohenden Scheiterns des Bildungsgipfels umgehend seine „Gesprächsbereitschaft“. Am 27. Januar, drei Tage vor der zweiten Plenarsitzung, fand ein Gespräch mit den Kritikern statt, bei dem Lorz Korrekturen in Aussicht stellte. Inzwischen wurde der HPRL förmlich eingeladen und die Zusammensetzung der Arbeitsgruppen verändert. Dort sollen künftig nur noch die Organisationen vertreten sein, die auch beim Bildungsgipfel mitarbeiten. Die Diskussionen in der AG 1 sollen auf die Fragen zur Schulstruktur und zum Abbau von Bildungsungerechtigkeit „fokussiert werden“ (Pressemitteilung HKM vom 30.1.2015).

Skepsis bleibt auch danach angebracht. Wenn sie wirklich den Konsens will, muss die Landesregierung ihre bisherigen Planungen etwa beim „Pakt für den Nachmittag“ und bei der Einrichtung von „Modellregionen Inklusion“ auf den Prüfstand stellen. In dieser Hoffnung beteiligt sich die GEW Hessen zunächst weiter am Bildungsgipfel und wird alle Diskussionen auch öffentlich kritisch begleiten.

Maike Wiedwald, stellvertretende Landesvorsitzende der GEW Hessen



Peinliche Panne Praxissemester

Goethe-Uni: Vollversammlung der Lehramtsstudierenden

Nach dem 2012 novellierten Lehrerbildungsgesetz haben ausgewählte Hochschulen ab dem Wintersemester 2014/2015 Regelungen zur Erprobung eines Praxissemesters zu treffen:

- die Goethe-Universität Frankfurt für das Lehramt an Gymnasien
- die Justus-Liebig-Universität Gießen für das Lehramt an Förderschulen
- die Universität Kassel für die Lehramter an Grundschulen und an Haupt- und Realschulen
- die Hochschule für Musik und Darstellende Kunst Frankfurt für das Lehramt an Gymnasien im Fach Musik

Das Praxissemester soll an den genannten Hochschulen die bisherigen Praxisphasen ersetzen, bereits nach Ende des zweiten Fachsemesters beginnen und spätestens am letzten Vorlesungstag des vierten Fachsemesters enden. Die Erprobung soll unter Einbeziehung der Lehrkräfte, die die Studierenden in der Schule betreuen, wissenschaftlich begleitet und evaluiert werden.

Carla Spellerberg ist Lehramtsstudentin an der Universität Frankfurt und nahm Anfang Dezember an einer Vollversammlung der Lehramtsfachschaft „L-Netz“ teil, auf der Tobias Cepok, Referent des GEW-Landesvorstands für Hochschule und Jugendbildung, über das geplante Praxissemester informierte.

Nichts kommt einer mit den Irrungen und Wirrungen des Praxissemesters beschäftigten Lehramtsstudentin gelegen, deren Tagesordnungspunkt Nummer eins dieses leidige Thema „Praxissemester“ ist. Der kleine Hörsaal auf dem Campus Westend der Goethe-Universität Frankfurt ist bei meiner Ankunft mit etwa 150 Lehramtsstudierenden, die meisten davon Erstsemester, schon gut gefüllt. Schließlich weiß niemand so genau, wie das mysteriöse Monst-

rum namens Praxissemester endgültig ablaufen soll.

In kürzester Zeit zerlegt GEW-Hochschulreferent Tobias Cepok die Illusionen aller, in deren Vorstellung das Praxissemester eine problemlose Neuerung ist. Bei der Anhörung im hessischen Landtag, an der Cepok teilgenommen hat, hätten sämtliche CDU-Abgeordneten demonstrativ Zeitung gelesen, die Grünen hätten sich seine Kritik wenigstens angehört. Seine Nachfrage, ob denn auch der AstA oder andere Stu-

dierendenvertreter eingeladen worden seien, habe man mit einem gestammelten „Äh, jetzt nicht so direkt...“ beantwortet.

Weil sich niemand in der Politik für die praktische Umsetzung des Praxissemesters interessiert habe, bleibe diese Aufgabe jetzt an der unzureichend informierten Universität, den Studierenden und den völlig überforderten Schulen hängen. „Die Mentoren, die sich eigentlich um die Referendare kümmern müssen, sind jetzt auch noch für die Studie-

Resolution zum Praxissemester

(...) Durch die Kurzfristigkeit, mit der das Praxissemester eingeführt wurde, bleiben sehr viele Fragen offen. Zudem ruft die derzeitige Regelung bei uns Studierenden viel Verunsicherung und Wut hervor, da sich die Studienorganisation enorm verkompliziert und eine Verlängerung der Studienzeit absehbar ist. An dieser Stelle sollen unsere offenen Fragen und Probleme aufgeführt werden. Wir fordern die betroffenen Stellen dazu auf, unsere Diskussionspunkte ernst zu nehmen und sich für Verbesserungen einzusetzen.

- Wir fordern Transparenz ein. Seit mehr als zwei Monaten studieren wir bereits in Frankfurt und wissen nach wie vor nicht, was uns im Praxissemester genau erwartet. Es ist unklar, ob wir das Betriebspraktikum absolvieren müssen, und wir wurden überwiegend nicht darüber informiert, dass für die Studierenden im Praxissemester das Orientierungspraktikum entfällt. (...)
- Durch das Praxissemester kommt es zu Verschiebungen im Studienverlauf, was in vielen Fächern zu immensen Komplikationen führt. (...) In einigen Fächern war die Belastung ohne das Praxisse-

mester schon sehr groß, mit diesem ist ein Großteil der Fächerkombinationen aber nicht mehr in Regelstudienzeit studierbar. Insbesondere für BAföG-Empfängerinnen und -empfänger ist eine Verlängerung der Regelstudienzeit notwendig, damit eine Finanzierung über die gesamte, tatsächliche Studiendauer gewährleistet ist.

- Das Praxissemester erfordert weiterhin ein hohes Maß an Präsenz. Durch die festgelegten Präsenzzeiten (...) in den Schulen wird es für viele Studierende unmöglich, parallel zum Studium einen Nebenjob auszuüben, was aber in Frankfurt für die meisten Studierenden notwendig ist. Wenn die Erwerbstätigkeit durch das Praxissemester erschwert wird, muss dem durch eine Bezahlung für die Praktikumszeit Rechnung getragen werden. In vielen anderen Praktika während des Studiums ist dies schon gängige Praxis.

- Wir haben kein Verständnis dafür, dass uns quasi verboten wird, während des Praxissemesters Seminare und Vorlesungen zu besuchen, aber gleichzeitig der Semesterbeitrag eingezogen wird. Eine Aussetzung des Semesterbeitrags wäh-

rend des Praxissemesters würde uns finanziell entlasten.

- Ein weiterer Kritikpunkt ist der frühe Zeitpunkt im Studium, an dem das Praxissemester durchgeführt werden soll. Nach dem zweiten Semester haben wir wenig fachliche und didaktische Kompetenzen erworben, welche zu erproben wären. In vielen anderen Bundesländern wird das Praxissemester im Hauptstudium durchgeführt, wodurch die theoretisch erworbenen Kompetenzen viel besser mit der Praxis verknüpft werden können. (...)

Die anwesenden Studierenden der Lehramtsvollversammlung am 8. 12. 2014 fordern den Senat, das Präsidium der Goethe-Universität sowie die ABL dazu auf, unsere Bedenken (gerne auch in unserem Beisein) zu thematisieren und nach Lösungen zu suchen. Unsere Anmerkungen können und sollen auch dem Kultusministerium des Landes Hessen vorgelegt werden, welches wir insbesondere in der Pflicht sehen, zufriedenstellende Lösungen für die genannten Probleme zu finden.

renden zuständig und bekommen dafür weder Entlohnung noch zeitliche Entlastung“, erläutert Cepok weiter. Viele Schulen in Uni-Nähe hätten jetzt schon angekündigt, nur eine möglichst geringe Anzahl von Studenten aufnehmen zu wollen. Im schlimmsten Fall müssen die Lehramtsstudierenden bis nach Fulda auf verschiedene Schulen verteilt werden. Wünsche zur Schulwahl dürfen nach dem gegenwärtigen Informationsstand der Akademie für Bildungsforschung und Lehrerbildung (ABL), die das Praxissemester jetzt irgendwie planen muss, nicht angegeben werden.

Von der Tatsache, dass die Regelstudienzeit nicht verlängert werden soll, sind besonders die Musikstudenten betroffen, die ebenfalls Vertreter zur Vollversammlung geschickt haben. Der wöchentliche Einzelunterricht an den Instrumenten lasse sich nicht einfach in andere Semester verschieben. Auch in anderen Fächern funktionieren die alternativen Studienverlaufspläne, die die ABL notgedrungen erstellen musste, in der Praxis überhaupt nicht. Dort wo eine Veranstaltung auf der vorherigen aufbaut und nicht ohne Vorkenntnisse besucht werden kann, können die Studierenden die Lehrveranstaltungen nicht einfach verschieben, um das fehlende dritte Semester auszugleichen. In den „Orchideenfächern“, die nur von wenigen studiert werden, wird gar nicht jede Veranstaltung in jedem Semester angeboten. Dies werde für viele Studierende zum Problem werden, betont auch der AStA-Vorsitzende Daniel Katzenmaier. Einige würden in Zukunft bis zu zwei Semester nur durch das Praxissemester verlieren.

Befolgt man die alternativen Verlaufspläne, hätte man in manchen Semestern je nach Fächerkombination bis zu 32 Semesterwochenstunden zu absolvieren. Solch einen Stundenplan schafft niemand!

Einige ältere Studenten betonen die Vorteile der zweigeteilten schulpraktischen Studien:

„Im zweiten Praxisteil hatte ich die Möglichkeit, gesammeltes Praxiswissen aus dem ersten Teil in den Unterrichtsversuchen anzuwenden, das fand ich sehr hilfreich.“

„Im dritten Semester habt ihr noch gar keine Möglichkeit, über die in der Schule praktizierten Methoden zu reflektieren, und durch die Abschaffung der Zweiteilung der praktischen Studien bekommt ihr später keine Gelegenheit mehr dazu.“

Die Desorientierung vieler Studenten schlägt in Wut und Empörung um.



Foto:
PantherMedia/
alphaspirit

„Heißt das, dass so ein paar Politiker diesen Mist einfach, ohne nachzudenken, eingeführt haben und wir das jetzt ausbaden müssen?“, fragt ein ungläubig-wütender Kommilitone und erntet dafür spontanen Beifall.

Auch die L-Netz-Mitglieder wissen, dass sie nicht alle offenen Fragen beantworten können:

„Wir können euch sagen, was wir wissen, aber vieles weiß nicht einmal die Uni.“

Was passiert, wenn sie keinen Platz in einer Schule bekommt, will eine zu Recht besorgte Kommilitonin wissen. Das Praxissemester kann im dritten oder vierten Semester absolviert werden, fällt man im vierten Semester jedoch durch, kann es nicht wiederholt werden, wodurch eine Exmatrikulation droht. Tobias Cepok hält die Frage, ob man einen Platz bekommt, nicht für das zentrale Problem: „Die Frage ist eher, wo der sein wird.“ Er rät allen Anwesenden, das dritte Semester für das Praxissemester zu nutzen.

Keine Zeit mehr fürs Jobben

Eine Kommilitonin zeigt sich bestürzt über die Aussage, dass das Praxissemester ein Vollzeitpraktikum sein wird. Laut einer 2013 erstellten Umfrage halten sich fünfzig Prozent aller Studierenden mit Nebenjobs über Wasser. Ein Praktikum, das möglicherweise auch spät am Nachmittag und abends stattfindet, nimmt vielen die Existenzgrundlage. Sie ist nicht die Einzige,

die nicht weiß, wie sie das halbe Jahr finanziell überbrücken soll. Wie Studierende mit Kind das Semester absolvieren sollen, bleibt ebenso ungeklärt. Auch für dieses Problem hat das verabschiedete Gesetz keine Lösung. Die zuständigen Stellen an der Universität sind mit der Schadensbegrenzung beschäftigt und wissen selbst nicht mehr weiter.

Eine Resolution, die dem Senat der Universität und dem Land vorgelegt werden soll, findet große Zustimmung (siehe Kasten). Es bleibt die Hoffnung, dass das Praxissemester längerfristig vielleicht auch wieder ganz abgeschafft werden könnte. „Nutzt im Januar die Möglichkeit, das Studierendenparlament zu wählen“, appelliert Daniel Katzenmaier zum Schluss. „Wir sind eure Studierendenvertreter und tragen eure Meinung in die Gremien.“

Damit ist die Vollversammlung beendet, die Frustration der Studierenden bleibt jedoch, denn eines ist klar: Für uns wird das Praxissemester schon sehr bald zur chaotischen Realität, durch die wir irgendwie durchmüssen. Wir haben nur die Möglichkeit, längerfristig für die Wiedereinführung der Schulpraktischen Studien zu plädieren. Vielleicht wird unsere höchstwahrscheinlich mehr schlecht als recht ablaufende Praxisphase ja zeigen, dass die Entwürfe unmöglich praktisch umsetzbar sind. Insofern besteht immerhin ein bisschen Hoffnung für die Zukunft.

Carla Spellerberg



Pädagogik der Vielfalt

Was tun gegen religiösen Extremismus an Schulen?

Islamistische Terroranschläge in Paris, Morde der Terrormiliz *Boku Haram* in Nigeria und der *ISIS*-Kämpfer, islamfeindliche *Pegida*-Demonstrationen, bei denen Zehntausende von „Wutbürgern“ gegen die angebliche Islamisierung des Abendlandes demonstrieren, und Gegendemonstrationen für mehr Toleranz und ein Deutschland der Vielfalt: All diese Ereignisse beeinflussen zurzeit unseren (Schul-)Alltag, prägen unsere Wahrnehmung und führen zu einer emotionalen Aufladung der Thematik.

Differenzierte Betrachtung

Meldungen über Schüler (1) aus Hessen, die in den „heiligen Krieg“ ziehen oder bereits in Syrien gestorben sind, irritieren und verunsichern die Pädagoginnen und Pädagogen: „Wie konnte es dazu kommen, dass sich der unauffällige, freundliche Schüler zu einem Dschihadisten entwickeln konnte? Was habe ich übersehen? Wieso haben die Eltern nichts bemerkt? Wie soll ich mit diesem Schüler nun im Unterricht umgehen?“

Der Islam ist ebenso wie das Judentum und das Christentum keine homogene Religionsgemeinschaft, sondern vielfältig in seinen unterschiedlichen Richtungen und in der religiösen Alltagspraxis. Eine differenzierte Betrachtung hilft, die unterschiedlichen Ausprägungen und die facettenreiche muslimische Praxis in Deutschland zu verstehen.

Die Mehrzahl der Dschihadisten rekrutiert sich aus salafistischen Gruppen. Das Wort *salaf* stammt aus dem Arabischen und bedeutet „Die frommen Altvorderen“ oder „Vorgänger“. Damit sind die Nachfolger des Propheten Muhammad gemeint. Salafisten sind dem sunnitisch-wahhabitischen Islam zuzuordnen. Sie haben ein dogmatisches, „streng wörtliches“ Verständnis des Korans und orientieren sich insbesondere an den Überlieferungen des Propheten (Sunnah). Sie kämpfen für den „wahren Islam“, für die „Reinhaltung“ des Islams nach den vermeintlich zu Lebzeiten des Propheten gültigen Regeln (Lebensweise, Kleiderordnung, gesellschaftliche Ordnung) (3). Von Menschen gemachte

Gesetze werden abgelehnt, nur der Koran gilt als das wahre Wort Gottes. Gegenwärtig geht der Verfassungsschutz von ca. 6.000 salafistischen Anhängern in Deutschland aus (4). Sie sind nicht alle als gewaltbereit anzusehen, doch sie teilen mit der kleineren Gruppe gewaltbereiter Dschihadisten den strengen Glauben an das Jenseits und an das Paradies, der die Grundlage für die angewandte religiöse Drohpädagogik (Bestrafungen in der Hölle) bildet.

Im Prozess der islamistischen Radikalisierung spielen der Antisemitismus als gemeinsames Feindbild zur Stabilisierung der Gruppenidentität, offene Israelfeindlichkeit und ein dumpfer Antimperialismus eine bedeutsame Rolle. Der Antisemitismus ist jedoch keineswegs primär oder vermehrt ein Problem muslimischer Migranten. Unverhüllte antisemitische Parolen waren während des letzten Gazakriegs auf unseren Straßen deutlich hörbar.

Ursachen der Radikalisierung

• **Desillusionierung, Diskriminierung und Degradierung:** Muslimische Jugendliche, deren Großeltern als „Gastarbeiter“ nach Deutschland kamen, sind häufig desillusioniert. Der erhoffte ökonomische und soziale Aufstieg stellt sich nicht oder nur äußerst zögerlich ein. Diese Desillusionierung mischt sich mit Erfahrungen von Diskriminierung und Degradierung zu dem Gefühl, „nicht angekommen“ oder „nicht erwünscht“ zu sein. Die Spuren solcher Erfahrungen in der Seele, in der emotionalen Befindlichkeit beeinflussen das Bild, das sich Migrantinnen und Migranten und ihre Kinder von der Mehrheitsgesellschaft machen. Dazu kommen defizitäre Fremdzuschreibungen durch die Mehrheitsgesellschaft und durch die mediale Berichterstattung. Ein Beispiel für solche kollektiven Kränkungen war die „Sarrazin-Debatte“ mit ihrer diffamierenden und rassistischen Entwertung von Menschen muslimischen Glaubens. Die mangelnde Sensibilität medialer Akteure und die Unentschiedenheit der Politik in der Frage, ob der Islam oder die Muslime zu Deutschland gehören, leisten ih-

ren spezifischen Beitrag zu dem Gefühl von negativer Integration (5).

• **Suche nach Identität:** Muslimische Jugendliche, deren Eltern oft nur mit einem geringen Wissen über ihre Religion aufwuchsen, stoßen auf der Suche nach dem Sinn des Lebens auf die Religion ihrer Eltern und Großeltern, die jetzt zur identitätsstiftenden Kategorie mutiert. Das „Wir“ der Religionszugehörigkeit, über die man bereits verfügt, bietet die Möglichkeit, „dazuzugehören“ oder „dazugehören zu können“. Die gegenwärtige Omnipräsenz des Islams in den Medien eröffnet dem Suchenden eine neue Identitätsfläche und ein Muster zur Ablösung von Familie, Schule und Mehrheitsgesellschaft.

• **Klares Weltbild:** Durch die *Sunnah* (6) ist ein für alle Mal festgelegt, wie sich der Gläubige zu verhalten hat. Ihr Dogma befreit Adoleszente von der quälenden Suche nach einem eigenen Lebensentwurf und der biografischen Wahlfreiheit des Individuums in einer pluralistischen, demokratischen und hoch individualisierten Gesellschaft.

• **Selbstwirksamkeit:** Gerade Jugendliche mit schwierigen Schulbiografien erfahren mit der Aufnahme in radikale religiöse Zirkel oft erstmals das Gefühl der eigenen Selbstwirksamkeit: „Ich kann etwas bewirken und bin dem Verlauf der Dinge nicht machtlos ausgeliefert.“ In diesem Sinne kann von einem individualpsychologischen Emanzipationsprozess gesprochen werden, auch wenn dieser einen anderen Wertekanon vertritt.

• **Superman-Syndrom:** Die Aufnahme in die verschworene Gemeinschaft verheißt einen Heldenstatus ungeachtet der sozialen und ethnischen Herkunft, lediglich durch den Einsatz für die „wahre Sache“. Dass dieser „Superman“ dieses Abenteuer mit dem Verlust von Familie und auch seines Lebens bezahlen wird, ist den meisten in der Idealisierungsphase kaum bewusst, zumal der Tod durch den strikten Glauben an das Jenseits umgedeutet und relativiert wird.

• **Gerechtigkeitsgefühl:** Die extremistische Indoktrinierung knüpft regelmäßig auch am Gerechtigkeitsgefühl und



Vor 70 Jahren befreiten Soldaten der Sowjetarmee das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau. Bei einer Gedenkfeier am 27. Januar 2015 erhoben die letzten Überlebenden ihre Stimme gegen einen bedrohlich wachsenden Antisemitismus und Anschläge auf jüdische Menschen und Einrichtungen. (Foto: Angelo Celedon, Wikimedia Commons CC BY-SA 2.5)

Erhverständnis gerade männlicher Heranwachsender an, die wie „Superman“ für eine „gerechte Sache“ kämpfen wollen: „Wie kann ich hier in Ruhe leben, wenn meine Schwestern und unsere Mütter in Syrien vergewaltigt und unschuldige Kinder ermordet werden!“

- **Bruderschaft:** Die Gemeinschaft der Glaubensbrüder verspricht feste Bindungen und Solidarität und ersetzt nach und nach familiäre Bindungen, ehemalige Freundschaften und soziale Kontakte. Der religiöse Zirkel übernimmt die Rolle der Familie und avanciert zum neuen Bezugsrahmen in der Lebenswirklichkeit der Gläubigen, die für Eltern und andere Bezugspersonen nicht mehr erreichbar sind.

Schritte zur Prävention

Konfessionsgebundener Religionsunterricht für muslimische Schüler ist ein bedeutsamer Schritt in der schulischen Präventionsarbeit. Die Auseinandersetzung mit dem Erwachsenwerden und möglichen Lebensentwürfen, mit Geschlechterkonstruktionen, Sexualität und Partnerschaft müssen fester Bestandteil einer kultursensiblen Bildungs- und Erziehungsarbeit werden.

Lehrkräfte müssen bereits während des Studiums für ihr eigenes Selbst- und Weltbild sensibilisiert werden. Dazu gehört die Institutionalisierung einer Pädagogik der Vielfalt in der Lehrerbildung, die postkoloniale und postnationalsozialistische Perspektiven aufdeckt und Lehrkräfte auf die Schulwirklichkeit vorbereitet. Nur eine **Pädagogik der Anerkennung** kann der emotionalen Befindlichkeit der Lernenden gerecht werden. Nur wenn selbst

erlittene Diskriminierung thematisiert und anerkannt werden kann, besteht die Möglichkeit, Empathie zu entwickeln, die Benachteiligung anderer sozialer Gruppen wahrnehmen zu können und emotionale Blockaden aufgrund von Opferkonkurrenz aufzulösen.

Im schulischen Umgang mit bereits **indoktrinierten Schülern** ist die aufmerksame Zurückhaltung der Lehrkräfte häufig pädagogisch sinnvoller als der Versuch, diese durch Informationen oder moralische Appelle „aufklären“ zu wollen. Sehr schwierig gestaltet sich die Entscheidung, wann pädagogische Arbeit „nicht mehr funktioniert“ und Beratungseinrichtungen oder der Staatsschutz eingeschaltet werden müssen.

Der Kampf gegen den Antisemitismus als Indoktrinierungsideologie zur Rekrutierung gewaltbereiter Islamisten stellt eine besondere gesellschaftliche und pädagogische Herausforderung dar.

Kampf gegen Antisemitismus

Die Verunsicherung vieler Lehrkräfte durch judenfeindliche Äußerungen oder unverhohlenen Antisemitismus, häufig in Form von Verschwörungstheorien, führt oft zu Sprachlosigkeit und Ignoranz. Verantwortung für die Präventionsarbeit tragen nicht nur Lehrkräfte und Sozialpädagogen, sondern ganz besonders auch die Imame und Prediger der Moscheegemeinden. Zur pädagogischen Interventionsarbeit gehört die interreligiöse Bildungsarbeit über die Gemeinsamkeiten und Unterschiede von Judentum, Christentum und Islam ebenso wie die weiterhin dringend notwendige Aufarbeitung des Nationalsozialismus und anderer totalitärer Herr-

schaftsformen. Gerade in Lerngruppen mit heterogener Religionszugehörigkeit und Herkunft muss der Holocaust weiter thematisiert werden. Der Holocaust in seiner Singularität ist Teil der Menschheitsgeschichte und betrifft daher jeden!

Dr. phil. Türkân Kanbıçak

Türkân Kanbıçak ist Lehrerin für Fachpraxis und Ethik an der Franz-Böhm-Berufsschule in Frankfurt und Mitarbeiterin des Pädagogischen Zentrums von Fritz Bauer Institut und Jüdischem Museum (PZ). Über die Bildungsangebote für multiethnische und multireligiöse Lerngruppen informiert die Homepage des PZ (www.pz-ffm.de). Eine Langfassung ihres Artikels und ihren Vortrag bei einer Anhörung im Hessischen Landtag am 16.1.2015 findet man auf der Homepage der GEW Hessen (www.gew-hessen.de > Themen: Islamismus).

(1) Da es sich häufig um ein männliches Problem handelt, wird im Folgenden lediglich die männliche Form verwendet.

(2) Ralf Elger und Friederike Stolleis (Hrsg.): Kleines Islam-Lexikon. Geschichte Alltag Kultur. 5. aktualisierte Auflage. München 2006, S. 284

(3) Bundesministerium des Innern: Lebenswelten junger Muslime in Deutschland. Jena 2011, S. 512 ff. (Download: <https://www.bmi.bund.de> > Suche: Lebenswelten junger Muslime)

(4) Bundesamt für Verfassungsschutz: www.verfassungsschutz.de > Arbeitsfelder > Islamismus und islamistischer Terrorismus

(5) Klaus Bade: Kritik und Gewalt. Sarrazin-Debatte, „Islamkritik“ und Terror in der Einwanderungsgesellschaft. Schwalbach (Taunus) 2013

(6) Die Sunna (gewohnte Handlung, eingeführter Brauch) stellt „in der islamischen Glaubens- und Pflichtenlehre die zweite Quelle religiöser Normen nach dem Koran dar.“ (Elger/Stolleis, a.a.O., S. 305)



„Das ist jetzt unser Pferd!“

Kolonialismus und Genozid am Beispiel Namibia

Namibia ist ein beliebtes Reiseland. Jährlich reisen 80.000 Deutsche in dieses Land, das vor 25 Jahren, am 21. März 1990 unabhängig wurde. Reiseagenturen werben mit der überwältigend schönen Landschaft und mit einer beeindruckenden Flora und Fauna. Nicht zuletzt sind aber auch die „Relikte aus der deutschen Kolonialzeit“ das Ziel standardisierter Reiserouten, und in vielen Reiseführern werden die brutalen Ausmaße der deutschen Kolonialherrschaft allzu oft verharmlost oder ausgeblendet (1). Eine weit verbreitete Verklärung der deutschen Kolonialpraxis tradiert und befördert einen „kolonialen Blick“, der oft unbewusst herabsetzt, hierarchisiert und ausgrenzt.

Eine Reise nach Namibia ist auch eine Reise zu einem dunklen Kapitel deutscher Geschichte. Wer den Blick auf die koloniale Praxis in „Deutsch-Südwestafrika“ richtet, erkennt ihre rassistischen Grundkomponenten und den tiefen Zusammenhang zur späteren rassistischen Politik der Nationalsozialisten: Hier wurde die Vernichtung von

Völkern erstmals nicht nur gedacht, sondern auch in die Tat umgesetzt. Der Genozid an Herero und Nama stellt ein Bindeglied zu den Verbrechen des Nationalsozialismus dar:

„Es ist nicht zuletzt dieser ultimative Tabubruch, der zuerst in Kolonien vollzogen wurde und dann im Holocaust seine radikalste Ausprägung fand, welcher die Genozide miteinander verbindet.“ (2)

Die Einflusszonen in Afrika wurden von den europäischen Kolonialmächten auf der Berliner Kongokonferenz 1884 festgelegt. Um eine reale Kontrolle über Namibia zu gewinnen, wurden zu Beginn der Kolonialisierung einzelne Völker gegeneinander ausgespielt, militärische Eroberungszüge organisiert und – zum Teil unter Vorspiegelung falscher Tatsachen und militärischem Druck – „Schutzverträge“ abgeschlossen, denen sich jedoch einige afrikanische Volksgruppen verweigerten. Eine herausragende Rolle im frühen (und späteren) Widerstand gegen die Eroberung ihres Landes durch das deutsche Kaiserreich spielte der Nama-Kaptein *Hendrik Witbooi*. Im Juli 1892 begründet er seine Weigerung, einen Schutzvertrag mit dem Deutschen Reich abzuschließen, mit den Worten:

„Afrika gehört uns! (...) Der deutsche Kaiser hat in Afrika nichts zu suchen.“ (3)

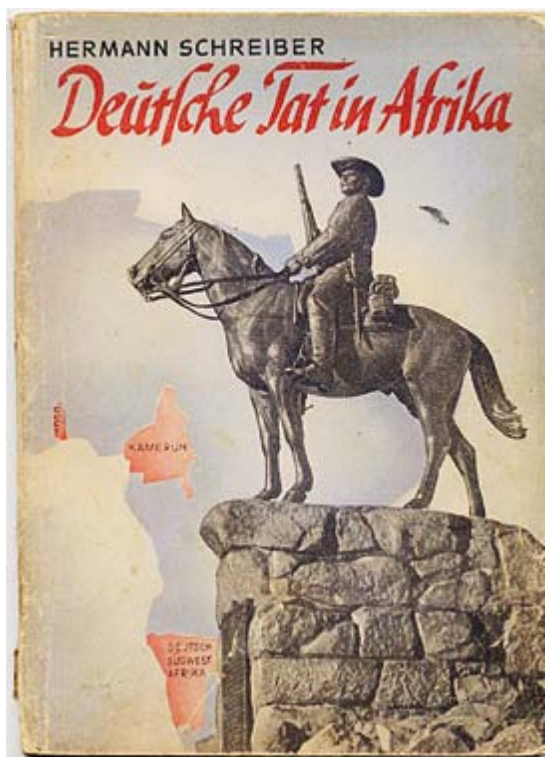
Den sich anschließenden „Krieg“ konnte keine Seite für sich entscheiden. Im September 1894 bot Witbooi dem Gouverneur *Theodor Leutwein* einen „ehrentvollen Waffenstillstand“ an. Im „Schutzvertrag“ erhielten die Witbooi eine gewisse Autonomie und durften ihre Waffen behalten. Der Vertrag hielt zehn Jahre.

In den folgenden Jahren gelang es den Deutschen unter *Theodor Leutwein* große Teile von Süd- und Zentralnamibia mit Schutzverträgen an sich zu binden. Die Zahl der weißen Zivilisten, Arbeiter, Beamte und Siedler, erhöhte sich beständig von 2.628 im Jahr 1897 auf 4.682 im Jahr 1903 (4). Mit der zunehmenden realen Kontrolle der Deutschen über weite Teile des Landes, immer neuen Landansprüchen seitens der Siedlungsgesellschaften und der Planung von Reservaten, die etwa für die

Herero die Aufgabe ihrer besten Weidegründe und Wasserstellen sowie ihres zentralen Ortes *Okahandja* bedeutet hätten, spitzten sich die Interessensgegensätze immer mehr zu. Dazu kamen eine alltägliche Missachtung der Rechte der afrikanischen Bevölkerung, die Prügelstrafe und die offensichtliche Ungleichbehandlung von Deutschen und Afrikanern vor Gericht.

„Rassenkampf“ und Völkermord

Anfang 1904 entschlossen sich die Herero, den Widerstand gegen die deutschen Eindringlinge aufzunehmen. Die deutsche Seite geriet zunächst in die Defensive. Im Mai 1904 löste Generalleutnant *Lothar von Trotha* *Theodor Leutwein* als Oberbefehlshaber in „Deutsch-Südwestafrika“ ab. Für Trotha war der Kolonialkrieg ein „Rassenkampf“, der nicht nach den Gesetzen der Genfer Konvention geführt werden könne. Er müsse „mit krassem Terrorismus und selbst mit Grausamkeit“ geführt werden, sein Ziel sei „die Vernichtung oder vollständige Knechtung“ des Gegners. Die am Waterberg versammelten Herero versuchten sich dem deutschen Angriff durch Flucht in die *Omaheke-Wüste* zu entziehen. Von Trotha ließ die Wüste absperren und alle Wasserstellen besetzen. Wer zurück wollte, wurde erschossen. Nur wenige von denen, die sich für den Weg durch die Wüste entschieden, kamen in *Botswana* an. Am 8. Dezember 1904 wurde auf Anweisung aus Berlin von Trotha Einhaltung geboten. Von da an gefangene Herero wurden in Konzentrationslagern (der Begriff wurde schon damals verwendet) interniert. Sie mussten unter menschenunwürdigen Bedingungen u.a. beim Bau von Eisenbahnlinien arbeiten. Dabei fanden die meisten den Tod. Im Herbst 1904 kündigten die Witbooi-Nama den „Schutzvertrag“ und schlossen sich dem Krieg an. Sie kämpften in kleinen Guerillagruppen und konnten ihren Widerstand bis 1908 durchhalten. Nach dem Tod Witboois im Oktober 1905 wurde *Jakob Maren-go* zur herausragenden Person des Widerstandes (5).



„Sie haben den Tod verdient.“

Mit dem Ende der Kämpfe stabilisierte sich die deutsche Kolonialverwaltung. Es wurde eine Polizeizone definiert, innerhalb derer das deutsche Recht galt und durchgesetzt wurde. Der nördliche Verlauf der Polizeizonegrenze ist heute noch in Teilen identisch mit der Veterinärgränze, die den Norden Namibias vom Süden trennt. Bereits 1905 wurde ein Verbot der Mischehe erlassen, da sie den Anspruch der weißen Kolonialherrschaft gefährde. Ab 1907 durften „Eingeborene“ innerhalb der Polizeizone weder Land noch Rinder besitzen und es bestand „Arbeitspflicht“. Sie mussten eine Erkennungsmarke um den Hals tragen und durften sich nicht frei innerhalb der Polizeizone bewegen. Herero und Nama waren ihrer ökonomischen und kulturellen Basis beraubt. Die Kolonie „Deutsch-Südwestafrika“ wurde Experimentierfeld für eine nach Rassekriterien organisierte Gesellschaft.

Der rassistisch motivierte Wille zur Vernichtung des Gegners wurde von einem nicht unerheblichen Teil der deutschen Bevölkerung im Kaiserreich geteilt. Schriftsteller wie *Gustav Frenssen*, ein beliebter Autor der Kaiserzeit, unterstützten diese Haltung. In seinem Buch „Peter Moors Fahrt nach Südwest“ lässt er einen Oberleutnant der Schutztruppe die Ermordung eines Herero als vorbildliche Tat feiern:

„Sicher ist sicher. Der kann kein Gewehr mehr gegen uns heben und keine Kinder mehr zeugen, die gegen uns kämpfen; der Streit um Südafrika, ob es den Germanen gehören soll oder den Schwarzen, wird noch hart werden. (...) Diese Schwarzen haben vor Gott und den Menschen den Tod verdient, nicht weil sie die zweihundert Farmer ermordet haben und gegen uns aufgestanden sind, sondern weil sie keine Häuser gebaut und keine Brunnen gegraben haben.“ (6)

Gustav Frenssens Werke gehörten zur Massenliteratur des Kaiserreichs und der NS-Zeit. „Peter Moors Fahrt nach Südwest“ erlebte eine Auflage von mehreren Hunderttausend und war insbesondere während der NS-Zeit als Schulliteratur weit verbreitet. Die hohe Popularität dieses Buches steht exemplarisch für viele andere, die während der Zeit der Weimarer Republik und in der NS-Zeit den „Kolonialgedanken“ hoch hielten und rassistisch unterlegten Kriegserinnerungen einen Platz im Gedächtnis vieler Deutscher dieser Zeit verschafften.

Unabhängigkeit vor 25 Jahren

Initiiert durch das Gouvernement in Windhoek und das Kommando der Schutztruppe für Deutsch-Südwestafrika finanzierte die deutsche Siedlergesellschaft zur Feier des „Sieges“ ein Reiterdenkmal, das am 27. Januar 1912, am Geburtstag des Kaisers, in Windhoek eingeweiht wurde. Eine Gedenktafel im Sockel erinnerte an die deutschen militärischen und zivilen Opfer des Krieges. Bei der Einweihungsfeier brachte Gouverneur *Theodor Seitz* die Botschaft auf den Punkt:

„Der eiserne Reiter der Schutztruppe, der von dieser Stelle aus in das Land blickt, verkündet der Welt, dass wir hier die Herren sind und bleiben werden.“ (7)

Doch schon im Juli 1915 endete die deutsche Kolonialherrschaft in Südwestafrika. Das Reiterdenkmal und der deutsche Soldatenfriedhof am Waterberg waren in der Folgezeit wichtige Orte für die Hoffnung der verbliebenen deutschen Gemeinde, dass der „mit deutschem Blute getränkte Boden“ wieder deutsch werde.

Dementsprechend groß war die Afinität der „Südwest-Deutschen“ zum Nationalsozialismus, beflügelten doch dessen Herrenmenschenideologie und Großmachtstreben die alten Kolonialräume. In der Nazizeit stand das Reiterdenkmal symbolisch für den Anspruch, die verlorenen Kolonien zurückzuerobern, und zierte Buchtitel wie „Deutsches Land in Afrika“, „Kampf um Raum und Brot“ oder „Deutsche Tat in Afrika“.

Nach der Unabhängigkeit Namibias begann eine Diskussion um die Zukunft des Denkmals, die man auf der Website „Freiburg Postkolonial“ nachvollziehen kann (8). Von afrikanischer Seite wurde gefordert, „die im öffentlichen Raum bestehende einseitige, nur die Geschichte der Weißen berücksichtigende Erinnerungskultur zu revidieren“. Doch erst im August 2009 wurde das Reiterdenkmal demontiert. An seiner Stelle befindet sich heute weit hin sichtbar das *Independence Memorial Museum*. Für kurze Zeit (2010–2013) fand das Reiterdenkmal einen Platz vor der Alten Feste. Von dort wurde es in den Innenhof des zurzeit nicht öffentlich zugänglichen Gebäudes gehievt. Im Sommer 2014 besuchte ich mit einer lea-Reisegruppe das Museum. Dabei ermöglichte uns der Kurator *Robert Kudomo* einen Blick in den Innenhof der Alten Feste. Der Anblick des Reiters lös-



te eine Diskussion darüber aus, was mit ihm geschehen könnte. Herr Kudomo hörte eine Weile zu und kommentierte dann unsere Diskussion: „Das ist jetzt unser Pferd!“ Recht hat er.

Bernd Heyl

(1) Magda Wystub: *Kolonialismus – Rassismus – Ferntourismus*, Berlin 2009, S. 121

(2) Jürgen Zimmerer, Joachim Zeller (Hrsg.): *Völkermord in Deutsch-Südwestafrika. Der Kolonialkrieg 1904–1908 in Namibia und seine Folgen*. Berlin 2003, S. 62

(3) zitiert nach Klaus Dierks: *Chronologie der Geschichte Namibias*, Windhoek/Namibia 2003, S. 83/84

(4) Susanne Kuß: *Der Herero-Deutsche Krieg und das deutsche Militär: Kriegsursachen und Kriegsverlauf*. In: Förster, Larissa u.a.: *Namibia – Deutschland. Eine geteilte Geschichte*, Köln 2004, S. 65

(5) *An ihn und an den Krieg der Nama gegen die Deutschen erinnert auch das Buch „Morenga“* von Uwe Timm.

(6) Gustav Frenssen: *Peter Moors Fahrt nach Südwest*, Reprint Windhoek 1998, S.124. Zum zeithistorischen Kontext des Buchs siehe auch Medardus Brehl: „Diese Schwarzen haben vor Gott und den Menschen den Tod verdient.“ In: Fritz Bauer Institut (Hg.): *Völkermord und Kriegsverbrechen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts*, Frankfurt 2004

(7) Joachim Zeller: *Kolonialkrieg und Denkmal*, in Larissa Förster u.a.: *Namibia – Deutschland. Eine geteilte Geschichte*, Köln 2004, S. 126

(8) www.freiburg-postkolonial.de/Seiten/Zeller-Reiterdenkmal-1912.htm



Zunehmende Verhunzung

Zum Wandel der pädagogischen Fachsprache

Es sind eben Zufälle. Nachmittags in einem Frankfurter Café. Nur noch ein Platz ist an einem kleinen Tisch frei. Ich frage die junge Frau, die Notizen in ihren Schreibblock einträgt, ob ich mich zu ihr setzen könne. Kein Problem. Bei Kaffee und Kuchen kommen wir schnell ins Gespräch, vor allem über Berufliches. Sie ist Referendarin. Missmutig ist sie. Sie steht unter Stress. Denn nächste Woche muss sie ein Referat über Classroom-Management im Modul MEBB halten. Die Abkürzung spricht sie so selbstverständlich aus, wie Mediziner lateinische Begriffe als Fachsprache ihren Patientinnen und Patienten gegenüber verwenden. Und diese sind, wie bekannt, meist überfordert, verstehen in der Regel nichts, vertrauen dennoch

dem Arzt trotz Asymmetrie im Umgang mit den Sprachen. Meine Tischnachbarin weiß mittlerweile, dass ich einige Jahrzehnte in der Lehrerbildung tätig war. Sie unterstellt, dass ich Bescheid weiß, was sich hinter dem Classroom-Management umfassend verbirgt, was eine Lehrkraft alles beherrschen muss, um eine Klasse effizient zu führen. Dies sei der theoretische, aber auch ziemlich wirklichkeitsfremde Anspruch ihrer Ausbilderin, meint die Referendarin. Sie geht zudem davon aus, dass ich MEBB als Modul Erziehen, Beraten, Betreuen decodieren kann. Dort sei Classroom-Management ein wichtiger Inhalt. Der weitere Verlauf des Gesprächs darf erfahrungsgemäß als bekannt unterstellt werden: das Referendariat von A bis Z.

Seit die OECD zu Beginn der 1990er Jahre die Ökonomisierung des Bildungssektors gedanklich und strategisch in die Wege leitete, können folgende Entwicklungen auch in der Sprache wahrgenommen werden:

- Ökonomisches Vokabular hat Eingang in den Bildungsbereich genommen.
- Die Begriffe stammen häufig aus dem angloamerikanischen Sprachraum, nicht selten mit Wörtern und Struktur aus dem „Denglischen“.
- In Plänen, Vorhaben oder Projekten hat sich eine nicht mehr zu überschaubare Flut von Abkürzungen, selten auf Anhieb zu entschlüsseln, etabliert.

Fasst man diese drei Entwicklungen zusammen, so ergibt sich ein beachtenswertes und zugleich ziemlich problematisches Fazit. Meist verstehen sich nur noch die Verfasser dieser Texte und die Mitarbeiter in diesen Gruppen untereinander. Die Gespräche mit Außenstehenden – das können Kolleginnen und Kollegen in anderen Fachbereichen oder Schulformen und -arten, ebenso Eltern sein – werden infolgedessen ziemlich erschwert. Bisweilen erfordern sie verstärkt Nachfragen, sodass die Lust und das Interesse am Gespräch durchaus abnehmen.

Bedenkenlos und ohne Not

Angesichts der Globalisierung der Wirtschaft unter der US-Hegemonie, wodurch das Englische zunehmend zur *Lingua franca* wird, unterliegt zwangsläufig auch die deutsche Sprache einem Wandel. Es geht keineswegs um Deutschtümelei oder einen lächerlichen Sprachpurismus. Gegen sparsamen Um-

gang spricht keinesfalls, wenn Wörter wie beispielsweise *City* und *Computer* alternativ zu *Innenstadt* und *Rechner* oder *Shareholder Value* oder *Win-win-Situation* Einzug in unseren Alltag gehalten haben.

Anders verhält es sich jedoch, wenn recht bedenkenlos und ohne Not englisches Vokabular vor allem in Schule und Lehrkräftebildung aufgenommen wird. Offensichtlich will man nicht als rückständig oder konservativ gelten, sondern sich als modern gerieren. Die Bildungsverwaltung, insbesondere das aufgelöste Amt für Lehrerbildung (AFL), verblüffte immer wieder mit Begriffen, die vor allem der Betriebswirtschaftslehre entstammen.

Womit wir uns rumschlagen müssen, sind Begriffe, die zweifelsfrei wirtschaftlichen Sachverhalten zuzuordnen sind (Wiedergabe in der deutschen Übersetzung). Dazu eine kleine Auswahl von Beispielen:

- *Balanced Scorecard* (BSC; Berichtsverfahren mit Kennzahlen zur Messung, Dokumentation und Steuerung der Aktivitäten eines Unternehmens)
- *Best Practice* (bestes Praxisverfahren, optimaler Geschäftsablauf)
- *Change Management* (laufende Anpassung von Unternehmensstrategien und -strukturen an veränderte Rahmenbedingungen)
- *Input-Output-Verhältnis* (ursprünglich Kosten-Nutzen-Verhältnis/-Effizienz)
- *Qualitätsmanagement* (QM, auch *Total Quality Management/TQM*; organisatorische Maßnahmen zur Verbesserung der Prozessqualität, der Leistungen und der Produkte aller Art)

- *Shadowing* (Begleitung einer Führungskraft durch einen Coach im beruflichen Alltag zur Verbesserung der individuellen Leistung)

- *Time Management* (Zeitmanagement; Tat oder Prozess der Planung und Auswertung mit bewusster Kontrolle über die Zeit zur Erhöhung von Effektivität, Effizienz und Produktivität)

Anzumerken bleibt, dass die erhebliche Zunahme dieser Begriffe aus der angloamerikanischen Wirtschaftssprache ziemlich zeitgleich einsetzte, als Hessens damaliger Ministerpräsident *Roland Koch* (CDU) damit begann, die Verwaltung des Landes und infolgedessen auch die Schul- und Bildungsverwaltung – folglich auch die Schulen – betriebswirtschaftlichen Zielvorstellungen anzupassen und sie zu modernisieren.

Kryptische Abkürzungen

Wer ist schon davor gefeit: Man ist mitten in einer pädagogischen Diskussion, als ein Experte, um seine angeblichen Fachkenntnisse zu untermauern, plötzlich das Gespräch mit mehreren Abkürzungen überzieht. Erfahrungsgemäß dürften einigen Gesprächsteilnehmerinnen und -teilnehmern die Abkürzungen fremd oder neu sein. Nur gelegentlich wird nachgefragt. Denn wer will sich schon die Blöße geben, nicht *à jour* zu sein. Es kann passieren, dass bei einer Diskussion durchgehend mit Abkürzungen hantiert wird, und nur eine Minderheit den ihnen zugrundeliegenden Begriff oder Sachverhalt kennt. Mittlerweile gehören Abkürzungen im Schul- und Lehrerbildungsbereich, nicht selten

dem Angloamerikanischen entlehnt, zum Alltag. Daher ein Gang durch die hessische „Bildungslandschaft“ mit dem dahinter stehenden Begriff oder Sachverhalt in Klammern:

Wer das Referendariat beginnt, wird als *LiV* (Lehrkraft im Vorbereitungsdienst) begrüßt. Der Vorteil dieser Abkürzung liegt darin, dass beide Geschlechter, in Singular und Plural, und alle Lehrämter, Lehrbefähigungen und sonstigen Ausbildungsformen darunter subsummiert werden. Die Module in der pädagogischen Ausbildung wurden inzwischen zwar stark reduziert, gleichwohl sind nicht nur für *LiV* die meisten Abkürzungen verwirrend. Nur drei Beispiele: *ME-THI* (Modul Unterrichten im Unterrichtsfach Ethik/Philosophie), *MUAF* (Modul Unterrichten in arbeitstechnischen Fächern) oder *MDFB* (Modul Diagnostizieren, Fördern, Beurteilen). Mittlerweile schreiben *LiV* in ihren Unterrichtsentwürfen für die Unterrichtsbesuche von „ihren *SuS*“ (Schülerinnen und Schüler). Das ist bestenfalls ein wenig platzsparend. Das Amt für Lehrerbildung (*AfL*) verlieh *LiV*, Studentinnen und Studenten für hervorragende Prüfungsleistungen den Förderpreis *KUSS* (Kompetenz in Universität, Seminar und Schule).

Sehr weit fortgeschritten sind die durch Technik und Verwaltung bestimmten und auf das Funktionieren gerichteten, also technokratischen Abkürzungen an den beruflichen Schulen. Selbst Lehrkräfte der allgemeinbildenden Schulen kennen nur einige davon. Die Schulformen und weitere Bezeichnungen im System der berufsbildenden Schulen werden sehr häufig mit Abkürzungen kommuniziert. Beispiele: *BFS* (Berufsfachschule), *BG* (Berufliches Gymnasium), *BGJ* (Berufsgrundbildungsjahr), *BVJ* (Bildungsgänge zur Berufsvorbereitung, Berufsvorbereitungsjahr), *EIBE-Klassen* (ehemaliges Programm zur Eingliederung in die Berufs- und Arbeitswelt), *FOS* (Fachoberschule), *FS* (Fachschule), *QuABB* (Qualifizierte berufspädagogische Ausbildungsbegleitung in Berufsschule und Betrieb), *SBS* (Selbstständige Berufliche Schulen), *SchuB-Klassen* (Lernen und Arbeiten in Schule und Betrieb; durchgeführt an Hauptschulen in Kooperation mit beruflichen Schulen).

Bekannte Abkürzungen für Lehrerverhalten und Unterrichtsmethodik sind *NLP* (Neuro-linguistisches



Programmieren) oder *SOL* (Selbstorganisiertes Lernen). Ihre Halbwertszeiten für den schulischen Gebrauch haben sich als recht kurz erwiesen. Die Abkürzungen für die Schulorganisation und Schulverwaltung erweisen sich offenkundig als hartleibiger, was möglicherweise auch damit zusammenhängt, dass diese besser in die elektronischen Systeme (EXCEL-Tabellen) „eingepflegt“ werden können. Aber nur die wenigsten hessischen Lehrkräfte kennen diese, haben sie doch wenige konkrete Verknüpfungspunkte mit ihrem eigenen Schulalltag. Auch hier eine kleine Auswahl. *BEM* (Betriebliche Eingliederungsmaßnahme), *BISS* (Bildung durch Sprache und Schrift), *FiF* (Frauen in Führungspositionen), *HRS* (Hessischer Referenzrahmen Schulqualität), *OloV* (Optimierung der lokalen Vermittlungsarbeit bei der Schaffung und Besetzung von Ausbildungsplätzen in Hessen), *QEE* (Qualitätsentwicklung durch Evaluation an *SBS*), *Q2E* (Qualität durch Evaluation und Entwicklung), *SES* (Selbstständige Allgemeinbildende Schulen). Wer gerade dabei ist, sich die Abkürzung *LSA* für Landesschulamt und Lehrkräfteakademie einzuprägen, darf getrost *LSA* für die künftige Nutzung tilgen. Bekanntermaßen wird das *LSA* liquidiert und soll durch die neue Lehrkräfteakademie ersetzt werden. Die Abkürzung ist noch offen.

Sprachmüll und Plastikwörter

Nicht wenige Menschen, auch in der GEW, sprechen in derartigen Kontexten von „Sprachmüll“ und „Plastikwörtern“. Doch das Motto „Problem erkannt, Gefahr gebannt“ wirkt zunehmend weniger, weil die neuen Begriffe allmählich auch in die „Bildungswelt“ eingezogen sind. Schülerinnen und Schüler werden zu Kunden, obgleich sie das Produkt Unterricht/Schule weder wählen noch kaufen können. Leiterinnen und Leiter von Schulen werden zu Führungskräften, die mit Visionen vertraut sind (*Leadership*). Für die „Führungskräfteentwicklung“ waren das *AfL* und das *LSA* zuständig, die auch „Führungskonferenzen“ für den „obersten Führungskreis“ organisierten. Diese Begriffe erinnern doch sehr an die schlimmsten Zeiten in der deutschen Geschichte. Keine Nachdenklichkeit. Doch auch die „normalen“ Lehrkräfte gehen mitunter wenig reflexionsbezogen im Unterrichtsalltag mit Wörtern um, offenbar ohne zu erkennen, dass damit ein Bedeutungswandel vollzogen wird. Ein Klassiker: Der Begriff „Gruppenarbeit“ wird durch „Teamarbeit“ ersetzt.

Können wir diesen Prozess einer selbst verschuldeten „inhaltlichen Entleerung“ der pädagogischen Sprache überhaupt noch anhalten? Sicherlich dann, wenn wir – am besten gemeinsam – wieder verstärkt auch über unsere Fachsprache reflektieren.

Joachim Euler

Im Gespräch mit Reinhard Besse



Auf der Landesdelegiertenversammlung der GEW wurde Kollege Reinhard Besse im November 2014 zum neuen Leiter der Landesrechtsstelle gewählt. Das Gespräch führte Andreas Skorka.

HLZ: Reinhard, nachdem Hartwig Schröder in den Ruhestand ging, übernahm Birgit Koch als damalige stellvertretende Landesvorsitzende der GEW Hessen Übergangsweise die Leitung der Landesrechtsstelle. Was hat dich bewogen, für diese ehrenamtliche Funktion zu kandidieren?

Besse: Ich habe schon immer großes Interesse an rechtspolitischen und juristischen Fragestellungen, auch wenn ich kein Jurist bin. In meiner Tätigkeit als Rechtsberater für den Bezirk Nordhessen habe ich erfahren, dass die Rechtsberatung vor Ort ohne die Kompetenz der Landesrechtsstelle unmöglich wäre.

HLZ: Hast du dafür ein paar Beispiele?

Besse: Seit jeher erarbeitet die Landesrechtsstelle eine Vielzahl von Informationspapieren zu allen rechtlichen Fragen, die Schulen und Beschäftigte betreffen. Darauf können wir auf der Webseite der GEW zurückgreifen – genau so wie alle Mitglieder der GEW Hessen. Weiterhin haben die Rechtsberaterinnen und Rechtsberater die Möglichkeit, in schwierigen Angelegenheiten mit Annette Loycke und Kathrin Kummer, unseren beiden Juristinnen, zu sprechen oder schwierige Anfragen und Rechtsschutzfälle gleich an die Landesrechtsstelle abzugeben.

HLZ: Du bleibst weiter im Rechtsberatungsteam Nordhessen, verknüpfst also

die Rechtsberatung und die Arbeit der Landesrechtsstelle.

Besse: Ich sitze in meinem neuen Amt an der Schnittstelle zu verschiedenen Gremien der GEW, vorrangig zum Landesvorstand, zum Geschäftsführenden Landesvorstand und zur Bundesrechtsstelle, aber eben auch zur Rechtsberatung vor Ort. Die will ich unbedingt weiter machen, weil sie ein wichtiges Element der Mitgliedergewinnung und für den Erhalt von Mitgliedschaften ist, aber auch, weil sie oft – aber beileibe nicht immer – Spaß macht. Nicht jeder tritt aus gewerkschafts- oder bildungspolitischen Interesse der GEW bei.

HLZ: Was ist das Politische an der Tätigkeit?

Besse: Die Landesrechtsstelle ist daran beteiligt, neues Recht zu schaffen und neue Wege in der Rechtsprechung zu etablieren. Durch unsere Klagen konnten viele befristete Arbeitsverhältnisse entfristet werden. Auch beim Versorgungsrecht, das auf Grund der hohen Zahl älterer Lehrkräfte nicht unwichtig ist, konnten Erfolge vor deutschen Gerichten und vor dem Europäischen Gerichtshof erzielt werden – bis hin zur Umsetzung in nationales Recht. Das sehe ich als hoch politisch an. Und dann möchte ich noch die anhängigen Verfahren gegen das Streikverbot für Beamtinnen und Beamte erwähnen.

HLZ: Es lässt sich aber doch nicht alles juristisch lösen?

Besse: Nein, natürlich nicht. Die GEW muss oft diskutieren, ob eine juristische

oder eine politische Vorgehensweise angebracht ist, welche Strategie voraussichtlich den höheren Wirkungsgrad haben wird. Daran bin ich jetzt verstärkt beteiligt, und darauf freue ich mich. Eine wichtige politische Aufgabe ist die Vorbereitung der nächsten Personalratswahlen im Mai 2016. Wir haben dazu eine Arbeitsgruppe gebildet und mit der Arbeit an verschiedenen Broschüren begonnen. Dazu gehören eine Neuauflage des beliebten Heftes „Arbeitsplatz Schule“ und des „Wahlhandbuchs“, das den Wahlvorständen die Tücken der Wahlordnung erklären wird, so dass die Wahlen in jeder Schule korrekt durchgeführt werden können. Erstmals wird es eine Broschüre für Schulpersonalräte geben, für deren Erarbeitung ich federführend bin.

HLZ: Nun zu deiner Person. Du bist Lehrer für die Fächer Wirtschaft und Spanisch...

Besse: ...und zwar seit 1988. Studiert habe ich die Fächer in Göttingen und Granada in Spanien, mein Referendariat habe ich in Osnabrück gemacht...

HLZ: ...und blickst auf 20 Jahre in der GEW und der Personalratsarbeit zurück...

Besse: 1995 wurde ich erstmalig in den Gesamtpersonalrat Kassel gewählt, seit 2009 bin ich im Team mit Birgit Koch dessen Vorsitzender. Ebenfalls in diesem Jahr habe ich die Leitung des Schulungsteams Nord für schulische Personalräte übernommen, nachdem ich vorher schon etwa zehn Jahre in diesem Team gearbeitet hatte. Diese Lehrgänge sind ganz wichtig für die Verknüpfung der Arbeit des Gesamtpersonalrats mit den Schulpersonalräten, sie machen mir auch viel Freude. Seit 20 Jahren bin ich einer der Kreisvorsitzenden der GEW Kassel-Stadt und dort auch seit langem Kassierer. Seit elf Jahren bin ich Bezirksrechtsberater und betreue die Webseite www.fortbildung-personalraete.de.

HLZ: Und was dürfen die GEW-Mitglieder an Privatem von dir wissen?

Besse: Ich organisiere Fortbildungen für Spanisch-Lehrkräfte und Spanisch-Lernende in Málaga (www.fortbildung-spanisch.de) und www.lea-bildung.de) und bin im Vorstand der Deutsch-Spanischen Gesellschaft Nordhessen.

HLZ: Ganz herzlichen Dank, Reinhard, und viel Erfolg in deinem neuen Amt.

Zurück in die Kreidezeit?

Urheberrechtsprobleme für Studienseminare

Gegenwärtig erhalten die Leitungen der hessischen Studienseminare vom Landesschulamt (LSA) die Anweisung, darauf zu dringen, dass die Ausbilderinnen und Ausbilder aus den geschlossenen Bereichen auf dem hessischen Bildungsserver urheberrechtlich geschütztes Material entfernen, um – zum Teil empfindlichen – Schadensersatzforderungen von Anwälten zu entgehen, die auch auf der Homepage von Studienseminaren nach geschützten Dokumenten suchen. Zudem müsse das Land in derartigen Fällen in der Regel eine strafbewehrte Unterlassungserklärung abgeben und sich verpflichten, für jeden künftigen Verstoß eine Vertragsstrafe zu bezahlen.

Hintergrund ist die Tatsache, dass der Gesamtvertrag zur Vergütung von Ansprüchen nach § 52 a des Gesetzes über Urheberrecht und verwand-

te Schutzrechte (Urheberrechtsgesetz/ UrhG) nur für Schulen, nicht aber für Studienseminare gilt.

Danach ist die Ausbildung mithilfe digitaler Medien und geschlossener Arbeitsbereiche nur noch sehr eingeschränkt möglich. Materialien, die in Ausbildungsveranstaltungen im Hinblick auf deren didaktische Nutzbarkeit und den Unterrichtseinsatz untersucht werden sollen, dürfen nicht mehr mithilfe von Smartboards bzw. Beamer und Laptop der Seminargruppe zugänglich gemacht werden. Aus den geschlossenen Arbeitsbereichen auf dem Hessischen Bildungsserver müssen wertvolle, mit viel Mühe gesammelte und hergestellte Materialien entfernt werden.

Dringender Handlungsbedarf

Das neue Medienkompetenzportfolio des LSA soll zukünftig sicherstellen, dass in allen Phasen der Lehrerbildung Wissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten im Umgang mit digitalen Medien und ihrer kritischen Nutzung erworben werden. Wie ist dies künftig möglich, wenn diese Medien in der Lehrerbildung kaum mehr eingesetzt werden dürfen, ohne in Regress genommen zu werden?

Das Hessische Kultusministerium (HKM) muss so schnell wie möglich in Verhandlungen mit den Verwertungsgesellschaften treten und erreichen, dass die Studienseminare in den Gesamtvertrag aufgenommen werden. Völlig illusorisch ist der Vorschlag des Landesschulamts, dass die Ausbilderinnen und Ausbilder vor der Nutzung von urheberrechtlich geschütztem Material mit den Verwertungsgesellschaften „eine ausdrückliche Vereinbarung über die Vergütungshöhe abschließen“ und dazu vorher die Zustimmung der Seminarleitung einholen. Diese müssten dann auch noch prüfen, ob das Budget für die Zahlung der Verwertungsgebühr vorhanden ist.

Es besteht dringender Handlungsbedarf, wenn es dem Hessischen Kultusministerium ernst ist mit dem Ziel der Medienbildung der Lehrkräfte.

Franziska Conrad

Beamtenversorgung

Seit 1. März 2014 gilt in Hessen ein neues Beamtenversorgungsgesetz. Danach ist eine Tätigkeit als Lehrkraft vor Beginn des Beamtenverhältnisses nur dann ruhegehaltfähig, wenn zu dieser Zeit bereits die volle Lehrbefähigung vorlag. Bei Lehrkräften, die seit dem 1. März 2014 in den Ruhestand versetzt wurden und bereits am 1.1.1992 im Beamtenverhältnis standen, gilt diese Regelung jedoch in Anwendung eines Urteils des Bundesverwaltungsgerichts vom 20.8.2014 (2 B 49.14) nicht. Betroffene, deren „Lehrauftrag ohne Lehramt“ nicht anerkannt wurde, können sich mit dem Regierungspräsidium oder mit der Landesrechtsstelle der GEW in Verbindung setzen. Die Klagefrist von einem Jahr gegen den Versorgungsbescheid ist zu beachten.

Mindestlohn in der Weiterbildung

Am 27. Januar 2015 einigten sich GEW und ver.di mit der Zweckgemeinschaft des Bildungsverbandes über einen neuen Mindestlohn für die pädagogischen Beschäftigten in Weiterbildungsunternehmen. Er wird in Westdeutschland und Berlin ab dem 1. Januar 2016 um 65 Cent auf 14 Euro und ab dem 1. Januar 2017 auf 14,60 Euro erhöht.

Deutscher Personalrätepreis

Die Bewerbungsfrist für den Deutschen Personalrätepreis 2015 läuft noch bis zum 31. Mai 2015. Der Preis ist eine Initiative der Fachzeitschrift „Der Personalrat“ und wird gemeinsam vom Bund-Verlag und der HUK-COBURG verliehen. Im Fokus stehen Wertschätzung und Anerkennung über vielen „stillen“ Gremien, die sich klug und kreativ für die Beschäftigten stark machen. Zugelassen sind einzelne Personalratsmitglieder, Personalratsgremien und Arbeitsgruppen, dienststellenübergreifende Personalratskooperationen und Jugend- und Auszubildendenvertretungen. Eingereicht werden können Initiativen und Projekte aus den Jahren 2013 bis 2015, die zur Verbesserung von Arbeitsbedingungen der Beschäftigten oder der sozialen Rahmenbedingungen beigetragen haben.

• Weitere Infos, Bewerbungsunterlagen und Kontaktadressen unter www.dprp.de

Was dürfen die Schulen?

Ein Gesamtvertrag der Bundesländer mit den Verwertungsgesellschaften zur Vergütung von Ansprüchen nach § 52a UrhG regelt die Abgeltung der Urheberrechte für das öffentliche Zugänglichmachen von Werken oder Werkteilen „zur Veranschaulichung für Zwecke des Unterrichts“ an den Schulen. Zulässig ist danach die Verwendung und Speicherung von kleinen Teilen eines Werks (maximal 12%, bei Filmen nicht mehr als fünf Minuten), 25% eines Druckwerks (jedoch nicht mehr als 100 Seiten) und Werken geringen Umfangs (maximal 25 Seiten, Filme von maximal fünf Minuten Länge), maximal fünf Minuten eines Musikstücks sowie allen vollständigen Bildern, Fotos und sonstigen Abbildungen. Dafür zahlen die Bundesländer an die VG Wort für die Zeit vom 1. August 2013 bis 31. Juli 2017 einen pauschalen Betrag von 2.240.000 Euro. Ein weiterer Gesamtvertrag regelt digitale Vervielfältigungen an Schulen. Den entsprechenden Erlass des HKM vom 31. 1. 2013 findet man auf der Homepage <https://kultusministerium.hessen.de> > Schule > Schulrecht > Lernmittelfreiheit

Wir gratulieren im März ...

... zur 40-jährigen Mitgliedschaft:

Sylvia Andres, Hanau
 Wilfried Bachmann, Wildeck
 Helmut Beutler, Kassel
 Helmut Bickel, Marburg
 Ute Blindenhöfer, Oberursel
 Eva Diel, Frankfurt
 Ingrid Eckert, Groß-Gerau
 Rosemarie Fischer-Beier,
 Groß-Umstadt
 Barbara Götz, Biedenkopf
 Sieglinde Gundlach,
 Bad Sooden-Allendorf
 Gerhard Hamm, Büttelborn
 Holger Heimann, Heidelberg
 Marlen Hesse, Frankfurt
 Uta Itzerott, Frankfurt
 Dr. Gudrun Jäger, Frankfurt
 Klaus Kühne, Langgöns
 Peter Neumaier, Wiesbaden
 Regina Panytsch, Bad Nauheim
 Siegfried Pareik, Frankfurt
 Horst Raatz, Darmstadt
 Edwin Rabenau, Rabenau
 Karlheinz Reuber,
 Breitenbach-Hatterode
 Wolfgang Richter, Linsengericht
 Birgit Röse-Berthel, Michelstadt
 Inge Rosenthal, Heringen
 Rita Sauter, Bensheim
 Hermann Schäfer, Biedenkopf
 Dr. Irmtraud Schnell, Saarbrücken
 Edith Schulze, Rüsselsheim

Regine Schütz, Frankfurt
 Walter Schwenk, Ober-Ramstadt
 Wolfgang Stiebritz, Kassel
 Manfred Stracke, Herborn
 Albert Vock, Heppenheim
 Karlheinz Vogt, Usingen
 Regina Wagner-Preusse, Marburg
 Herbert Weissenstein, Vellmar
 Gabriele Winter, Karben
 Engelbert Wrede, Frankfurt

... zur 50-jährigen Mitgliedschaft:

Wolfgang Henß, Gießen
 Bernd Hiddemann,
 Meinhard-Grebendorf
 Karl Heinz Schneider, Biedenkopf
 Ursula Schochardt, Bad Wildungen
 Sigrid Sollmann, Bensheim

... zur 55-jährigen Mitgliedschaft:

Winfried Neumeyer, Schlüchtern
 Karl-Ernst Selbmann,
 Grebenhain-Ilbeshausen

... zur 60-jährigen Mitgliedschaft:

Ilse Deutschmann, Burghaun

... zur 65-jährigen Mitgliedschaft:

Ludwig Mück, Schwalmstadt

... zum 75. Geburtstag:

Friedrich Beyer, Wiesbaden
 Gernot Christl, Neuberg

Klaus Dürr, Kelsterbach
 Helga Dusse, Mörfelden-Walldorf
 Dr. Uta Enders-Drägässer, Frankfurt
 Wilfried Fiebig, Frankfurt
 Armin Friede, Hofgeismar
 Wilfried Gottmann, Korbach
 Heinz Haack, Rotenburg
 Jürgen Heim, Langenselbold
 Herbert Langlotz, Kriftel
 Heidi Nickel, Merenberg
 Helmut Nowotny, Seeheim-Jugenheim
 Wilfried Paeschke, Solms
 Walter Roth, Schauenburg
 Elke Schellenberg, Gießen
 Karl Schnatz, Willingen
 Frauke Stille-Zimmer, Reiskirchen
 Elke Zahner, Wetzlar

... zum 80. Geburtstag:

Hans Faber, Neustadt
 Volker Mergner, Frankfurt
 Kurt Sorg, Lauterbach

... zum 85. Geburtstag:

Prof. Herbert Schäfer, Kassel

... zum 92. Geburtstag:

Marija Vukic, Frankfurt

... zum 93. Geburtstag:

Adelheid Schultz, Darmstadt

GEW-Kreisverband Hochtaunus

Im Taunus-Info-Zentrum Oberursel beschrieb *Rolf Helms-Derfert*, Vorsitzender des GEW-Kreisverbands Hochtaunus, die zentralen Themen des nächsten Jahres. Die notwendige Umsetzung des inklusiven Unterrichts stehe „im Widerspruch zum ge-

gliederten Schulsystem“ und zu einer „wachsenden Entsolidarisierung der Gesellschaft“. Angesichts der angekündigten Nullrunde für die Beamtinnen und Beamten „stehen die Zeichen auf Sturm“. Außerdem nahm der Kreisvorstand die Ehrung der langjährigen Mitglieder vor. Anhand der Eintrittsjahre der Geehrten wurden politische Ereignisse und gesellschaftliche Themen in Erinnerung gerufen. *Maria Heydari* und *Hannes Schiller* trugen Lieder von *Hannes Wader* und *Georg Danzer* vor.

von links (mit Angabe der Mitgliedsjahre): *Ursula Maus (40)*, *Renate Hartherz (50)*, *Günter Hartwig (10)*, *Irmgard Walter-Müller (40)*, *Ingeborg Lengis-Jäger (40)*, *Luitgard Heßler (25)*, *Peter Suppa (50)*, *Walter Papst (25)*, *Petra Dietz (40)*, *Rolf Helms-Derfert (KV)*, *Reinhold Saum (40)*, *Ulrich Hinz (40)*, *Ricarda Naujok (KV)*



Kinderfunkkolleg Mathematik

Punkt, Komma, Strich: Unsere Welt ist voller Mathematik. Das neue hr2-Kinderfunkkolleg Mathematik versucht bis zum Sommer 2015 alle vierzehn Tage die spannende Geschichte und die Geschichten der Mathematik zu erkunden und zusammen mit Kindern Antworten auf mathematische Fragen rund um Zahlen, Formen, Mengen und die Zeit zu finden, um so den Geheimnissen der Mathematik ein wenig näher zu kommen. Alle Radiobeiträge sowie Hörrätsel, Interviews und Spannendes zum Entdecken findet man auf der Website www.kinderfunkkolleg-mathematik.de. Die Originalbeiträge werden samstags um 14.45 Uhr in hr2-kultur gesendet und sind danach als Podcast verfügbar. Am 21. März geht es um die Frage, ob es eine größte Zahl gibt...

Bildung im Hessischen Rundfunk

Auf der Seite www.wissen.hr-online.de findet man das aktuelle Bildungsprogramm des Hessischen Rundfunks im hr-fernsehen, im Hörfunk und auf hr-online sowie Begleitmaterial zu den Sendungen. Dort kann man auch den wöchentlichen Newsletter wissen² abonnieren.

„Wissen und mehr“, das Bildungsprogramm im hr fernsehen, wird montags bis freitags von 11 bis 11.30 Uhr gesendet. In den nächsten Wochen stehen Sendereihen zu den Themen „Leben mit Handicap“ (6 Folgen vom 16. bis 20.3.) und „Mädchen“ (6 Folgen vom 23. bis 27.3.) auf dem Programm.

Treffen lesbischer Lehrerinnen

Vom 14. bis 17.5.2015 findet das 22. Bundestreffen lesbischer Lehrerinnen in der Akademie Waldschlösschen in Reinhausen bei Göttingen statt. Alle interessierten Anwärtinnen, Lehrerinnen aller Schulformen, in Schulleitung Tätige und auch nicht mehr aktive Kolleginnen sind herzlich eingeladen.

• Nähere Informationen und Anmeldung: www.waldschloesschen.org

Antisemitismus und Islamophobie

„Antisemitismus und antimuslimischer Rassismus als Varianten gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ ist der Titel einer Fortbildung des Pädagogischen Zentrums von Fritz Bauer Institut und Jüdischem Museum, die am Mittwoch, dem 29. April 2015, von 14.30 bis 17 Uhr im Jüdischen Museum Frankfurt stattfindet (Untermainkai 14-15). Die Leitung haben Dr. *Türkün Kanbıçak* (HLZ S. 28-29) und *Manfred Levy*.

• Infos und Anmeldung: www.pz-ffm.de

GEW-Sportkommission

Am 8. und 9. Mai 2015 findet in Göttingen die diesjährige Jahrestagung der Sportkommission beim GEW-Hauptvorstand statt, um aktuelle Fragen im Zusammenhang von Sport, Schulsport und Bildungspolitik zu diskutieren. Auf der Tagesordnung stehen unter anderem der Sportunterricht an Ganztagschulen und die deutsche Olympia-Bewerbung.

• Infos und Anmeldungen bis zum 27. April: norbert.baumann@gew-sportkommission.de

Solidarität mit Griechenland

„Für Arbeit und Ausbildung – kontra Austerität – für ein Europa der Menschen – gegen Willkür des Marktes“: Unter diesem Motto ruft der DGB am 18. März anlässlich des Protesttags zur Einweihung des Neubaus des EZB in Frankfurt zu einer Demonstration gegen die Austeritätspolitik der Troika auf. Beginn ist um 12 Uhr am DGB-Haus, Wilhelm-Leuschner-Straße 69-77 (Nähe Hauptbahnhof).

Polnisch lernen in Masuren

Professionell geleitete Sprachkurse auf drei Niveaus bringen uns in den Sommerferien 2015 die polnische Sprache näher. Gleichzeitig lernen die polnischen Freunde Deutsch. Im Tandemunterricht, bei Workshops, Diskussionen und am Lagerfeuer entstehen Freundschaften über die Grenzen hinweg.

• Weitere Informationen und Anmeldung bis zum 17. April: www.gew.de/Sommerakademie_Masuren_2015.html

Digitalisierung der Bildung

„Bildungsmedien und die Veränderung von Vermittlungswissen“ ist Schwerpunkt im Heft 1/2015 der von der GEW herausgegebenen wissenschaftlichen Zeitschrift „DDS – Die Deutsche Schule“. *Thomas Höhne* betrachtet die Auswirkungen der „Technologisierung“ auf Lehr- und Lernprozesse und auf Lehrende und Lernende. Weitere Beiträge befassen sich u. a. mit dem Projekt „Kostenfreie Bildungsmedien online“ (*Carl Christian Fey u.a.*) und den Grenzen staatlicher Aufsicht angesichts der Flut kostenloser Lehr-Lern-Materialien im Internet (*Andreas Hiller*).

• Die DDS und einzelne Artikel können gedruckt und online bezogen werden. Abstracts zu den Beiträgen sowie Bestellmöglichkeiten unter: www.dds-home.de

Master für „Kulturelle Bildung“

Prof. Dr. Heike Ackermann vom Institut für Schulpädagogik der Philipps-Universität Marburg, ist Miterausgeberin einer neuen Publikation zur kulturellen Bildung in Schulen. Der berufsbegleitende Master-Studiengang „Kulturelle Bildung an Schulen“ ist eine Kooperation des Fachbereichs Erziehungswissenschaften der Uni Marburg mit der *ALTANA Kulturstiftung*. Zum Fortbildungsteam gehören Schulpraktiker und Künstlerinnen



„Mensch, Du hast Recht(e)! Zeig' uns Deine Vision von einer Zukunft für alle“ ist ein Plakatwettbewerb der Bildungsstätte Anne Frank in Frankfurt zum Thema Menschenrechte. Ein Workshop „Plakatgestaltung“ findet am Dienstag, dem 7. April, statt, Einsendeschluss ist am 13. Mai 2015.

• Alle Informationen zum Wettbewerb unter www.jbs-anne-frank.de

Berufsverbleib von Erzieherinnen

Für eine Längsschnittstudie zum Berufsverlauf und zur Beschäftigungssituation von Erzieherinnen, Erziehern und Kindheitspädagoginnen sucht das Projektteam der Fliedner Fachhochschule Düsseldorf, der Universität Koblenz-Landau und der Philipps-Universität Marburg Menschen, die zwischen 2010 und 2013 ihren Ausbildungs- oder Studienabschluss gemacht haben. Das Projekt wird von der GEW unterstützt.

• Informationen und Kontakt: www.projekt-uebergang.de

unter anderem aus dem *Ensemble Modern*, dem *Schauspiel Frankfurt* und der *Forsythe Company*.

• Infos: *Christian Kammler*, KuBiS@staff.uni-marburg.de; <http://kultur.bildung.hessen.de> > Masterstudiengang

Heike Ackermann, *Michael Retzar*, *Sigrun Mützlitz* und *Christian Kammler*: KulturSchule. Kulturelle Bildung und Schulentwicklung. Wiesbaden: VS 2015

**Eine runde Sache:
Wichtige Gesetze,
Verordnungen und Erlasse
zum Dienst- u. Schulrecht
auf einer Scheibe**



Das komplette DuS-Standardwerk, platzsparend auf CD.

Mit allen Suchmöglichkeiten einer modernen Software. Auch ohne Handbuch sofort bedienbar.

Dokumente können ausgedruckt und in die Textverarbeitung übernommen werden.

Analog zur Papierausgabe, jährliche Aktualisierungen.

Ich bestelle

Expl. CD-ROM

- zum Preis von Euro 38,-
 GEW-Mitgl.-Preis nur Euro 28,-

Expl. Gesamtwerk
in 2 Spezialordnern

- zum Preis von Euro 38,-
 GEW-Mitgl.-Preis nur Euro 28,-
Preise zzgl. Versandkosten.

Name/Vorname

ggf. GEW-Mitgliedsnr.

Straße

PLZ/Ort

**Mensch & Leben
Verlagsgesellschaft**
Postfach 1944,
61289 Bad Homburg v.d.H.
Tel.: 06172-9583-0,
Fax: 06172-958321
Email: mlverlag@wsth.de

Von hier an geht es aufwärts!

HOTLINE: 07221/39 39 30

Klinik am Leisberg
BADEN-BADEN

In einer Stadt mit besonderem Flair und in erstklassigem Ambiente bieten wir einen bewährten und individuellen psychotherapeutischen Ansatz zur erfolgreichen Behandlung psychischer Konflikte und Erkrankungen, von der Diagnostik bis zur Therapie!

Indikationen: Depressionen, Ängste und Panik, Erschöpfungssyndrom („Burn-out“), Essstörungen (Magersucht, Bulimie, Binge-Eating, Übergewicht), Belastungsreaktionen, Schlafstörungen, Zwänge, Schmerzsyndrom

Kostenübernahme: Alle Privatversicherungen, Beihilfe, Postbeamtenkrankenkasse

Gunzenbachstr. 8, **76530 Baden - Baden**
Fax: 07221/39 39 3-50 • www.leisberg-klinik.de • info@leisberg-klinik.de

Privatklinik für psychologische Medizin
Mit Fachabteilung für Essstörungen

Diese Anzeige kostet nur 56,25 EUR zzgl. MwSt. !

**Für Segelfahrten in Holland
schauen Sie ...**

**Für Klubs,
Schul-/
Jugendgruppen,
Incentives oder
Einzelteilnehmer**

www.segeln.nl

REDERIJ 'VOORUIT' HOLLAND
Geeuwkade 9, 8651 AA IJLST
tel. 0031 - 515 - 531485 / fax 0031 - 515 - 532630

**DAS ORIGINAL:
SCHULFAHRT.DE**

**Private Akutklinik für
Psychologische Medizin**

**Mit Fachabteilung
für Essstörungen**

SCHLOSSKLINIK PRÖBSTING

Geben Sie dem Leben eine neue Richtung!

Wir bieten in erstklassigem Ambiente einen individuellen und erfolgreichen Ansatz zur Behandlung psychischer Konflikte und Erkrankungen, von der Diagnostik bis zur Therapie!

Indikationen: Depressionen, Erschöpfungssyndrom (Burn-Out), Angst und Panik, Schlafstörungen, **Essstörungen**, Schmerzsyndrome, Belastungsreaktionen

Info-Telefon 02861/8000-0

Pröbstinger Allee 14 • **46325 Borken (Münsterland)**
Fax 02861/8000-89 • www.schlossklinik.de • info@schlossklinik.de

Beamendarlehen ab 10.000 € - 120.000 €
 ■ Extra günstig vom Spezialisten
 ■ Umschuldung: Raten bis 50% senken
 ■ Baufinanzierungen günstig bis 120%
0800 - 1000 500 Free Call
Wer vergleicht, kommt zu uns,
 Seit über 35 Jahren.



Deutschlands günstiger Autokredit
3,14% effektiver Jahreszins
 5.000 € bis 50.000 €
 Laufzeit 36 bis 120 Monate
Repräsentatives Beispiel nach §6a PAngV: 30.000 €, Lfz. 36 Monate, 3,14% eff. Jahreszins, fester Sollzins 3,10% p.a., Rate 874,- €, Gesamtkosten 31.454,90 €

AK FINANZ
 Kapitalvermittlungs-GmbH
 E3, 11 Planken
 68159 Mannheim
 Fax: (0621) 178180-25
 Info@AK-Finanz.de
www.AK-Finanz.de

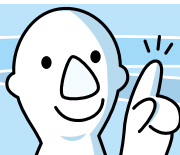
Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D. / Berufssoldaten / Akademiker
 Äußerst günstige Darlehen z.B. 40.000 €, Sollzins (fest gebunden) 3,89%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 544,73 €, eff. Jahreszins 3,98%, Bruttobetrag 45.757,09 €, Sicherheit: Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung, Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, kleine Monatsrate
 Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens-, Renten- oder Restschuldversicherung.

www.Autokredit.center

www.AK-Finanz.de



Sonderdarlehen für Lehrer zu 1a-Konditionen!
www.1a-Beamendarlehen.de
 Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD



0800-040 40 41
 Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren
NÜRNBERGER Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung
 Andreas Wendholt · Pralat-Höing-Str. 19 · 46325 Borken

Ihre Anzeige in der



Die nächste
Hessische Lehrerzeitung
 erscheint am
8. April 2015.

Bitte beachten Sie
 den Anzeigenschluss
 am **20. März 2015.**

Evangelische Jugendburg Hohensolms



- Klassenfahrten
- Erlebnisprogramme und -bausteine
- Musikfreizeiten
- Gruppenaufenthalte u.v.m.

Unser Angebot speziell für Schulen:

**3-tägiger Aufenthalt mit Vollverpflegung,
 Bogenschießen, Klassengemeinschaft und
 Floßbau ab 81,- €/pro Person.**

Evangelische Jugendburg Hohensolms
 Burgstraße 12, 35644 Hohenahr
 Tel.: 06446 9231-0 | E-Mail: info@jugendburg.de
 www.jugendburg.de



Nennen Sie den Buchungscode „hoso“ und Sie erhalten
 einen Freiplatz.



KUNSTVOLL
 Kulturfonds Frankfurt RheinMain

BEWERBEN SIE SICH BIS ZUM 13. MAI 2015

Das Jugendprogramm **KUNSTVOLL** bringt Kunst in die Schule: In mehrmonatiger Zusammenarbeit unterstützen professionelle Künstler und Kunstvermittler Schüler dabei, kreativ zu sein.

Reichen Sie Ihre Bewerbung für das Schuljahr 2015/2016 bei dem Kulturfonds Frankfurt RheinMain ein.
Nutzen Sie die Chance, Jugendlichen im Schulalltag einen kreativen Zugang zur Kunst zu ermöglichen.

Ein Theaterstück wird nicht nur aufgeführt, sondern auf Augenhöhe mit den Profis entwickelt; eine Ausstellung mit Eigeninitiative konzipiert, ein musikalisches Werk nicht nur nachgespielt, sondern mit Fachleuten komponiert. Basierend auf der Entscheidung unseres Experten-Gremiums werden im Schuljahr 2015/2016 Kooperationen mit jeweils bis zu 15.000 Euro gefördert.

INFORMATION, BERATUNG UND BEWERBUNGSADRESSE:

Gemeinnützige Kulturfonds Frankfurt RheinMain GmbH
 z. H. Claudia Oberschäfer · Ludwig-Erhard-Anlage 1-5 · 61352 Bad Homburg v. d. Höhe
 Tel 06172.999.4695 · c.oberschaefer@kulturfonds-frm.de · www.kulturfonds-frm.de/kunstvoll



Das Jugendprogramm **KUNSTVOLL** ist ein Projekt des Kulturfonds Frankfurt RheinMain.
 Getragen wird der gemeinnützige Fonds vom Land Hessen, von Frankfurt am Main,
 dem Hochtaunuskreis und dem Main-Taunus-Kreis, Darmstadt, Wiesbaden und Hanau.
www.kulturfonds-frm.de | Facebook | Twitter



KULTURFONDS
 Frankfurt RheinMain



gemeinnützige
Bildungsgesellschaft mbH
der GEW Hessen

lea bildet...

„Armutsmigration“ – Sinti und Roma im Fadenkreuz öffentlicher Panikmache | 12-03-2015, Frankfurt |

Diagnose- und Fördermöglichkeiten bei auditiven Wahrnehmungsstörungen | 17-03-2015, Frankfurt |

Schriftspracherwerb im 3. und 4. Schuljahr | 17-03-2015, Offenbach |

Der 1. Weltkrieg im Film | 18-03-2015, Frankfurt |

Faszination Naturwissenschaften – Forschendes Lernen im Grundschulbereich | 18-03-2015, Reichelsheim |

Wie bleibe ich bei Stimme? | 21-03-2015, Frankfurt |

Von der Halbtagschule zur ganztägig arbeitenden Grundschule (Profil 1) | 25-03-2015, Marburg |

Im Ausland unterrichten? | 14-04-2015, Gießen |

Speed Reading Workshop | 16-04-2015, Kassel |

Malen wie die Künstler des 20. Jahrhunderts | 20-04-2015, Hünfelden |

Das entwicklungspädagogische Konzept (ETEP) | 20-04-2015, Fulda |

Atemlose „Reformen“ – das Ende demokratischer Bildung? | 20-04-2015, Frankfurt |

Plastisches Gestalten im Kunstunterricht: Tonarbeiten | 22-04-2015, Kassel |

Lesestrategien für den Unterricht in Deutsch in der Sek. I | 22-04-2015, Rüsselsheim |

Testverfahren für Beratungs- und Förderzentren | 23-04-2015, Wiesbaden |

Rechtsfragen für Personalräte III (Dienst- u. Konferenzordnung) | 27-04-2015, Frankfurt |

Gaza – die unendliche Geschichte | 28.04.2015, in Frankfurt |

Förderung sozialer Kompetenzen im gemeinsamen Spiel (Grundschule) | 30.04.2015, in Kassel |

Das vollständige Programm unter www.lea-bildung.de

www.lea-bildung.de

fon 069 | 97 12 93 27 / 28

fax 069 | 97 12 93 97

Zimmerweg 12
60325 Frankfurt/Main